

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 39 vom 1. Oktober 1982

16. Jahrgang

1 DM

Sensationelles Ergebnis der Hessen-Wahl

Schwere Niederlage für die Reaktion

„Wir schaffen den Wechsel“ — das hatte die hessische FDP ihren Wählern verheißen, noch bevor in Bonn die Koalition auseinanderbrach. An einem solchen Wechsel aber waren die Wähler ganz offenkundig nicht interessiert. Die hessische FDP konnte noch nicht einmal die Hälfte der vor vier Jahren gewonnenen Stimmen für sich verbuchen.

Es reichte gerade noch für 3,1 Prozent. Der Wechsel war geplatzt. Auf direktem Betreiben von Genscher hatte sich die FDP in Hessen auf eine Koalitionsaussage für die CDU festgelegt. Im langfristig geplanten Konzept der Reaktion sollte so die Hessenwahl ursprünglich zum Sprengsatz für die Bonner Koalition werden. Dadurch aber, daß Bundeskanzler Schmidt den Bruch in Bonn schon Wochen vor der Wahl in Hessen vollzogen hatte, wurde diese Wahl auch zu einer Abstimmung über die Pläne des Finanzkapitals, in Bonn eine neue „Wunschregierung“ zu installieren.

Und das Ergebnis von Hessen zeigt, daß nicht nur das Ansehen der Genscher-Partei auf den Nullpunkt gesunken ist. Sicher noch überraschender als das katastrophale Abschneiden der FDP kam die empfindliche Niederlage für den ultrarechten Scharfmacher Dregger. Seiner CDU war in allen Meinungsumfragen vor der Wahl eine sichere

Mehrheit vorausgesagt worden. Und weil die SPD in diesen Umfragen stets nur auf einige Punkte über 30 Prozent gekommen war, hatte eigentlich niemand daran gezweifelt, daß der nächste Ministerpräsident in Wiesbaden Alfred Dregger heißen würde.

Am Sonntag aber zeigte sich dann, daß die CDU mit 45,6 Prozent noch hinter ihr Wahlergebnis von 1978 zurückgefallen war, während sich die SPD bei geringfügigen Verlusten auf 42,8 Prozent halten konnte und die Grünen auf acht Prozent kamen. Dregger hat inzwischen die Konsequenzen aus dieser Niederlage ziehen müssen und ist als hessischer CDU-Vorsitzender zurückgetreten. Holger Börner dagegen wird wohl nun zumindest über einen längeren Zeitraum hinweg die Regierungsgeschäfte in Wiesbaden weiterführen.

Aber das Ergebnis der Hessenwahl ist nun nicht als Bestätigung seiner Politik zu werten.

Wie zu Beginn der Woche das Infas-Institut in einer ersten Wahlanalyse ermittelte, hat es in Hessen vielmehr — wie bei keiner Landtagswahl zuvor — eine Wechselwirkung von Bundes- und Landespolitik gegeben. Es waren eben die Manöver und Intrigen in Bonn, die in Hessen zu einem derart radikalen Umschwung der Wählerstimmen und am Sonntag dann zu einer eindeutigen Absage an CDU und FDP geführt haben.

Die Versuche der Strauß und Kohl, Genscher und Lambsdorff, auf kaltem Wege einen Regierungswechsel in Bonn herbeizuführen, finden ganz offenkundig keine Mehrheit in der Bevölkerung. Gerade diese Figuren des Großkapitals, die seit Monaten oder Jahren von der „Wende“, von einem „Rechtstrend“ unter den Wählern tönen, haben nun erleben müssen, daß sie sich bei ihren Machenschaften auf eben diese Wähler nicht stützen können.

(Siehe auch Kommentar auf Seite 2)

Bremer Vulkan-Werft

Streik gegen Entlassungen

BREMEN. — Auf der Bremer Vulkan-Werft (4200 Beschäftigte) brodelt es. Die Werftbosse gaben bekannt, daß sie zum Jahresende 500 Beschäftigte entlassen wollen. Die Belegschaft blieb nicht ruhig. In der letzten Woche und am Montag dieser Woche kam es zu verschiedenen Streikaktionen.

Als der Massenentlassungsplan am Mittwoch letzter Woche bekannt wurde, reagierten 300 Schiffsbauer auf der Werft mit einer anderthalbstündigen spontanen Arbeitsniederlegung. Am Freitag erfolgte dann ein neuer Schlag der Werftherren: Vorgesetzte wurden herumgeschickt, um bestimmten Kollegen mündlich die Mitteilung der Geschäftsleitung zu überbringen: „Sie gehören zu denen, die entlassen werden!“ Der Betriebsrat (in dem die oppositionelle „Echlot-Gruppe“ die Mehrheit hat) war von den Werftherren dabei völlig außen vor gelassen worden. Er wußte nicht einmal etwas von der Existenz der Entlassungslisten.

Dieses brutale Vorgehen zielt offensichtlich darauf, die Belegschaft total einzuschüchtern. Es muß damit gerechnet werden, daß die Entlassung der 500 nur der erste Schlag ist in einem radikalen Feldzug zum Abbau der Arbeitsplätze auf der Vulkan, wenn nicht gar zur völligen Schließung der Werft.

Die Belegschaft reagierte jedoch mit verstärktem Widerstand. Am Freitag kam es erneut zu Arbeitsniederlegungen. Am Montag dann, auf einer Belegschaftsversammlung, beschloß die Belegschaft per Abstimmung, sofort in einen eintägigen Proteststreik zu treten. Dies geschah auch. Am Mittwoch soll nun auf einer erneuten Belegschaftsversammlung über eventuelle weitergehende Streikaktionen beraten und entschieden werden.

400 000 demonstrierten in Tel Aviv

Massenprotest gegen Massaker in Beirut

Die Proteste gegen das Begin-Regime, dessen Verantwortung für die Massaker in den Beiruter Palästinenser-Lagern immer deutlicher wird, reißen nicht ab. Einen Höhepunkt erreichten diese Proteste in Israel selbst, mit der größten Demonstration, die jemals in diesem Land stattgefunden hat.

Fast 400 000 Menschen, mehr als zehn Prozent der israelischen Staatsbürger, beteiligten sich daran. Die Massen forderten die Einsetzung einer Untersuchungskommission zur endgültigen Aufklärung der Umstände des Blutbades und den Rücktritt der Begin-Regierung. Neben Friedensorganisationen hatte auch die frühere Regierungspartei, die sogenannte Arbeiterpartei, zu der Massenkundgebung aufgerufen. Viele Demonstranten kritisierten aber auch die Haltung dieser Partei, die den Libanon-Feldzug unterstützt hat, und forderten den sofortigen Abzug der israelischen Truppen aus dem Libanon.



Ein tolles Fest — das ist wohl die einhellige Meinung aller Besucher des Pressefestes zum 15jährigen Bestehen des „Roten Morgens“, das am 25. und 26. September in Dortmund-Lütgendortmund stattfand. Mehr als 3000 Besucher fanden trotz des teilweise sehr schlechten Wetters den Weg zum Festplatz, informierten sich an den vielen attraktiv ausgestatteten Ständen und bei der Großveranstaltung „Sozialismus hat Zukunft“ über die Politik der KPD und ihre Arbeit vor Ort, genossen die kulinarischen Besonderheiten aus allen Teilen Deutschlands, feierten zusammen an den Buden und besonders bei den Musikveranstaltungen, die ihren Abschluß im begeisterten Auftritt der Wiener „Schmetterlinge“ fanden. Was es noch alles gab auf unserem Pressefest — einen Einblick in das Geschehen vermitteln die Innenseiten dieser Ausgabe ab Seite 7 mit vielen Fotos. Die Berichterstattung wird im nächsten „Roten Morgen“ fortgesetzt.

Der Preis der Kriegsbereitschaft

„Die NATO bedroht dein Leben!“ Diese Losung der KPD findet ihre Berechtigung nicht allein dadurch, daß sie den Menschen unseres Landes das Schicksal zuweist, als Bewohner des ausgemachten Hauptschauplatzes eines neuen Weltkrieges zu Millionen sterben zu müssen. Die Kriegsvorbereitungen der NATO finden auch in den bestehenden Friedenszeiten ihre Opfer. Besonders in den Zeiten der großen Manöver, von denen auch in diesen Tagen weite Teile unseres Landes heimgesucht werden.

Ein Beispiel aus Hessen: Das NATO-Manöver „Carbine Fortress“, das am Donnerstag letzter Woche beendet wurde, forderte nach einer offiziellen Verlautbarung der US-Army elf Todesopfer und mehr als 100 Verletzte. Wie immer waren auch die Flur- und sonstigen Sachschäden beträchtlich: Sie belaufen sich auf mindestens 13,5 Millionen Mark. 70 000 Soldaten aus sieben NATO-Ländern nahmen allein an dieser verhängnisvollen Kriegsbildung teil. Auf die blutige „Manöverbilanz“ angesprochen, erklärten bundesdeutsche und amerikanische Militärs übereinstimmend, so „bedauerlich“ die Unfälle und Todesopfer seien, so sei das doch der — in ihren Augen offensichtlich notwendige

ge — „Preis für die Verbesserung der Einsatzbereitschaft der Truppen“. Diesen Preis zahlt die Bevölkerung unseres Landes schon in Friedenszeiten für die Ziele der Kriegsgewinnler!

Dagegen mehrte sich der Widerstand. Diesem wiederum begegneten westdeutsche Politiker mit Polizeieinsatz und zynischen Erklärungen, für die stellvertretend der Bürgermeister des oberfränkischen Dorfes Hiltboldstein — heimgesucht vom Manöver „Autumn Forge“ — zitiert sei. Was solle man sich über Manöver aufregen, meinte er — „wir müssen doch alle mal sterben“!

Den Kriegstreibern muß das Handwerk gelegt werden! Kampf dem Manöverterror!

Diese Woche

Regierungskrise

Immer offener greifen Vertreter des Großkapitals direkt in das Bonner Machtpoker ein, um möglichst schnell eine Regelung nach ihrem Geschmack durchzusetzen. Seite 2.

Kalkar-Demo

An diesem Wochenende wird es wieder eine Großdemonstration gegen den schnellen Brüter in Kalkar geben. Seite 3.

Werftkrise

Auf mehreren Großwerften haben die Kapitalisten Entlassungen angekündigt. Seite 4.

Beirut-Massaker

Immer mehr verdichten sich die Beweise dafür, daß die Israelis die wahren Verantwortlichen für die Ermordung von mehreren tausend Palästinensern sind.

„Roter-Morgen“-

Pressefest

Berichte und Fotos auf den Seiten 7 bis 9; die Sieger in unserem Erzählwettbewerb auf den Seiten 10 und 11.

Interview mit

Mehmet Elezi

Mit Mehmet Elezi, dem Chefredakteur der albanischen Parteizeitung „Zëri i popullit“ führte der „Rote Morgen“ ein Gespräch aus Anlaß des 40jährigen Bestehens der Zeitung. Seite 13.



Demonstration in Bonn

Kommentar der Woche

So schnell kann das kommen: Vor wenigen Wochen noch, Kanzler Schmidt hatte gerade die sozialliberale Koalition endgültig begraben, wurde an den Börsen ein sprunghaftes Anziehen der Aktienkurse registriert; und jetzt am Montag gab es an der Frankfurter Wertpapierbörse einen Kurssturz, wie man ihn seit 20 Jahren nicht mehr erlebt hatte.

In den Zeitungsberichten war gar von Panik die Rede. Das mag übertrieben sein. Tatsache ist jedoch, daß sich hier nicht nur Börsenhändler gehörig verkalkuliert haben. Die Ergebnisse der Hessen-Wahl dürften die hochfliegenden Erwartungen der herrschenden Klasse insgesamt empfindlich gedämpft haben. Und bezeichnend für die neue Unsicherheit, die sich dort nun breit macht, ist der Unmut, der im Lager der Konzern- und Bankbosse jetzt über Franz-Josef Strauß geäußert wird.

Geplatzer Wechsel

Denn der Mann aus Bayern ist der eigentliche Verlierer der Hessen-Wahl. Seine sorgsam ausgetüftelten Pläne sind am Sonntag über den Haufen geworfen worden. Wie vor zwei Jahren als Kandidat auf Bundesebene, so ist er jetzt als Fädenzieher im Hintergrund daran gescheitert, daß ihm die werktätigen Wähler einen Strich durch die Rechnung gemacht haben.

Und dabei hatte es noch vor wenigen Wochen so ausgesehen, als ob Strauß tatsächlich Trumpfkarten in der Hand hätte. Während die Kohl, Stoltenberg und Co. nach dem Bruch der sozialliberalen Koalition daran gingen, ein neues Bündnis mit der FDP — oder genauer: mit dem ultrareaktionären Flügel dieser Partei — zu schmieden, verfolgten Strauß und sein Anhang von vornherein eine ganz andere Taktik. Sie wollten durch Erpressungsmanöver und massiven Druck die Spaltungs- und Auflösungsstendenzen innerhalb der FDP vorantreiben, die Genscher-Partei zerstören und sie schließlich durch möglichst schnelle Neuwahlen ins politische Nichts stoßen.

Das Ziel dieser Strategie formulierte Strauß-Sprachrohr Stoiber ganz offen, als er erklärte, es müsse gelingen, „das gesamte bürgerliche Lager auf die Union zu vereinigen.“ Angestrebt war also eine Alleinregierung der Union, in der Helmut Kohl dann zwar der Kanzler hätte spielen dürfen, in der das wahre Machtzentrum jedoch vom Vizekanzler Strauß ausgefüllt worden wäre.

Zu diesem Kalkül gehörten auch die massiven Störmanöver, mit denen Strauß die Koalitionsverhandlungen für eine neue Regierung begleitete und mit denen er immerhin durchsetzte, daß der Termin für das Mißtrauensvotum erst für die Zeit nach der Hessen-Wahl (und der dabei zu erwartenden Niederlage der FDP) angesetzt wurde. Darin, daß der vergangene Sonntag für die Genscher und Lambsdorff zu einer verheerenden Katastrophe wurde, hat sich Strauß nicht verrechnet.

Was jedoch nicht aufging, war die andere Seite der Gleichung. Alfred Dregger, bekanntlich ein besonders enger Parteigänger des CSU-Chefs, ging aus der Hessen-Wahl nicht als strahlender Sieger hervor; er konnte nicht einmal das vor vier Jahren erreichte Ergebnis für die CDU halten.

So hat diese Wahl nicht nur die Pläne des F. J. Strauß und seiner Hintermänner durchkreuzt. Sie hat auch überraschend deutlich den gegenwärtig auf der Bonner Bühne hektisch ablaufenden Manövern jeden Schein der Legitimation weggezogen. Denn am Sonntag hat sich doch schlagend dies erwiesen: Die „neuen Mehrheiten“, auf die sich alle Figuren der Reaktion berufen — es gibt sie nicht. Es gibt im Volk keine Mehrheiten für eine Kohl/Genscher-Regierung; es gibt noch weniger eine Mehrheit für das von der CSU angesteuerte Kabinett Strauß/Kohl.

Damit aber wird das, was sich jetzt in Bonn abspielt, vollends in seinem wahren Charakter sichtbar: als großangelegter Betrug an den Wählern. Wie auch immer die Kulissenkämpfe und der Machtpoker in Bonn ausgehen mögen — es darf nicht zugelassen werden, daß die Forderung nach Neuwahlen, wie zu erwarten ist, nun wieder von der Tagesordnung verschwindet. Noch entscheidender aber ist, daß alle demokratischen Kräfte — und insbesondere die Gewerkschaften — das Ergebnis der Hessen-Wahl als Signal und als Auftrag verstehen, den außerparlamentarischen Kampf gegen die politische und wirtschaftliche Offensive des Finanzkapitals zu verstärken.

Detlef Schneider

Koalitionsverhandlungen in Bonn

Unternehmer drängen auf schnelle Entscheidungen

Am Tag, nachdem Bundeskanzler Schmidt den Bruch der sozialliberalen Koalition vollzogen hatte, gab es an den Börsen einen Sprung der Aktienkurse um durchschnittlich fünf Punkte. Diese Kursbewegung drückte deutlicher als offizielle Erklärungen es vermocht hätten die Haltung der Kapitalisten angesichts der Aussicht auf einen schnellen Regierungswechsel aus.



Partner Rodenstock, Strauß, Amerongen

Dabei haben sich die Vertreter der Unternehmensverbände, die Bosse von Banken und Konzernen in den letzten Wochen mit Verlautbarungen keineswegs zurückgehalten. Im Gegenteil: Gerade jetzt vergeht kaum ein Tag, an dem nicht irgendein prominenter Kapitalvertreter Genugtuung über den bevorstehenden Sturz der Schmidt-Regierung bekundet und einer künftigen Regierung Kohl öffentlich die Erwartungen und Forderungen der Bosse ins Gedächtnis rufen hätte.

BDA-Chef Esser etwa verlangt, daß nun umgehend eine „wirtschaftspolitische Vorwärtstrategie“ in die Wege geleitet wird, „die das private Investitionskapital stärkt“. Und auch bei den Werktätigen soll etwas gestärkt werden — nämlich ihre „Eigenverantwortung“. So fordert es Esser, so

fordert es gleichlautend auch Wolff von Amerongen, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages. Gemeint ist damit, daß die arbeitenden Menschen für Risiken wie Krankheit oder Arbeitslosigkeit in immer größerem Umfang auch selbst aufkommen sollen. In diesem Zusammenhang muß auch Amerongens Aufforderung an die künftige Regierung verstanden werden, nun doch endlich den „Umverteilungsstaat“ zu stoppen. Hier ist gerade das Gegenteil von dem gemeint, was dieses Wort tatsächlich aussagt. Denn der bürgerliche Staat organisiert ja die Umverteilung eines beträchtlichen Teils des Einkommens der Werktätigen (den er in Form von Steuern und Abgaben einbehält) zugunsten der Kapitalisten. Das will Amerongen natürlich keineswegs stoppen. Seine Forde-

rung besagt nur, daß künftig bei diesem Umverteilungsprozeß noch mehr fürs Kapital heraus-springen muß.

BDI-Boß Rodenstock hat unterdessen in einem „Stern“-Interview noch einmal ganz

kundet. Jetzt wäre, so sagte er, mehr denn je die politische Verantwortung der Unternehmer gefordert. Und besonders wichtig sei es, daß „mit Ernst und Nachdruck die Bildung einer handlungsfähigen Regierung vorangetrieben wird“. In den Forderungskatalog an eine solche neue Regierung brachte der Bankboß eine neue Variante, indem er verlangt, der Staat solle künftig kein „Selbstbedienungsladen“ mehr sein.

Aber damit hatte er natürlich nicht die eigene Bank im Auge, die sich per Zinsforderung mit Milliardenbeträgen aus der Staatskasse bedient. Er meinte auch nicht — um nur ein Beispiel zu nennen — den Siemens-Konzern, der sich allein beim schnellen Brüter mit 6,5 Milliarden aus dem Bundeshaushalt bediente und bekanntlich auch mit Rüstungsaufträgen nicht schlecht fährt. Nein, für Herrn Christians liegt eine verwerfliche „Selbstbedienung“ etwa dann vor, wenn ein von den Bossen auf die Straße gesetzter und vom Arbeitsamt ausgesteuerter Werktätiger die Unverschämtheit besitzt, Sozialhilfe zu beantragen.

Auch Christians sprach sich für eine „Neuorientierung“ der Wirtschafts- und Sozialpolitik im Sinne des Lambsdorff-Papiers aus. Und er verlangte, daß diese Neuorientierung schon im Haushaltsplan für 1983 sichtbar werden müsse. Solchen Forderungen wollen die Partner einer neuen Regierung denn auch unverzüglich nachkommen. CDU/CSU und FDP haben sich bei ihren Koalitionsverhandlungen darauf geeinigt, den von der jetzigen Regierung schon vorgelegten Haushaltsentwurf in der Versenkung verschwinden zu lassen und stattdessen einen neuen Entwurf zu präsentieren, der wesentlich tiefere Einschnitte in das „soziale Netz“ vorsehen wird.

Nach dem, was bis Anfang der Woche bekannt geworden war, soll unter anderem das Schüler-BaföG gestrichen werden, bei der Arbeitslosenunterstützung sind weitere Streichungen geplant; die Bemessungsgrundlage für Rentenbeitragszahlungen der Bundesanstalt für Arbeit soll auf 68 Prozent des Nettolohns abgesenkt werden; für den 1. Juli 1983 ist eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um einen Prozentpunkt geplant usw.

Schon allein diese Maßnahmen, über die zwischen den künftigen Regierungspartnern Einigkeit erzielt wurde, bringen neue Belastungen der Werktätigen in Höhe von fast 20 Milliarden Mark mit sich.

Industriedruck Rhein-Main

Drucker verhindern Abbau einer Maschine

Mit einer beispielhaften Aktion haben die Kollegen der Industriedruck Rhein-Main in Taunusstein Neuhof die Demontage einer großen Druckmaschine verhindert.

Der Druckereibetrieb in Taunusstein war erst 1978 fertiggestellt worden. Die Kapitalisten hatten dabei erhebliche Steuererleichterungen einsacken können; sie bekamen öffentliche Kredite für den Bau des Betriebs und außerdem wurde ihnen das Grundstück faktisch geschenkt. All diese großzügigen Geschenke liefen, wie das so üblich ist, unter dem Stichwort „Schaffung von Arbeitsplätzen“.

Aber kaum war die zeitliche Bindung der Kredite abgelaufen, sollte die große Druckmaschine wieder abgebaut und zur Konzernmutter nach Essen gebracht werden. Dadurch hätten insgesamt 90 Kollegen ihren Arbeitsplatz verloren. Doch die Bosse hatten die Rechnung ohne die Arbeiter gemacht. Als die Maschine am vergangenen Freitag abgeholt werden sollte, organisierten die Kollegen den aktiven Widerstand gegen die geplante Demontage. Sie begannen auf der Maschine eine permanente Betriebsversammlung. Und auch die Drohungen der

Bosse mit fristlosen Kündigungen konnten den Widerstand nicht brechen.

Besonders erfreulich bei dieser Aktion war die solidarische Haltung der Kollegen, die im Auftrag einer Stuttgarter Spezialfirma die Maschine abtransportieren sollten. Nachdem sie mit den Druckern diskutiert hatten, fuhren sie auf eigene Verantwortung mit ihren Tiefladern nach Stuttgart zurück.

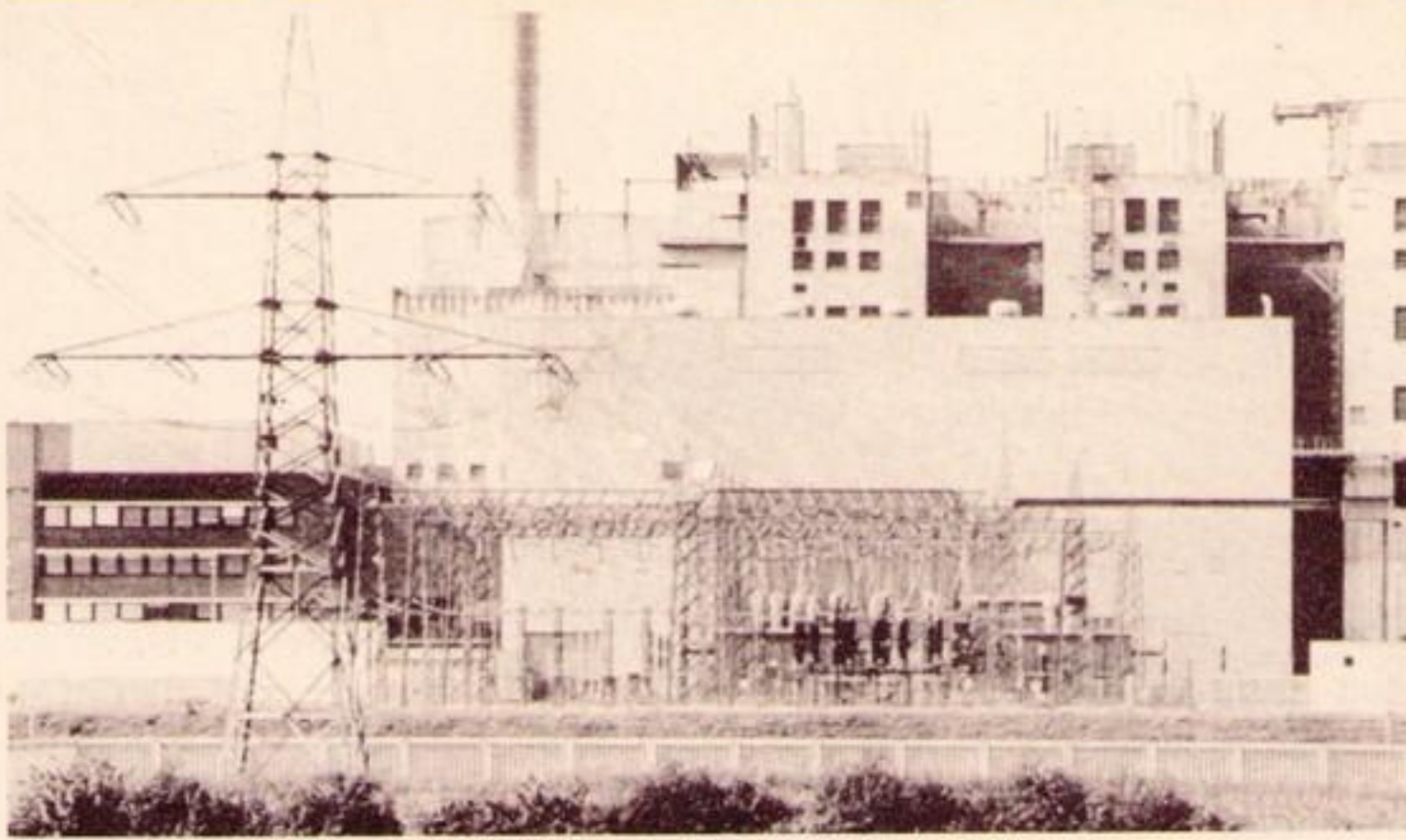
Dieser Kampf der Drucker in Taunusstein ist ein neues Beispiel dafür, daß es den Kapitalisten nicht immer gelingt, ihre von Profitinteressen diktierten Absichten durchzusetzen, daß die Vernichtung von Arbeitsplätzen vielmehr zunehmend auf entschlossenen Widerstand stößt.

Die Teilnehmer der Veranstaltung „Sozialismus hat Zukunft“ beim „Roter-Morgen“-Pressefest am vergangenen Samstag verabschiedeten eine Solidaritätsresolution mit den Industriedruck-Kollegen.



Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.



Schneller Brüter in Kalkar.

Großdemonstration in Kalkar

Stoppt den Schnellen Brüter!

Enquêtekommission für Weiterbau

Letzte Woche sprach sich die vom Bundestag eingesetzte Enquêtekommission Zukünftige Energiepolitik mehrheitlich für den Weiterbau und die Fertigstellung des Schnellen Brüters in Kalkar aus. Ein solches Votum war zu erwarten, denn es ist seit langem bekannt, daß die meisten Mitglieder bereit sind, bedenkenlos im Sinne der Interessen der Atomindustrie zu entscheiden.

So akzeptierte die Mehrheit der Kommission denn auch ohne Abstriche die Gutachten der Gesellschaft für Reaktorsicherheit, obwohl es kein Geheimnis ist, daß diese Gesellschaft nicht viel mehr ist als eine Unterabteilung der am Atomgeschäft interessierten Konzerne. Aufgrund solcher, eindeutig von Profitinteressen bestimmter Gutachten kam die Kommissionsmehrheit dann beispielsweise zu dem Schluß, daß eine Katastrophe beim Schnellen Brüter „praktisch ausgeschlossen“ werden könne oder zur der „Erkenntnis“, daß das Risiko beim Brutreaktor nicht höher sei als das bei einem herkömmlichen AKW.

Eine andere Gutachtergruppe, die sich aus wirklich unabhängigen Wissenschaftlern zusammensetzt und die ebenfalls im Auftrag der Enquêtekommission gearbeitet hat, ist da zu ganz anderen Ergebnissen gekommen: Der Brüter hat demnach ein 20mal höheres Sicherheitsrisiko als ein Leicht-

wasserreaktor. Und auch einen katastrophalen Unfall konnte diese Gutachtergruppe nicht ausschließen. Sie berechnete unter anderem, daß der schwerste denkbare Unfall am Brutreaktor 2,7 Millionen (!) Menschenleben kosten würde.

Aber dieses Gutachten ist von der Bundesregierung sofort unter Verschuß genommen worden; Wissenschaftsminister Bülow verbietet den Wissenschaftlern sogar, eine Pressekonferenz durchzuführen. Mit der Mehrheitsempfehlung der Enquêtekommission sind jetzt wichtige Weichen dafür gestellt, daß der Bundestag insgesamt eine Inbetriebnahme des Brüters absegnen.

Auch die gallopiierenden Finanzierungskosten stellen offenbar kein Problem mehr dar. Wie der RM bereits berichtete, haben sich die Baukosten des Brüters durch maßlose Nachforderungen des Produzenten (der Siemens-Tochter Interatom) von ursprünglich 1,7 Milliarden auf jetzt 6,5 Milliarden

Mark verteuert. Gezahlt werden diese Wahnsinnssummen zu 92 Prozent aus Steuergeldern. Noch vor wenigen Wochen hatte Minister Bülow laut getönt, der Bund sei nicht bereit, für die immer neuen Nachforderungen aufzukommen. Jetzt erklärte er, die Stromwirtschaft sei „unter Umständen“ bereit, sich stärker an den Kosten zu beteiligen. Und das reicht für ihn aus, um dem Weiterbau des Brüters grünes Licht zu geben.

Alles deutet also im Augenblick darauf hin, daß der Brutreaktor in jedem Fall in Betrieb gehen soll. Widerstand gegen diese Pläne, die eine CDU-Regierung noch energischer betreiben würde, ist also notwendiger denn je. Am Samstag wird es in Kalkar wieder eine Großdemonstration geben, zu der Organisationen und Initiativen aus dem ganzen Bundesgebiet aufrufen. **Samstag, 2. Oktober, 10.00 Uhr in Kalkar (Niederrhein) Demonstration zum Brüter 13.00 Uhr mit Abschlußkundgebung.**

schütze (die jeweils mit einem „Strahlrohrführer“ besetzt sind), aus denen insgesamt 6000 Liter Wasser verschossen werden können. Der mit einem Druck von maximal 16 bar verschossene Strahl wirkt aus drei Metern wie eine Kraft von 25 Kilogramm auf einer Fläche von 25 Zentimetern Durchmesser.

Dieser Druck verursacht schwere Verletzungen wie oben beschrieben. Und wenn die Besatzungen eines solchen Wasserwerfers — wie in Gorleben geschehen — aus kürzester Entfernung von hinten auf Demonstranten schießen, kalkulieren sie damit bewußt auch Todesfälle ein — beispielsweise durch Genickbruch. Trotz der Erfahrungen von Gorleben versucht man im niedersächsischen Innenministerium immer noch, die Wirkungsweise dieses Wasserwerfers herunterzuspielen. Man redet sich etwa damit heraus, daß nach den einschlägigen Gesetzen der Wasserwerfer keine Waffe, sondern nur „ein polizeiliches Hilfsmittel der körperlichen Gewalt“, also harmlos sei.

Es ist also notwendig, Druck zu machen, damit der Einsatz dieser lebensgefährlichen Wasserwerfer eingestellt wird.



AKW-Gegner Boy: Rippenbrüche durch Wasserwerfer.

gerieten, hatten noch Glück: Sie trugen keine Verletzungen davon; der Strahl zerfetzte ihnen „nur“ die Kleidung, wie denn beispielsweise von Bäumen auch die Rinde heruntergefetzt wurde, wenn die Polizei mal nicht richtig zielte.

Der „W 6000“, schon seit vier Jahren im Einsatz, verfügt über zwei drehbare Wasserge-

Polizei-Wasserwerfer „W 6000“

Der Knochenbrecher

Zahlreiche Verletzte gab es bei der Gorleben-Demonstration nicht nur durch Polizeiknüppel-Einsatz, sondern (der RM berichtete bereits kurz darüber) auch durch eine neue, gefährliche Waffe der Polizei: den Wasserwerfer vom Typ „W 6000“.

So etwas habe er noch nie erlebt, sagte beispielsweise Jens Rüdiger Boy, für den Gorleben nicht die erste Anti-AKW-Demonstration war. Sein Erlebnis mit dem Wasserwerfer schilderte er so: „Ich saß mit anderen Demonstranten am Boden, da hat mich von hinten der Wasserstrahl getroffen. Ich dachte, jetzt ist es aus, so weh tat das.“ Obwohl Boy einen dicken Pullover und darüber noch eine Öljacke trug, brach ihm der Strahl drei Rippen.

Ebenfalls mit Rippenbruch mußte die Schülerin Katharina Tritz ins Krankenhaus eingeliefert werden. Bei dem Göttinger Chemiker stellten Ärzte „multiple Ergüsse an der linken Flanke bzw. linkem Brustkorb dorsal“ fest. Der Chemiker berichtet über die Wirkung des Wasserwerfer-Einsatzes auf die Demonstranten: „Die sind zum Teil über die Straße geschleudert worden, die Polizei hat voll draufgehalten.“

Manche AKW-Gegner, die solchermaßen unter Beschuß

2. Jahrestag des Oktoberfest-Attentats

Münchner Behörden verbieten Gedenkfeier

Am 26. September hat sich zum zweiten Mal das faschistische Massaker vom Münchener Oktoberfest gejährt, bei dem 13 Menschen den Tod fanden und 218 — zum Teil schwer — verletzt wurden. Die Behörden in München, wie auch die bayerische Landesregierung legten ganz offenbar Wert darauf, dieses von der Hoffmann-Bande verübte Blutvergießen zu machen.

Denn sie haben auf alle Aktivitäten zum Gedenken an den Anschlag verzichtet — bis auf eine von der Stadt ausdrücklich als „stille“ Kranzniederlegung bezeichnete Zeremonie. Aber so lautlos wie geplant ist der Jahrestag dennoch nicht vorübergegangen. Daß die Antifaschisten in München ihn gewürdigt haben, muß sicher nicht erst erwähnt werden. Bundesweite Aufmerksamkeit im Zusammenhang mit dem Jahrestag jedoch hat ausgerechnet, wenn auch unfreiwillig das Kreisverwaltungsreferat der Stadt München hervorgerufen — durch eine wahrhaft skandalöse Verfügung.

Eine Gruppe von Antifaschisten, darunter die wegen einer Anti-Strauß-Plakette verfolgte Schülerin Christine Schanderl, hatte eine Demonstration angemeldet unter dem Motto: „Es klagen an Opfer der von Strauß zu verantwortenden Politik in Bayern bzw. deren Angehörige, Zeugen und Sachverständige“. Als Sprecher waren unter anderem eingeladen: Der Vater zweier beim Oktoberfest-Attentat getöteter Kinder, ein Freund des von dem Faschisten Helmut Oxner ermordeten US-Soldaten, Eltern von Opfern der Massenverhaftung im Nürnberger Kommando.

Diese Demonstration wurde

vom Kreisverwaltungsreferat verboten. Begründung: Es sei zu erwarten, „daß die Veranstalter durch ein offenbar selbsternanntes Tribunal, mit unrichtigen Aussagen und Verdrehungen von Sachverhalten den Teilnehmern suggerieren, daß in Bayern der Rechtsstaat nicht intakt oder der Ministerpräsident des Freistaats Bayern mitverantwortlich für den Bombenanschlag auf dem Oktoberfest sei oder sogar als Mittäter in Frage komme.“ Daß in Bayern der „Rechtsstaat“ nicht intakt ist, muß wohl niemandem erst suggeriert werden. Und daß Strauß — etwa in konspirativer Absprache mit dem Faschisten Köhler — das Massaker als Mittäter organisiert hätte, haben auch die Veranstalter der Oktoberfest-Demonstration nicht behauptet. Der springende Punkt bei dieser Angelegenheit ist der Umstand, daß der Herr „Ministerpräsident des Freistaats Bayern“ tatsächlich mitverantwortlich ist für das Blutbad.

Denn wie anders soll man die Tatsache bewerten, daß sich die Hoffmann-Bande, zu der Köhler gehörte, jahrelang völlig unbehelligt in Bayern bewegen konnte, daß alle dringenden Forderungen, ihrem terroristischen Treiben endlich ein Ende zu setzen, von Strauß und seinem Innenminister Tandler in den Wind geschlagen wurden?

Aber öffentliche Kritik an Strauß ist in Bayern offenbar verboten. Und deshalb wird sogar das Gedenken an die Opfer des Anschlags untersagt.

Aber in der Verbotsbegründung des Kreisverwaltungsreferats finden sich noch andere haarsträubende Dinge. Da heißt es etwa: „Wider besseres Wissen wird behauptet, der bedauerliche Anschlag auf der Theresienwiese sei durch Faschisten oder Neonazis verübt worden (...). Auch steckt keine Organisation dahinter. Es war die Tat eines geistig anormalen Menschen.“ Es ist also nicht nur verboten, an die Mitverantwortung von Strauß zu erinnern. Die Münchener Behörden wollen es auch nicht zulassen, daß der Anschlag als das, was er war, ein faschistisches Verbrechen nämlich, gekennzeichnet wird. Hier wird die verlogene und Hunderter von Malen widerlegte Alleintäter-Theorie zur staatlich verordneten Sprachregelung gemacht, an die sich jeder in Bayern zu halten hat.

Da ist die Zeit nicht mehr weit, wo eine gewerkschaftliche Antikriegstags-Demonstration mit der Begründung verboten wird, man habe wider besseres Wissen behauptet, der bedauerliche Ausbruch des Zweiten Weltkriegs sei das Werk von Faschisten gewesen; es war jedoch „die Tat eines geistig anormalen Menschen“.



Oktoberfest-Attentat.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellingerhof Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefstr. 110

2800 Bremen (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 Dortmund 1, Parteibüro der KPD, Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str.) Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr.

4600 Dortmund 30, Zentrales Büro der KPD, Wellingerhof Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 (92).

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.

4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

6000 Frankfurt 60, Kontaktadresse: Peter Stecay, Linnestr. 13, Tel.: 0611 / 491918.

2000 Hamburg 19, Margarethenstr. 58, Tel.: 040 / 4300709, geöffnet: Mo - Fr 15 - 18 Uhr; Sa 9 - 12 Uhr.

7100 Heilbronn, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 Kiel 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 Köln 30, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz / Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523966.

7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr; Mi 17.30 - 18.30 Uhr; Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr; Sa 11 - 13 Uhr.

Können wir unsere Zukunft verkaufen?

Unter diesem Titel veröffentlichte eine neue Ausgabe des „Roten Lautsprecher“, der KPD-Betriebszeitung bei Siemens/Witten (deren Sonderausgabe zur Betriebsversammlung wie Siemens/Witten vorletzten Ausgabe wiedergaben) einen Artikel, der sich mit der weiteren Entwicklung bei Siemens beschäftigt.

Es gibt zwei Millionen Arbeitslose. Die Arbeitslosenzahlen werden in den nächsten Jahren rapide steigen. Das Lambsdorff-Papier sieht die weitere Kürzung, bzw. Streichung aller Sozialleistungen vor. Fast die Hälfte aller Arbeitslosen sind Frauen, weil Frauen überall zuerst entlassen werden. Angesichts dieser Lage — was helfen uns Abfindungen?

Siemens hat Millionen an uns verdient. Sollen wir zulassen, daß sie sich für ein paar Mark aus der Verantwortung schleichen? Können wir hinnehmen, daß unsere Zukunft und die unserer Kinder zerstört wird, damit Siemens noch mehr verdient?

Der Siemens-Plan muß fallen. Wir wollen uns nicht als Dank für jahrelange Malocher mit ein paar Krumen vor die Tür setzen lassen. Wir wollen unseren Arbeitsplatz! Laßt uns gemeinsam dafür kämpfen! Jetzt!

Entlassungen

Der Plan der Betriebsleitung

Es soll nochmal versucht werden, daß möglichst viele Frauen Teilzeit arbeiten.

Es sollen möglichst viele mit Abfindungen gelockt werden, „freiwillig“ zu gehen.

Der Rest soll entlassen werden und bekommt Abfindungen nach einem Sozialplan.

Während der Zeit, die man für die Entlassungen braucht soll kurzgearbeitet werden, damit Siemens keine Wartezeit zu bezahlen braucht.

Die Forderungen des Betriebsrats

Der Betriebsrat ist der Mei-

nung, daß die Entlassungen verhindert werden können, wenn die Betriebsleitung einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit zustimmt,

eine Erholzeit für Akkordarbeiter von 10 Prozent einführt,

keine weiteren Akkorderhöhungen vornimmt,

jedem, der 55 Jahre ist, die Möglichkeit gibt, bei vollem finanziellen Ausgleich in Rente zu gehen.

Siemens ist durchaus in der Lage, diese Maßnahmen zu finanzieren. In gleicher Weise haben auch die gewerkschaftlichen Vertrauensleute Stellung genommen.

Die Kurzarbeit war der Probelauf

Wir sind betrogen worden. Die Kurzarbeit hat die Entlassungen nicht verhindert. Im Gegenteil: Sie hat der Betriebsleitung Zeit gegeben, die Entlassungen vorzubereiten, die Kapazitäten anzupassen, auszurechnen, wo wie viele über sind. Die Kurzarbeit war der Probelauf für die Zeit nach den Entlassungen. Sie hat für unseren Arbeitsplatz für den Erhalt unserer Arbeitsplätze nicht nur nicht genutzt, sie hat ihm geschadet. Sie hat es Siemens erleichtert, Entlassungen durchzuführen, weil sie die Entlassungen kalkulierbar gemacht hat.

Es stellt sich also heraus, daß die Betriebsräte und Vertrauensleute Recht hatten, die das vorausgesagt haben und der Kurzarbeit deshalb nur zustimmen wollten, wenn Siemens garantiert, daß keine Entlassungen folgen.

Es würde sich genau so herausstellen, daß die Betriebsräte und Vertrauensleute Recht haben, die heute sagen, die 350 sind erst der Anfang. Ist der Sozialplan erst mal abgeschlossen, lassen sich — so kalkuliert Siemens — leicht 100 bis 150 Entlassungen nachschieben. 800 bis 1000 sollen es in den nächsten Jahren werden.

Das betrifft uns alle

Die Frauen sowieso. Aber es ist doch klar: Wenn nur noch ein Drittel der Baugruppen gebraucht werden, brauchen auch nur noch ein Drittel geprüft werden. Und die fertigen Anlagen prüfen sich selbst. Und wenn nur noch die Hälfte Leute in der Halle arbeiten, werden auch erheblich weniger Angestellte gebraucht. Es hat doch keinen Zweck, sich was in die Tasche zu lügen. Der Arbeitsplatz eines jeden — mit Ausnahme der sogenannten „Führungskräfte“ — ist gefährdet, und wir brauchen die Solidarität eines jeden, um unsere Arbeitsplätze zu verteidigen.

Aus den Gladbecker Erfahrungen lernen.

Die Gladbecker Kollegen sind jahrelang betrogen worden. In den letzten Jahren sind dort über 3000 Arbeitsplätze vernichtet worden. Und bei jeder Entlassungswelle hieß es: danach ist alles in Ordnung. Damit bis zuletzt jeder hoffte, daß er überlebt. Die Kolleginnen und Kollegen sind jetzt fast geschlossen in den Streik getreten, als die neue Hiobsbotschaft kam.

Das zeigt uns doch: Hoffen und warten bringt nichts. Die Forderungen des Betriebsrats sind richtig. Aber sie sind nur durchzusetzen, wenn die Belegschaft gemeinsam und entschlossen dafür kämpft.

Wer den „Zusagen“ traut, hat auf Sand gebaut!

Aus „Stählerne Faust“, Betriebszeitung der KPD für Hoesch/Dortmund. Mit den Folgen der Bonner Ereignisse auf die Entwicklung beim Stahlkonzern Hoesch beschäftigt sich der folgende Artikel der KPD-Betriebszeitung in der jüngsten Ausgabe.

Das haben wir Kommunisten zwar schon immer gesagt, aber nach dem Bruch der Bonner Koalition und dem offenen Wahlbetrug durch die FDP sollte man meinen, daß auch die SPD-Größen in den drei Hoesch-Betriebsräten daraus Konsequenzen ziehen. Doch weit gefehlt.

Nach wie vor verbreiten sie, daß sie davon ausgehen, daß die Versprechungen aus Bonn für ein neues Stahlwerk eingehalten werden.

Kurt Schrade hat ja neulich den Grafen Lambsdorff noch einen Freund der Hoesch-Arbeiter genannt. Es ist nicht bekannt, daß er diese Aussage widerrufen hat, nachdem Lambsdorff in seinem Manifest eine Radikaltour in Sachen Abbau sozialer Leistungen gefordert hat. Was muß eigentlich alles passieren, eh man in den Betriebsräten entsprechende Konsequenzen zieht.

Offensichtlich geht den Betriebsratsspitzen das Parteiinteresse vor den Interessen der Belegschaft. Hat z.B. Werner Schäfers, der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende von Union vor dem Koalitionsbruch stets gegen Kampfaktionen zur Ver-

teidigung der Arbeitsplätze gesprochen, da solche Aktionen die befreundete Regierung in Bonn gefährden würde, so ist für ihn an dem Wechsel in Bonn lediglich interessant, daß die SPD jetzt wieder leichter politischen Boden in der Gewerkschaft gewinnen kann. Wahrscheinlich, um dann möglichst bald wieder an die Fleischtöpfe in Bonn zu kommen.

Wir Kommunisten sind der Meinung, daß die Versprechen der SPD-Politiker in Bonn zu nichts anderem dienen, als uns ruhig zu halten. Damit haben sie dem Bankkapital wertvolle Hilfe geleistet bei der Vernichtung der Arbeitsplätze.

Aber heute noch zusätzlich dem Grafen zu vertrauen, sowie den Erklärungen, die jetzt auch wieder aus Bonn kommen werden, das ist nicht nur dumm, sondern wahnsinnig verhängnisvoll. Möglicherweise noch vor einer Neuwahl, aber spätestens unmittelbar danach wird man in Bonn die Katze für Dortmund aus dem Sack lassen. Aber solange wollen sie noch Ruhe haben und inzwischen wird viel zu viel Zeit ins Land gehen und entsprechend der Verschärfung der Krise werden

die riesigen Einbrüche bei der Produktion wieder ganz neue Konzepte auf den Tisch bringen. Und das wird natürlich für Rohwedder mal wieder die Gelegenheit sein, zu behaupten, daß die Voraussetzungen für ein Stahlwerk nun nicht mehr gegeben seien.

Und somit kann die Verarscherei der Hoesch-Arbeiter weiterlaufen.

Und natürlich werden die örtlichen Gewerkschaftsführer und die SPD-Größen (allen voran Häschen Urbaniak), sowie die Betriebsratsspitzen ein Geschrei gegen die Schwarzen erheben, um zu beweisen, daß mit einer SPD in der Regierung alles anders laufen würde. Ein Wahlkampfschlag für Dortmund würde mindestens dabei rumkommen.

Nur für unsere Arbeitsplätze kommt dabei nichts rum. Wollen wir unsere Arbeitsplätze erfolgreich verteidigen, müssen wir uns freimachen von diesem parteipolitischen Gerangel. Worte oder radikale Sprüche ala Schrade (jede Woche für ein Ultimatum gut) helfen uns nicht weiter. Wir müssen davon ausgehen, daß die Banken und ihre Politiker in Bonn, Dortmund plattmachen wollen. Nur die Entwicklung von radikalen und massenhaften Widerstandsformen wird dies verhindern können.

Neue Entlassungspläne

„Große Umgestaltung“ bei den Werften?

Die Meldung, daß die Bremer Vulkan-Werft 500 Arbeitsplätze abbauen will, löste in der Öffentlichkeit erneut eine intensivere Debatte um die Zukunft der Werftindustrie überhaupt aus. Bei geschätzten Aufträgen über jeweils rund 12 bis 15 Millionen Tonnen in den beiden nächsten Jahren und einer weltweiten Kapazität von über 20 Millionen sowie expandierenden südkoreanischen Massenherstellungen sehen da die Perspektiven auch nicht besonders gut aus. Die Kapitalisten haben die Konsequenzen daraus schon zu ziehen begonnen. Für die Arbeiter der Werftzentren Hamburg, Bremen und Kiel wächst die Gefahr von Massenentlassungen.

Was die Bremer Vulkan betrifft, die nun als erste eine neue Entlassungsrunde einleiten will, so hat sich der frühere Großaktionär, der „Baron“ von Thyssen-Bornemisza, schon auf die leise Art weitgehend verabschiedet. Von den einstigen drei Vierteln aller Aktien, die er besaß, hat er die meisten längst an den Bremer Senat verschauert, wobei er wahrlich nicht arm wurde.

Und obwohl man jetzt den Bremer Werften eigenständige Zukunftschancen einräumt, bleibt der Plan einer Fusionierung von Vulkan und Weser im

Hintergrund nach wie vor aktuell.

Unverhohlen wird auch davon gesprochen, daß es nicht umsonst sei, daß gerade die mit Thyssen verbundenen Werften — unter anderem auch die Nordseewerke oder Blohm und Voss — noch am besten dastehen. Hier spielen Stahllieferungen und Einholen von Rüstungsaufträgen mit der Macht der Thyssen-Gruppe im Hintergrund eine wesentliche Rolle.

Offensichtlich scheint auch bei den Werften einmal mehr die Taktik eingeschlagen zu werden,

nach der die Kapitalisten ihre Beteiligungen an den schwächsten Gliedern einer Branche dem Steuerzahler überlassen, der dann eine Sanierung zu bezahlen hat. Reprivatisieren kann man zur Not ebenso wie mit seinen Restanteilen später an Gewinn und Einfluß teilnehmen.

Wenn jetzt die große Debatte über die Werften neu eröffnet wird, so ist dies nicht mehr, als daß lang debattierte Pläne an die Öffentlichkeit gebracht werden, Pläne die weit über die Reduzierung oder auch Schließung einer einzigen Werft hinausgehen, wie es in der letzten Zeit mit HDW in Hamburg der Fall gewesen wäre.

Für die Werftarbeiter jedenfalls bedeutet diese Entwicklung, daß sie um so mehr aufpassen müssen, welche Angriffe die Kapitalisten auf sie und ihre Lage in der nächsten Zeit vorhaben.



Kämpfen —

wollen die Arbeiter und Angestellten der Duisburger Kupferhütte um ihre Arbeitsplätze. Wie im letzten „Roten Morgen“ berichtet, soll die Kupferhütte stillgelegt werden. 1600 Arbeiter und Angestellte sollen mit einem Schlag auf die Straße geworfen werden. Die IGM-Ortsverwaltung, die Betriebsratsspitze und die IGM-Vertrauenskörper versuchen nicht etwa, durch Organisierung von Kampfmaßnahmen die Rücknahme des Stilllegungsbeschlusses zu erzwingen. Vielmehr rufen sie die Belegschaft zum Stillhalten auf. Angeblich gefährden Aktionen zum jetzigen Zeitpunkt die „letzten Chancen“, daß das Werk von einem anderen Konzern übernommen und weitergeführt wird. Der Kollege Heinz Peters, Ersatzbetriebsrat bei der Kupferhütte, machte bei dieser Abwiegerei nicht mit. Er meldete eine Demonstration gegen die Stilllegung für den vergangenen Samstag beim Ordnungsamt an. Die IGM-Ortsverwaltung sprach sich in einer Presseerklärung öffentlich gegen diese Demonstration aus. Trotzdem kamen ca. 300 Kolleginnen und Kollegen zu dem Protestmarsch, davon etwa ein Drittel Belegschaftsmitglieder der Kupferhütte. Auch Stahlarbeiter von den Hüttenwerken von Mannesmann und Thyssen beteiligten sich. Die Demonstranten forderten unter anderem: „Die Kupferhütte darf nicht sterben“; „Konsequenter Kampf um jeden Arbeitsplatz“; „Stoppt die Arbeitsplatzvernichtung in Duisburg“. Der Protestmarsch führte vor das Duisburger Rathaus, wo Oberbürgermeister Krings erschien und mit unverbindlichen Sprüchen die Demonstranten zu beschwichtigen suchte.

Neue Maßnahmen bei VW

Kurzarbeit für 80 000 vervielfacht

Für etwa zwei Drittel der Gesamtbelegschaft von VW, also ungefähr 80 000 Arbeiter und Angestellte, soll die bereits geplante Kurzarbeit im VW-Konzern wesentlich ausgeweitet werden.

Statt 10 soll in Wolfsburg nun 25 Tage lang kurzgearbeitet werden, in Kassel statt 15 nun 35 Tage, in Emden und Salzgitter statt 10 jeweils 29 Tage. Also: Die Dauer der Kurzarbeit vervielfacht sich gegenüber jenen Plänen, die noch in den letzten Woche gehandelt wurden, um das Doppelte bis Vierfache.

War im Sommer noch jeder Gedanke an Kurzarbeit oder weitergehende Maßnahmen weit weggewiesen worden, und noch in den ersten September-Tagen gesagt worden, es werde nur einige Tage geben, so meint VW-Chef Hahn nun, mit substantieller Kurzarbeit ließe sich der Winter ohne weitere Maßnahmen überwinden. Das geht sehr auffällig in die Richtung der kapitalistischen Propaganda, nach der eine bestimmte

Maßnahme stets angeblich nur dazu dient, etwas Schlimmeres zu verhindern, wobei die praktische Erfahrung noch stets gezeigt hat, daß dies in der Regel falsch ist.

Weltweit hat VW im ersten Halbjahr '82 bereits über 8000 Arbeitsplätze abgebaut, so daß die Belegschaft des Weltkonzerns auf 239 000 Männer und Frauen gesunken ist — im selben Zeitraum wurden allerdings Gewinne von 63 Millionen Mark öffentlich ausgewiesen (und dies pflegt nur ein Bruchteil der wirklich erwirtschafteten Profite zu sein). Die Zahl der im Inland beschäftigten Arbeiter und Angestellten blieb mit fast 160 000 in etwa gleich noch wie im Vorjahr. Wobei in diesem Zeitraum der ersten sechs Monate dieses Jahres die Inlands-

produktion um volle 13,2 Prozent gesteigert wurde.

So stehen die Tatsachen: Mit der selben Belegschaftsstärke eine wesentlich gesteigerte Produktion, damit auch wesentlich gesteigerte Profite und nun die Begrenzung der Produktion, Kurzarbeit und dahinter drohend auch hier die Entlassungen. So weit von der Hand zu weisen, wie dies das VW-Management gerne möchte, ist dies tatsächlich nicht, denn die öffentlich angestellten Überlegungen, woher eine Verbesserung der Absatzlage kommen könnte, stehen auf sehr schwachen Beinen. Denn: Der Rückgang im Inland fängt für VW eben erst jetzt richtig an. Und ob gerade der VW-Kundenkreis im nächsten Jahr mehr neue Autos kaufen kann als in diesem Jahr — womit man offiziell rechnet —, das erscheint angesichts der gesamten wirtschaftlichen Lage mehr als fraglich.

Massaker in Beirut

Der Täter heißt Begin!

Anderthalb Tage wüteten am vorletzten Wochenende die Killer in Westbeirut. Sie massakrierten alles und jeden, der ihnen in die Finger kam. Die palästinensischen Flüchtlingslager Sabra und Shatila wurden regelrecht im Blut erstükt. Noch Tage danach wurden Leichenberge abgetragen, Kinder, Frauen, Männer, Junge und Alte: Alles was lebte sollte umgebracht werden.

Damit hat sich die bitterste Ahnung, die mit dem Abzug der PLO-Kämpfer verbunden war, erfüllt. Als der „Rote Morgen“ vor einigen Wochen ein Gespräch mit einem palästinensischen Genossen führte, sagte der schon damals, daß ein Abzug der PLO ein Massaker unter der verbleibenden palästinensischen Bevölkerung bedeuten könnte. Und genau dies ist geschehen.

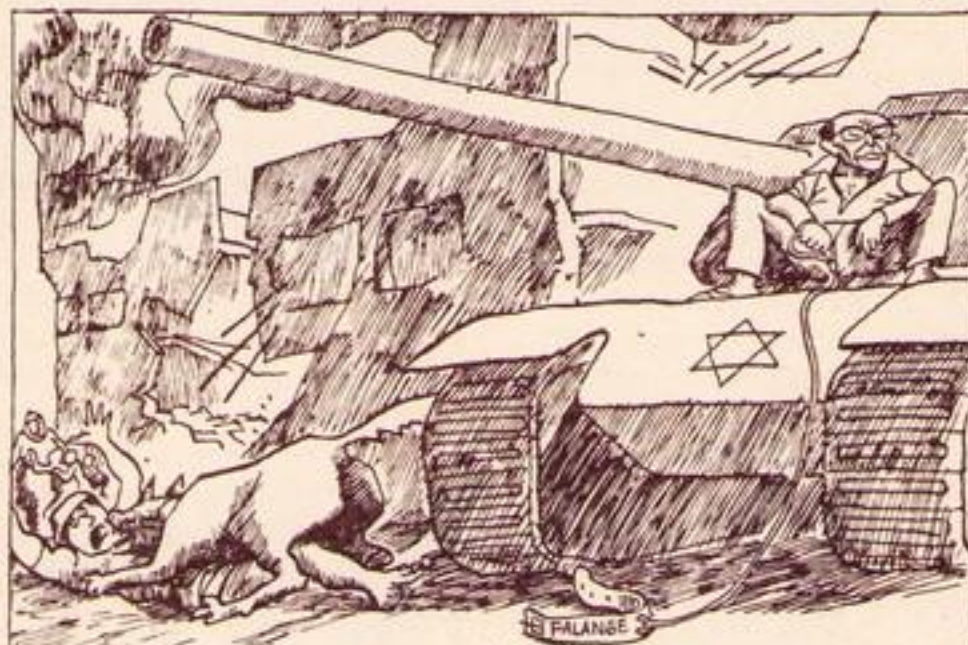
Von Israels Truppen eingekreist, waren die Flüchtlingslager Ziel der brutalen Angriffe der Falange-Milizen Gemayels. Wenn Begin sich heute der weltweiten Empörung entgegenstellt und frech behauptet, er habe von nichts gewußt, dann zeigt dies nur, welch ein unverfrorener Lügner dieser Massenmörder ist.

Als die israelischen Truppen nach dem Attentat auf den neuen libanesischen „Präsidenten“ Beshir Gemayel, der sein Amt von Israels Gnaden nicht mehr aufnehmen konnte, einmarschierten, da taten sie dies, laut offizieller Begründung, um „Unruhen zu verhindern“. Allerdings: es gab keinerlei Unruhen zu jenem Zeitpunkt. Schon da war klar, daß Begin Rache nehmen wollte dafür, daß sein Plan einer „Neuordnung“ zunächst einmal gescheitert war.

Die Falange-Milizen sind von Israel hochgezüchtet worden. Ihr Chef, Beshir Gemayel, der mit Mord und Totschlag die Führung der maronitischen Politikerkaste übernahm, bekam Geld und Waffen aus Israel, von der politischen Unterstützung und dem Druck zu seinen Gunsten einmal gar nicht zu reden.

Hier kommen also verschiedene Faktoren zusammen. Der israelische Einmarsch nach Westbeirut hatte in Wirklichkeit

die Bedeutung, die arabische Bevölkerung, die palästinensischen Flüchtlinge einzukesseln und faktisch, mit der Überlegenheit israelischer Westwaffen, wehrlos zu machen. Und dann durften die Milizen endlich das tun, was sie sich schon lange gewünscht haben: Araber massakrieren. Der zweite Faktor, also der, der zu dieser ungeheuerlichen Entwicklung führte, das ist das Signal „Bahn frei“ für die Milizen, deren ureigenes Ziel ein solches Massaker schon im-



mer war. Und als dritter Faktor kam hinzu, daß alle Garantien und was der angebliche Friedensstifter Habib aus den USA sonst noch abgegeben hatte, das Papier nicht wert waren, auf dem sie gedruckt wurden. Beide, die israelischen Besatzertruppen und die blutwütige Kaeteb-Bande hatten völlig freie Hand.

Der tausendfache Mord im Westen Beiruts sollte zunächst als eine Racheaktion faschistischer Milizionäre für den Tod ihres Chefs dargestellt werden. Aber alles, was an Nachrichten aus den Reihen der Falange kam, zeigte mit aller Deutlichkeit, daß von Gemayels Leuten keiner glaubte, Araber seien die

Urheber des Attentats gewesen. Sondern, weit eher und weit wahrheitsgemäßer, gingen sie davon aus, daß eine der rivalisierenden und von Gemayel dezimierten Maronitengruppen die Täter gewesen sind — in erster Linie die Frandschiehs.

Aber all dies ist auch nebensächlich. Was Tatsache bleibt, ist, daß hier ein blankes rassistisches Massaker stattgefunden hat, durchgeführt von den aus Israel organisierten Mörderbanden Gemayels, unter den Augen

und den Kanonenrohren von israelischen Truppen. Damit zeigt es sich schon jetzt, daß mit dem Abzug der PLO-Kämpfer aus dem Libanon um kein Millimeterschrittchen an eine „friedliche Lösung“ in der Region herangekommen wurde, sondern im Gegenteil, daß die Ursache für Krieg und Terror, die israelische Annektionspolitik, nur um so ungehemmter wirken kann.

Und die Herrschenden der USA und auch der Bundesrepublik, die die Hauptverantwortlichen dafür sind, daß Begin diese Verbrecherpolitik überhaupt erst machen kann, die spielen jetzt einmal mehr „Empörung“, wie sie das inzwischen durch

Begins ständige Greuelthaten schon geübt haben.

„Amerikanische Waffen und Deutsche Mark machen Begins Killer stark“, so überschrieben wir damals das Interview mit dem Genossen aus Palästina. Und dies gilt weiterhin bis heute, und dies gilt auch für das Massaker von Beirut.

Mit seinem Mörderkurs aber kommt Begin in zunehmende Schwierigkeiten. Stellte schon der Abzug der PLO-Kämpfer mit all seinen Begleitumständen lediglich militärisch einen Sieg für Israel dar, politisch aber eine Niederlage, die weltweit wirkte, so wird sich dies durch die blutigen Ereignisse von Westbeirut weiter verstärken.

Der brutale Armee-Einsatz in Israel gegen Friedensdemonstranten zeigt auch hier eine verstärkte Spaltung innerhalb der Bevölkerung. Selbst die prozionistische Sozialdemokratische Partei geht — was ihre Führer betrifft, wohl in Erwartung künftiger Ämter — immer deutlicher und immer lautstärker auf Oppositionskurs in der Frage des Libanon und der Anwesenheit israelischer Truppen dort.

Je mehr Begins Mannschaft sich durch Gewalttaten in aller Welt isoliert, desto mehr muß in der Bundesrepublik die Forderung erhoben werden, endlich die laufenden Zahlungen an Tel Aviv einzustellen. Denn ohne diese Summen wäre der israelische militärische Apparat bei weitem nicht so schlagkräftig, und es würde sich auf Dauer — und gar nicht auf lange Dauer — das Problem für Begin erheben, daß er so nicht weitermachen könnte.

Das Massaker von Beirut jedenfalls muß Anlaß sein, der Forderung „Schluß mit der Unterstützung Israels“ mehr Nachdruck zu verleihen. Daß dabei vor allem die Anwesenheit israelischer Truppen im Libanon diesem Land und seiner Bevölkerung in keinsten Weise erhöhte Sicherheit bringt, das dürfte inzwischen in breitesten Kreisen deutlich geworden sein.

„Israel raus aus dem Libanon“ ist deshalb die erste, die Grundvoraussetzung, für jede Entspannung der Lage im Libanon und der ganzen Region.



Italienische Truppen auf dem Weg in den Libanon

Abmarsch in den Libanon

NATO-Truppen zur Friedenssicherung?

Abteilungen der US-Armee, der französischen und italienischen Armee rückten am Wochenende in Beirut ein: Die äußerst seltsame UNO-Friedenstruppe bezog Stellung. Äußerst seltsam deswegen, weil es sich bei allen drei Staaten um am Konflikt beteiligte Seiten handelt, von denen in keiner Weise anzunehmen ist, daß sie ihre militärische Präsenz lediglich zur neutralen Schlichtung oder gar zum Schutz der arabischen Bevölkerung ausnutzen werden.

Am deutlichsten ist dies bei den USA. Die US-Regierung ist nicht nur der große Geld- und Waffenbeschaffer für Israel, sondern liefert auch hier eine verstärkte Spaltung innerhalb der Bevölkerung. Selbst die prozionistische Sozialdemokratische Partei geht — was ihre Führer betrifft, wohl in Erwartung künftiger Ämter — immer deutlicher und immer lautstärker auf Oppositionskurs in der Frage des Libanon und der Anwesenheit israelischer Truppen dort.

Aber auch Frankreich und Italien, insbesondere Paris, haben wichtige und alte politische und wirtschaftliche Interessen in Nahost, und was Frankreich betrifft, eben speziell im Libanon, der ja einst von Paris aus kolonial beherrscht wurde. Das einst so gerühmte private Bankensystem des Libanon war und ist, wenn auch etwas weniger bis

heute, auf das Engste mit französischem Kapital verknüpft. Insbesondere waren enge politische Beziehungen zu der „christlichen“ also sprich reichen Minderheit im Lande vorhanden.

Die Wahrscheinlichkeit jedenfalls, daß diese imperialistischen Mächte ihre militärische Präsenz dazu nutzen werden, ihren eigenen Einfluß zu erhöhen und ihre jeweiligen Schützlinge zu fördern, ist weitaus größer als die Möglichkeit, mit diesen Truppen irgendwelche positiven Schritte zur Sicherung der Bevölkerung zu ergreifen.

Und darauf lief auch der ganze „Habib-Plan“ von vornherein hinaus. Auf den Abzug der PLO-Kämpfer, die entscheidende Schwächung der bewaffneten Einheiten der libanesischen demokratischen Bewegung, die Vergrößerung des Spielraums der Falange-Milizen unter israelischem Diktat und die Möglichkeit für die USA, selbst Soldaten dahin entsenden zu können. Diese Ziele hat Habib nun erreicht.

Israelische Ordnung im Libanon

Massenmord an Palästinensern

(Erklärung der Informationsstelle Palästina)

Die Schwere und die Hinterhältigkeit des Massakers, das in Sabra und Shatila an palästinensischen Zivilisten auf Befehl Begins und Sharons begangen wurde, erfordert von all denen eine schnelle Antwort, die Menschlichkeit auf ihre Fahnen geschrieben haben. Eine Antwort ist notwendig, um die Verantwortlichen zu benennen und um die Verbrecher, ihre Beschützer und Kollaborateure zu entlarven.

Wer hat die palästinensischen Frauen und Kinder ermordet, deren Leichen in den Lagern Sabra und Shatila liegen? Ist die israelische Armee, die sich durch dieses Blutbad in Sabra und Shatila besudelt hat, verantwortlich? Oder ist die Verantwortung bei einer größeren Bande von Massenmördern zu suchen?

Unnötig zu sagen, daß die israelischen Invasoren diejenigen sind, die das Verbrechen, palästinensische Babys ermordet zu haben, obwohl sie nun öffentlich mit ihren dortigen Kollaborateuren darüber debakeln, wer die Verantwortung zu tragen hat. Es ist das erklärte Ziel der zionistischen Verbrecher, das palästinensische Volk zu vernichten. Es ist aber genauso wichtig, die Verantwortli-

chen, mit deren Rückendeckung und Unterstützung dieses Verbrechen begangen wurde, zu benennen.

US-Präsident Reagan und seine Administration ist eine Partei, die in diese Orgie des Blutvergießens und der Massaker verwickelt ist. Vom Beginn der israelischen Invasion in den Libanon an haben Reagan und seine Gehilfen jede mögliche Unterstützung ausgeschöpft, die die Vereinigten Staaten den israelischen Gangstern gewähren konnten, damit diese ihre Verbrechen vollenden konnten. Keine Unterstützung, sei sie militärischer, finanzieller, politischer oder diplomatischer Art, ist Israel versagt worden. Stattdessen wurde die Unterstützung durch Kampagnen der imperialistisch kontrollierten Massenmedien noch intensiviert.

Reagans persönlicher Gesandter im Libanon, Philip Habib, handelte die sogenannten Garantien für den Rückzug der palästinensischen Kämpfer aus Beirut aus und die Vereinigten Staaten übernahmen damit Verantwortung für den Schutz der bedrohten palästinensischen Frauen und Kinder, die in den Lagern blieben.

Ihre Garantien, die die PLO schriftlich erhielt, wurden auch

von den französischen und italienischen Gesandten gutgeheißen. Die Versprechen wurden weder gehalten noch respektiert. Die Amerikaner nahmen eine diplomatische Täuschung vor, um den israelischen Invasoren den Weg zu ebnen und Hindernisse zu beseitigen. Die multinationale Truppen, die in den Libanon geschickt wurde, zog sich aus Beirut zurück, bevor sie ihre Aufgaben vollständig erfüllt hatte. Die libanesische Armee, die in Westbeirut einrückte und einen „Sicherheitsplan“ in Kraft setzen sollte, verschwand plötzlich bei den ersten Anzeichen eines israelischen Vorrückens auf Beirut. Die libanesische Armee scheint von Begin, Sharon und Reagan zu einem Werkzeug gemacht worden zu sein, um ebenfalls dabei zu helfen, den israelischen Invasionsstreitkräften Hindernisse aus dem Weg zu räumen.

Vollständige Aufklärung des Massakers durch eine internationale Untersuchungskommission

Stoppt den Völkermord der israelischen Regierung am palästinensischen Volk

Israelis raus aus dem Libanon

Für das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes

Letztendlich verbleibt eine direkte Verantwortung für das Massaker an palästinensischen Frauen und Kindern bei den Vereinten Nationen und allen nationalen und internationalen Institutionen. Es gibt dafür eine simple Begründung. Israel wurde von den Vereinten Nationen geschaffen und es ist immer noch Mitglied der Vereinten Nationen, aber es trotz allen Gesetzen und Prinzipien der UN-Charta. Wie lange wird die Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen für die Mörder von palästinensischen Kindern noch möglich sein?

Das hinterhältige Verbrechen wurde vor aller Augen und Ohren verübt, daher müssen alle ihre Unschuld beweisen. Diejenigen, die dem Verbrechen aus nächster Nähe beigewohnt haben, sind auch diejenigen, die vor allen aufgefördert sind, Stellung zu beziehen.

Solidarität mit Krankenhauspersonal

Breite Kampfaktionen in Großbritannien

Der „kleine Generalstreik“ zu dem der britische Gewerkschaftsbund TUC für den 22. September als „Action day“ aufgerufen hatte, wurde zu einem Erfolg für die britischen Gewerkschafter.

Seit vier Monaten kämpft das Krankenhauspersonal um eine angemessene Lohnerhöhung. 12 Prozent werden gefordert, während die Regierung auf ihrem 7,5-Prozent-Angebot beharrt und nicht weiter verhandeln will.

Diese 7,5 Prozent liegen deutlich unter der offiziellen Teuerungsrate, würden also real einen Lohnabbau bedeuten. Deshalb wird dieser Kampf sehr entschlossen geführt.

Der Aktionstag am 22. September aber hatte noch weitergehende Bedeutung. Er galt zum einen der Unterstützung der Krankenhausbediensteten. Das aber ist nach den konservativen Streikgesetzen aus dem Jahre 1980 verboten. Die politische Dimension dieses Kampftages wurde noch dadurch verstärkt, daß weitere massive Angriffe auf gewerkschaftliche Rechte vorbereitet werden, daß von einer politischen Offensive gegen die Gewerkschaften gesprochen werden muß. Die reaktionäre Propaganda versuchte in den

letzten Wochen der Öffentlichkeit einzureden, es sei eine Lage entstanden, in der die Mitglieder der britischen Gewerkschaften ihrer Führung nicht mehr folgen würden, weil diese zu radikal sei.

Dafür hat nun der 22. September den Gegenbeweis geliefert. Nicht nur daß mehrere Millionen britischer Arbeiter und Angestellter sich an Warnstreiks und Kurzversammlungen beteiligt haben, war für die reaktionären Kräfte ein Schlag. Auch die Teilnahme von mehreren hunderttausend Menschen an den gewerkschaftlichen Demonstrationen war ein Faktor, mit dem die britischen Arbeiterfeinde nicht gerechnet hatten.

Obwohl in der Öffentlichkeit versucht wurde, die Sache so darzustellen, als hätten sich lediglich die Teilnehmer an den Demonstrationen am Aktionstag beteiligt und nicht die viel zahlreicheren Warnstreiker, wurde deutlich, daß von einer kraftlosen Gewerkschaftsbewegung nicht die Rede sein kann.

Graue Wölfe in Darmstadt!

(Korrespondenz)

Liebe Genossen,
heute fand in der evangelischen Studentengemeinde eine Pressekonferenz der Antifaschistischen Arbeitsgruppe Darmstadt statt. (Diese Gruppe war in der Vergangenheit u. a. auch an der Vorbereitung der Demonstration gegen eine Militärschau der Bundeswehr für Schüler beteiligt). Auf der heutigen Pressekonferenz ging es um die Aktivitäten der „Grauen Wölfe“ in Darmstadt und Umgebung.

Anlaß zu der Pressekonferenz war ein Artikel im Darmstädter Echo vom 22.6. Darin hatte irrtümlich gestanden, daß der Türkisch-islamische Kulturverein ein Haus aufgekauft habe, um es zu einem „Kulturzentrum“ auszubauen; da die Verbindungen zwischen diversen islamischen und „Kultur“-Vereinen und den grauen Wölfen allgemein bekannt sind, sah selbst die Polizei mit gemischten Gefühlen auf diese Aktivitäten. Es stellte sich dann aber heraus, daß ein anderer, nicht ganz so

spektakulärer Verein dieses Haus gekauft hatte.

Der Türkisch-islamische Kulturverein in Darmstadt ist auch in der Anklageschrift des Prozesses, der gerade gegen die MHP geführt wird, als eine Mitgliederorganisation der Türk-Föderation aufgeführt. (MHP „Nationale Partei der Bewegung“: die Grauen Wölfe sind der terroristische Arm dieser Partei, die übrigens auch zu den Führern der CDU/CSU und westdeutschen Geheimdiensten gute Kontakte hat. Im Ausland hat sie als Tarnorganisationen sogenannte islamische und Kulturvereine, die wiederum in der Türk-Föderation zusammengeschlossen sind). Nach den Recherchen der Antifaschistischen Arbeitsgruppe war zwar der Bericht über den Häuserkauf des Vereins nicht zutreffend — dafür ist der Verein an anderer Stelle in Darmstadt aktiv und hat sogar ein anderes Haus gekauft, um es ebenfalls

als „Kulturzentrum“ auszubauen. Was den Fall aber so brisant macht, sind dabei zwei Tatsachen:

1. Im Grundbuch ist als Käufer (einer von zweien mit gleichen Anteilen) Serda Celebi eingetragen, ein Name, der Antifaschisten wir Kriminalisten ein Begriff sein dürfte.
2. Ein Mitglied der FDP, vor einem halben Jahr noch Mitglied im Vorstand des Ortsvereins Darmstadt-Ost, führt als „korrespondierendes Mitglied“ des „Kultur“-vereins den Schriftverkehr gegenüber den Behörden und führt in fortschrittlichen Vereinen in Darmstadt Spitzeldienste gegen Türken mit fortschrittlicher Gesinnung durch.

Serda Celebi — Vorsitzender der Türk-Föderation in der BRD — war 1977/78 ein führender Vertreter der MHP in Istanbul und war dort direkt und indirekt verantwortlich für einige Mordanschläge gegen fortschrittliche Arbeiter, Gewerkschafter und Jugendliche. In der BRD ist ihm seit September 1981 die politische Betätigung verboten, was ihn aber nicht hinderte, im Oktober auf einer Demonstration in Bonn aufzutreten, sich im Mai wieder zum Vorsitzenden wählen zu lassen, oder in Darmstadt bei der Feier des Ramadan mitzuwirken. Zudem reichen (nach Auffassung des hessischen Innenministers Grieb) seine Verstöße gegen das Aufenthaltsrecht schon aus, um „den gestellten Antrag auf Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis zurückzuweisen, und gegebenenfalls aufenthaltsbeendende Maßnahmen“ (sprich: Ausweisung) „zu vollziehen“. Dergleichen wurde gegen diesen rechtsradikalen Kriminellen, dessen Name auch im Zusammenhang mit dem Attentat auf den Papst einige Male genannt wurde, aber noch nicht unternommen.

Und während es der deutschen Justiz ein Genuß zu sein scheint, von Todesstrafe und Folter bedrohte Gewerkschafter in die Türkei auszuweisen, hat

sie bisher standhaft ignoriert, daß gegen Celebi, ebenso wie andere Führer der MHP, in der Türkei der Prozeß gemacht wird. Zumindest hat er offensichtlich keine Schwierigkeiten gehabt, in Darmstadt (Bleichstraße) ein Haus zu kaufen, um es als Terrorzentrum einzurichten.

UND DIE FDP?

Im Darmstädter Deutsch-Türkischen Freundeskreis und im Darmstädter Kinderschutzbund, vielleicht in noch ein paar anderen Vereinen, hat sich ein gewisser Günther Koch bemerkbar gemacht, der zunächst „aus Interesse“ dort erschien um mitzumachen, von vornherein aber die Mitgliederliste einsehen wollte, um „zu wissen, mit wem er denn da zusammenarbeite“. Außerdem trat er einige Male gegen linke bzw. fortschrittliche Aktivitäten auf, im Kinderschutzbund z. B. gegen die Zusammenarbeit mit dem Deutsch-Türkischen Freundeskreis.

In seiner Partei und gegenüber dem Magistrat der Stadt Darmstadt fiel er dadurch auf, daß er als „korrespondierendes Mitglied“ des türkisch-islamischen Kulturvereins versuchte, an städtische oder sonstige Räume heranzukommen oder nach türkischen Mitgliedern der städtischen Ausländerkommission fragte. Schließlich versuchte er gegenüber der Stadt eine politische Veranstaltung der Grauen Wölfe, angekündigt als „traditionelle Kulturveranstaltung“, zu rechtfertigen, die immerhin auch in der Presse für einigen Wirbel gesorgt hatte, und die in der Orangerie stattgefunden hatte, die von der Stadt vermietet wird. Seine Aktivitäten sind seinen Parteifreunden, und nicht nur ihnen, seit mindestens zwei Jahren bekannt.

Es ist klar, daß gerade im Wahlkampf solche Aktivitäten sehr peinlich wirken können, und ein anwesendes Mitglied des FDP-Ortsvorstandes Ost distanzierte sich ohne Wenn und Aber von Koch. Bei allen Vorbehalten gegen die FDP ist von weiteren Kontakten dieser Partei zu den türkischen Faschisten bisher nichts bekannt, und das einzige, über was man sich dabei eigentlich wundern muß, ist die Toleranz, die Günther Koch zwei Jahre lang, eben solange die Öffentlichkeit nichts wußte, von seiner Partei erfuhr. Immerhin ist der hessische In-

nenminister Mitglied der FDP und weiß (wie aus seinen Antworten auf Anfragen im Landtag bekannt ist) nicht schlecht Bescheid über die Aktivitäten der türkischen Faschisten in der BRD, Hessen und Darmstadt.

SCHLUSS MIT DER STAATLICHEN UNTERSTÜTZUNG DER TÜRKISCHEN FASCHISTEN!

Was viel wichtiger ist, ist die Tatsache, daß ein vom türkischen Militärregime gesuchter Terrorist, der in der BRD politisches Betätigungsverbot hat und, würde gegen ihn gleiches Recht wie gegen -zig andere

Türken angewandt, schon lange ausgewiesen sein müßte, unter den Augen unserer Staatsorgane weiter seine Organisation aufbauen und lenken kann. Nachdem so viel über den Terror der Grauen Wölfe und ihres legalen Arms in den „Kultur“- u. a. Vereinen bekannt ist, daß schon der Frankfurter Magistrat beim Innenminister das Verbot der Türk-Föderation angeregt hat, müßte damit langsam Schluß sein. Es bleibt abzuwarten, was Polizei und Staatsanwaltschaft mit dem Material der Darmstädter Antifa-AG anfangen werden, das im übrigen jedem zugänglich ist, der sich dafür interessiert.

Spendenkampagne zum 5. ordentlichen Parteitag der KPD

Liebe Kollegen, Freunde und Genossen!

Die Spendenaffäre zeigt es wieder einmal klar: Die bürgerlichen Parteien werden durch die Bank vom Monopolkapital ausgehalten. Zig Millionen Steuergelder werden ihnen über dunkle Kanäle und über die Wahlkampfkostenerstattung für ihre arbeiterfeindliche Tätigkeit zugeschanzt.

Unsere Partei hat es dagegen schwer. Als kommunistische Arbeiterpartei verfügt die KPD über keine anderen Einnahmen als die Beiträge und Spenden ihrer Mitglieder und Freunde. Die Finanzkraft der Partei steht und fällt mit der Einsatz- und Opferbereitschaft ihrer Genossen.

Der 5. ordentliche Parteitag rückt näher. Der Parteitag wird in einer Zeit stattfinden, in der die Vertiefung der kapitalistischen Krise, die drohender werdende Kriegsgefahr und das Anwachsen der faschistischen Kräfte die Arbeiterklasse und die Partei vor große Aufgaben stellen. Ohne Geld kann die Partei diese Aufgaben nicht bewältigen, ohne viel Geld gibt es keine Vorbereitung des Sozialismus.

Führen wir deshalb zum 5. Parteitag eine große Spendenkampagne durch!

Unser Ziel:

200 000 DM Spenden für die KPD bis zum Jahresende!

Jede Mark für die Partei ist gut investiert — jede Mark für die KPD dient deinen eigenen Interessen, ist eine Mark für die Revolution.

ZK der KPD

Spenden bitte auf folgende Konten überweisen:

KPD, 4600 Dortmund 30, Bank: Stadtparkasse Dortmund (BLZ 44050199) Kto-Nr.: 321004547.
Postscheckkonto: Postscheckamt Dortmund (BLZ 44010046) Kto-Nr.: 6420 - 467.

...

Spenden für die KPD sind im Rahmen der Höchstgrenzen (1800,— DM für Ledige / 3600,— DM für Ehepaare) von der Lohn- und Einkommenssteuer absetzbar. Dies bewirkt, daß 22 oder mehr Prozent der Spende vom Finanzamt erstattet werden. Auf Wunsch versenden wir Spendenbescheinigungen. Spendenbescheinigungen für Privatpersonen können nicht für Spenden ausgestellt werden, die — laut Überweisungsabschnitten — von Zellen oder anderen Gliederungen der Partei gezahlt werden.

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr.

- ☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer

Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich DM 60.- ☐ halbjährlich DM 30.-

Die Abogebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD ☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name:

Straße:

Plz./Ort:

Datum: Unterschrift:
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.

Lehrbeispiel Bürokratie

Witze über die bundesdeutsche Bürokratie hört man oft, doch manchmal ist es zum Heulen.

Ludwigshafen — strammte SPD-Stadt am Rhein. Stramm deshalb, da ohne das SPD-Parteiheft fast nichts in der Verwaltung dieser Stadt läuft, dies aber nur am Rande.

In der Stadt Ludwigshafen werden sogenannte Ölscheider (Schutzeinrichtung zur Verhinderung, daß Öl in die städtische Kanalisation gelangt) vom städtischen Kanalbetrieb entleert und das Öl besichtigt. Um diese Regelung für Tankstellen, Gaststätten (Fette) und sonstige Betriebe festzuschreiben, wurde eigens eine Satzung erstellt, wonach nur der städtische Kanalbetrieb diese mineralölhaltigen Leichtstoffe entsorgen darf. Hierfür wird den Betreibern solcher Abscheider eine stolze Gebühr abgenommen, schließlich hat alles seinen Preis.

Bei der Stadt ist ein ganzer Stab von Mitarbeitern damit beschäftigt die Reinigungsstermine, die Genehmigungen der Ölscheider und nicht zuletzt die Reinigung selbst vorzunehmen. Es versteht sich von selbst, daß der verantwortliche

Leiter des Kanalbetriebs die Stufenleiter der Beamtenhierarchie schneller erklimmt, als seine Kollegen, schließlich trägt er auch mehr Verantwortung. Er beschäftigt mit seinem Entsorgungskonzept Arbeiter und Angestellte. Ob sinnvoll oder nicht, danach darf man in einer Verwaltung sowie so nicht fragen.

Hauptsache der Auftrag der Satzung wurde erfüllt, der Abscheider wurde entleert und gereinigt, gezahlt wurde auch, also führt man das Öl an anderer Stelle wieder dem Kanal zu, ist ja schließlich besser als es einfach so in die Umwelt zu kippen. So wurde es acht Jahre lang praktiziert, schließlich wollte man die Entsorgungskosten sparen und dem Bürger einen Dienst erweisen. Die zuletzt genannte Praxis konnte eingestellt werden, weil ein Glück, doch die Verwaltungsbürokraten tun noch ihren Dienst. Die Kommunisten tun gut daran, die Verwaltung im Sozialismus auf das notwendigste zu kürzen, denn dann dürfen auch solche Bürokraten wieder körperlicher Arbeit nachgehen. Wie gut für sie und unser Volk.

Ein Leser aus Ludwigshafen

Zur unbedingten Friedenspolitik gibt es keine Alternative

von Heinrich Schirmbeck, Schriftsteller, (PEN-Club)

Seit fast vier Jahrzehnten leben die Völker unter der Drohung des atomaren Holocaust. Daß der Dritte Weltkrieg, der unter den herrschenden Bedingungen ein menschheitsvernichtender Nuklearkrieg wäre, bisher nicht ausgebrochen ist, führen Politiker und Strategen auf das Gleichgewicht der gegenseitigen Abschreckung zurück. Wie lange aber diese Abschreckung funktionieren wird, weiß niemand. Daß sie nicht ewig funktionieren kann, ist jedoch gewiß.

Es gibt Versuche, das Konzept der gegenseitigen Abschreckung durch das Konzept der Führbarkeit eines begrenzten Atomkrieges zu ersetzen. Das ist aber eine reine Wahnsinns-Strategie, die nunmehr — nach der Anti-Atomtod-Bewegung der 50er und der Ostermarsch-Bewegung der 60er Jahre — erneut die Völker Europas auf die Straße getrieben und eine mächtige Friedensbewegung ins Leben gerufen hat.

Wie lange die uns gewährte Gnadenfrist noch andauern wird, wissen wir nicht. Wir müssen sie nutzen mit aller Kraft und Leidenschaft. Diesmal dürfen wir nicht wieder erlahmen oder uns durch die lügnerischen Beruhigungspillen der Machthaber einlullen lassen. Dazu sind folgende Bedingungen unerlässlich:

1. Solange die Atomwaffen nicht restlos wieder abgeschafft sind und das bestehende, auf Gewalt beruhende Herrschaftssystem im nationalen und internationalen Rahmen nicht durch ein anderes gewaltfrei-

es, ersetzt ist, müssen die Atomwaffen auf Zeit durch Rüstungskontrollverhandlungen narrenschier eingefroren werden.

2. Auf die Dauer garantiert aber auch ein solcher Zustand kein sicheres Überleben der Menschheit. Deshalb müssen

3. die bestehenden Macht-, Herrschafts-, Rüstungs- und Profitapparate, die in der bisherigen Menschheitsgeschichte immer wieder in Kreise eingemündet sind, weil sie nur durch Kriege aufrechtzuerhalten waren, durch lebensfreundliche, gewaltfreie Apparate ersetzt werden. Denn das Wissen um die Vernichtungskraft des Atoms ist nicht wieder aus der Welt zu schaffen, auch dann nicht, wenn es gelingen sollte, alle Atomwaffen zu verschrotten. Die Versuchung der Macht und der ideologisch-ökonomischen Vorherrschaft könnte sie jederzeit wieder auf den Plan bringen.

Deshalb muß das Recht auf Leben und Frieden zum obersten Prinzip der Verfassungen aller Völker gemacht und international abgesichert werden. Die alten Macht- und wirtschaftlichen Herrschafts- und Profitapparate, die das politische Gepräge fast aller Staaten unserer Welt kennzeichnen und die immer wieder zu Kriegen geführt haben, müssen durch Apparate einer wahren Demokratie ersetzt werden, die dem Willen derer, die keinen Krieg wollen — und das ist die 99%ige Mehrheit — Rechnung trägt.

Der augenblickliche Nicht-

kriegszustand ist dennoch ein fortwährender Massenmord, weil die Verschwendung der Produktivkraft der Menschheit in der Rüstung Massenelend und Hungertod von Hunderten Millionen Menschen zur Folge hat.

Wir haben also ein Nahziel und ein Fernziel.

Das Nahziel ist die Verhinderung der Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Europa und das Einfrieren der Raketenarsenale durch Rüstungskontrollpolitik. Das Fernziel ist die Verschrottung aller Atomwaffen und die Herstellung politischer Verhältnisse, die Kriege in Zukunft für immer verhindern.

Vor diese Alternative hat das Atomzeitalter uns unwiderruflich gestellt. Vielleicht müßte es kommen, um die seit Jahrtausenden Herrschenden und die von ihnen Beherrschten zum Bewußtsein der Notwendigkeit einer absoluten Kehrtwende zu bringen. Wenn wir Glück haben, wird vielleicht die Geschichtsschreibung eines kommenden Jahrtausends in der drohenden Möglichkeit des atomaren Holocaust die Bedingung zur Schaffung eines dauerhaften Völkerfriedens sehen. Denn die alte Militärstrategie in Verbindung mit dem Macht-, Vorherrschafts- und Profitdenken ist im Atomzeitalter menschheitsstöcklich. An ihre Stelle tritt entweder die unbedingte Friedenspolitik oder der totale Holocaust. Eine dritte Möglichkeit, etwa einen begrenzten Atomkrieg, wie die Amis uns das weismachen wollen, gibt es nicht.

Wenn wir unser Leben erhal-





Das war ein Fest!

„Auf die nächsten 15 Jahre ‚Roter Morgen‘! Wenn es eines Anstoßes bedurfte, aktiv an die Verwirklichung dieses Geburtstagsgrüßes für unsere Zeitung zu gehen, dann wurde er durch unser Pressefest gegeben, das aus Anlaß des 15jährigen Bestehens des ‚Roten Morgen‘ am vergangenen Wochenende in Dortmund-Lütgendortmund stattfand.“

Nicht nur für die Redakteure. Was nutzt es, wenn die gerne weiter Artikel schreiben wollen. Nein, für alle Genossen und Freunde unserer Partei, von deren täglicher Arbeit vor allem es abhängt, wie sich die KPD und damit ihr Zentralorgan in der Zukunft entwickeln.

Ein Stück von dem Schwung und der Begeisterung für unsere Sache, die dazu nötig sind, das haben sie von unserem Fest mit nach Hause genommen. Diesen Eindruck gewannen wir aus allen Gesprächen, aus allen Äußerungen der Genossen an den beiden Festtagen. Und damit hat das Fest schon eine wesentliche Aufgabe erfüllt.

Es tut gut, mal direkt zu sehen, daß die Partei nicht nur aus den Genossen besteht, die man tagtäglich sieht, daß ihre Arbeit weitreichender und vielseitiger ist als die, die man selber im täglichen Kleinkrieg so gut wie möglich zu leisten versucht. Das hatten wir uns bei der Vorbereitung des Festes gedacht, und wir bekamen es ganz ungefragt von Genossen bestätigt. Es ist klar, daß es besonders denjenigen so geht, die in ganz kleinen Gruppen der Partei irgendwo im Lande arbeiten.

Und es wurde ja auch etwas geboten auf unserem Fest! In jeder Hinsicht. „Von Flensburg bis zum Bodensee — KPD“, so hieß es in unserem Programmheft, in dem die Informationsstände der Landesbezirke unserer Partei angekündigt wurden. Und was haben sich die Genossen für Mühe gegeben. Da standen nicht irgendwelche trockenen „Info-Tafeln“ herum. Da war jeder Stand so gestaltet, daß er etwas landestypisches darstellte, da wurden Fischernetze und Profilstähle zur Dekoration eingesetzt, da luden

Aalsuppe oder Schwenkbraten zum Verweilen und Unterhalten ein. Gelegenheiten, von denen die meisten reichlich Gebrauch machten. Unser Dank gilt allen den Genossen, die mit ihren Ideen und ihrem Einsatz zu dem einladenden Äußeren des Festes beigetragen haben, die mit diesem Einsatz dafür gesorgt haben, daß so viele Menschen den Festplatz besuchten und sich bei einem Rundgang auch über die Politik der Partei im Bundesgebiet, in Westberlin und der DDR informierten.

Mehr als 3000 Menschen besuchten das Volksfest der KPD an den beiden Tagen. Trotz der Wolkenbrüche, die ausgerechnet ab Sonntag mittag über Dortmund niedergingen. Unter den Besuchern waren auch Menschen aus der näheren Umgebung, die mitfeiern und die KPD einmal kennenlernen wollten. Davon konnten wir uns selbst am Stand der RM-Redaktion überzeugen, wo neben anderem Informationsmaterial auch die neuesten Ausgaben des „Roten Morgen“ zur kostenlosen Mitnahme angeboten wurden. Auch hier gab es interessante Diskussionen, hier nutzten RM-Leser die Gelegenheit zum persönlichen Gespräch mit Redakteuren und brachten vor allem Kritiken und Anregungen vor.

Sozialismus hat Zukunft. Die vom gegenwärtigen Bonner Schmierentheater trefflich begleitete Krise des Kapitalismus verlangt nach einem Ausweg, den nur die arbeitenden Menschen schaffen können, indem sie die Schuldigen an Krise und Kriegsgefahr von der Bühne der Geschichte verjagen. Zusammen geschlossen in der und um die Partei der Arbeiterklasse, ihrer eigenen Partei, der KPD. Sozialismus hat Zukunft — unter diesem Motto stand auch die Großveranstaltung am Sonnabend. In einer aufrüttelnden Rede charakterisierte der Vorsitzende der KPD, Genosse Ernst Aust, die gegenwärtige Lage in unserem Land, wobei er natürlich besonders auf die Vorgänge in Bonn einging. Und er verdeutlichte die Notwendigkeit des entschlossenen Widerstan-

des der Werktätigen, entwarf ein Bild von den Zukunftsperspektiven, die sich ihnen eröffnen, wenn sie ihr Geschick im revolutionären Kampf gegen die Kapitalisten und ihren Staat in die eigene Hand nehmen, wenn sie sich im Sozialismus mit der Diktatur des Proletariats über alle Ausbeuter und ihre Handlanger ihr Leben frei und planmäßig gestalten. Konkret und in klarer Abgrenzung gegen die scheinsozialistischen Staaten des Ostblocks, seien es die Sowjetunion oder Polen, sei es die DDR. (Diese Rede wird in Auszügen im nächsten RM veröffentlicht.)

Auf der Großveranstaltung hielt auch der Genosse Detjen vom BWK eine Rede, in der er die notwendige Zusammenarbeit der Marxisten und das Bemühen um die Klärung strittiger Fragen betonte.

Verschönt wurde das Pressefest des „Roten Morgen“ durch die Beiträge zahlreicher fortschrittlicher Künstler. Absoluter Höhepunkt in dieser Hinsicht war sicherlich das große Abschlusskonzert am Sonntag mit den Schmetterlingen aus Wien sowie mit Werner Worschech und Klaus Dinant. Die Beifallstürme, die die Wiener Truppe mit ihrer Kunst auslösten, wird keiner so schnell wieder vergessen. Großartig aber auch die Stimmung, die im Rahmen der Manifestation gegen Ausländerfeindlichkeit durch den Auftritt von Melike Demirag entstand, der antifaschistischen Schauspielerin und Sängerin aus der Türkei. Hier wurde über die notwendige Einheit von deutschen und ausländischen Arbeitern nicht nur geredet, hier waren deutsche und ausländische Kolleginnen und Kollegen, Genossinnen und Genossen tatsächlich in einer brüderlichen Atmosphäre vereint.

Auch die Künstler ihrerseits waren beeindruckt von der Stimmung im Festzelt. Ihr einheitliches Urteil: Tolles Publikum! Und wir haben dem nichts hinzuzufügen.

Wir können hier nicht weiter in die Einzelheiten gehen. Einige weitere Eindrücke finden sich noch in den Kurzberichten auf

dieser Seite. In der nächsten Nummer werden wir dann nochmal einiges aufgreifen, so die Arbeiten von Wolfgang Spieß und die Reaktionen des Publikums darauf. Und wir hoffen doch, daß uns auch noch der eine oder andere Leserbrief erreicht, der Eindrücke vom Pressefest vermittelt.

Insgesamt meinen wir sagen zu können: Unser Fest war eine tolle Sache und ein guter Erfolg, auch wenn vielleicht das eine oder andere noch nicht optimal geklappt hat.

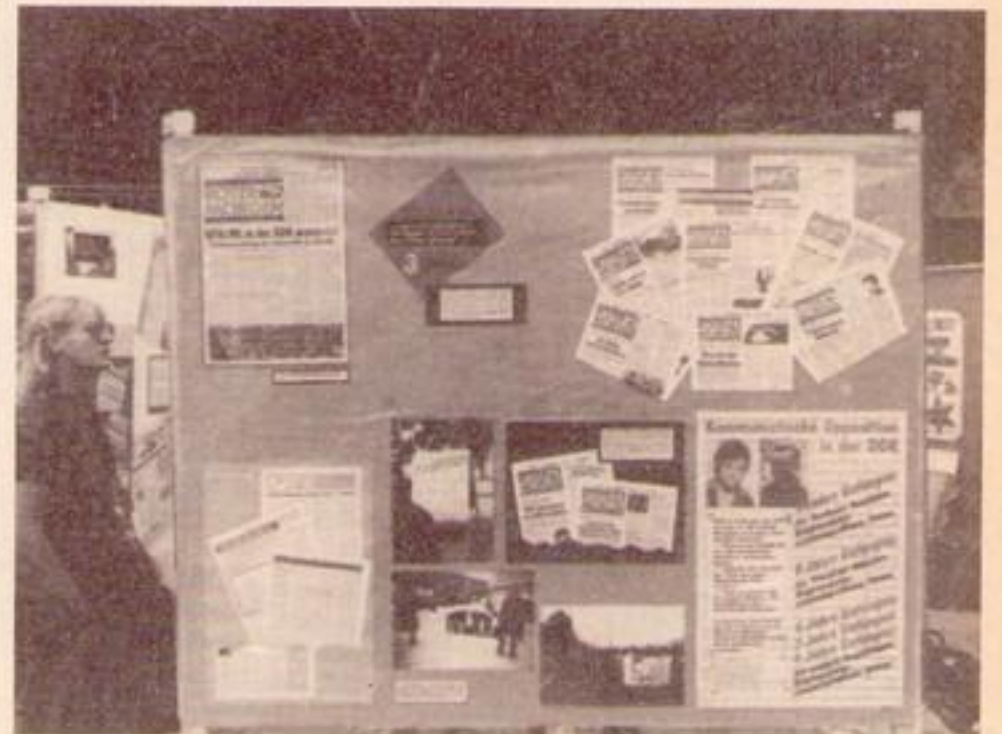
Zu Letzterem gehört unter anderem die bedauerliche Tatsache, daß es nicht gelungen ist, in dem beabsichtigten Ausmaß und der vorgesehenen Breite Vertreter der fortschrittlichen politischen Kräfte zur aktiven Beteiligung an den verschiedenen Diskussionsrunden und an anderen Veranstaltungen (beispielsweise an der Manifestation gegen Ausländerfeindlichkeit) zu bewegen. Es gab da zum Teil echte terminliche Gründe (nicht zuletzt wohl wegen notwendigen Reaktionen auf die Regierungskrise in Bonn). Teilweise wird aber doch auch die berühmte „Berührungsangst“ eine Rolle gespielt haben. Das Angebot der KPD zur Zusammenarbeit mit allen fortschrittlichen politischen Kräften, wo immer sie von der Sache her möglich und notwendig ist, bleibt jedenfalls bestehen.

Sozialismus hat Zukunft. Mit diesem Bewußtsein werden wir unseren Kampf weiter vorantreiben. Mit neuem Schwung setzen wir jetzt die Arbeit fort. Für die Kommunistische Partei konnten neue Sympathien gewonnen werden. Manchen Freunden der Partei dürfte dieses Wochenende den Anstoß gegeben haben, sich die Frage des Parteieintritts jetzt konkret zu stellen. Und für die Dortmunder Ortsgruppe ergibt sich Gelegenheit, Impulse und Nutzen für die weitere Arbeit aus dem Umstand zu ziehen, daß doch viele Dortmunder, die die KPD bislang kaum oder gar nicht aus eigener Erfahrung kannten, jetzt einen positiven Eindruck gewonnen haben.

Information und Diskussionen

...gab es nicht allein an den Ständen der KPD. Verschiedene Diskussionsrunden, zum Teil verbunden mit Filmvorführungen, lockten Interessierte an. Leider mußten einige eingeladene Gäste wieder absagen. Es ging um Themen wie: Wie weiter gegen Sozialabbau und Arbeitslosigkeit?; Der Krieg im Libanon und die Friedensbewegung; Schlechte Zeiten im Kampf um gleiche Rechte für Frauen?; Brokdorf-Prozesse (Hierzu näheres im nächsten „Roten Morgen“), der Widerstand der Dortmunder Bevölkerung gegen die Vernichtung der Stahlarbeitsplätze; Der Kampf des irischen Volkes gegen den britischen Imperialismus. In vielen Diskussionsrunden standen Genossinnen und Genossen der KPD, wie wir es in den Einladungen angekündigt hatten, Rede und Antwort. Kollegen und Genossen aus verschiedenen Betrieben (unter ihnen nicht wenige Betriebsräte) untermauerten mit ihren Berichten aus der Praxis die Richtigkeit der Politik der KPD besonders im Kampf um die kompromißlose Verteidigung aller Arbeitsplätze.

RM-Ausstellung



Auf zwölf Ausstellungstafeln wurde ein Überblick über Entwicklung und aktuelles Erscheinungsbild unserer Zeitung gegeben. Hier wird die illegale DDR-Ausgabe vorgestellt. Da diese Ausstellung zum Glück regenfest gefertigt ist, hat sie das Unwetter am zweiten Festtag weitgehend unbeschadet überstanden. Sie ist sicher — als Ganzes oder in einzelnen Elementen — auch bei anderen Gelegenheiten von anderen Ortsgruppen der Partei zu gebrauchen. Wer sie haben möchte, wende sich bitte an unser zentrales Büro in Dortmund.

Plattgemacht...



...hat er denn doch nicht alle, der Genosse Helmut. Ein Spiel wenigstens ging verloren, ein Jahresabonnement des „Roten Morgen“ damit als Gewinn an den Sieger.

Kinder, Kinder...



Wichtiger Bestandteil des Volksfestes der KPD war das Kinderfest. An beiden Tagen war auf diesem Teil des Festplatzes immer etwas los. Ob Negerkußwurfmaschine oder Gummiburg — die angebotenen Möglichkeiten zum Spielen und Austoben wurden reichlich genutzt. Auch in dieser Hinsicht war das Fest ein voller Erfolg. Daß es den Kindern gefallen hat, dafür spricht auch die hier abgebildete Zeichnung, über die wir uns sehr gefreut haben.

Sozialismus hat Zukunft



Detlef Schneider, Chefredakteur des Roten Morgen



PRESENTE

ROTE

15 JAHR

MORGEN

KPD — von Flensburg



Ernst Aust

Ernst Aust, Vorsitzender der KPD, hielt auf der Großveranstaltung der KPD „Sozialismus hat Zukunft“ eine aufrüttelnde Rede. Diese Veranstaltung bildete den Höhepunkt unseres Festes in politischer Hinsicht.



Elbe 1



Kotten-Blues-Band



KJD-Rocknacht



Rocktheater Nachtschicht

Das Programm der KJD-Rocknacht bestritten folgende Künstler: Der Liedermacher Bruno Eck, die „Kotten-Blues-Band“, das Rocktheater „Nachtschicht“ und die Poltrockgruppe „Elbe 1“.

FEST

Das war am vergangenen Wochenende eine Geburtstagsfeier wie noch nie. 15 Jahre „Roter Morgen“. Zusammen mit den Kommunisten feierten Arbeitskollegen, Antifaschisten, Gewerkschafter, Freunde und Verwandte und auch so manche Dortmunder, die einfach mal bei uns reinriechen wollten. Alt und Jung, Deutsche und Ausländer waren bunt durcheinandergewürfelt. Insgesamt dürften mehr als 3 000 Menschen mit dabei gewesen sein. Und da war für jeden etwas geboten: Essen, Trinken, Information, Diskussion, Lustiges und Ernstes, Kunst und Kultur... Es war schon eine duftige Sache, unser Pressefest!

bis zum Bodensee



Stände, Diskussionen, Informationen, kulinarische Spezialitäten, Theater, Kabarett, Filme, Ausstellungen... Auf attraktive Weise stellte die Partei sich und ihre Arbeit dar. Die Landesverbände vermittelten Eindrücke über die Lage im jeweiligen Bundesland und über dortige Besonderheiten. Verschiedenste Initiativen und linke Organisationen hatten ebenfalls Gelegenheit zur Selbstdarstellung.

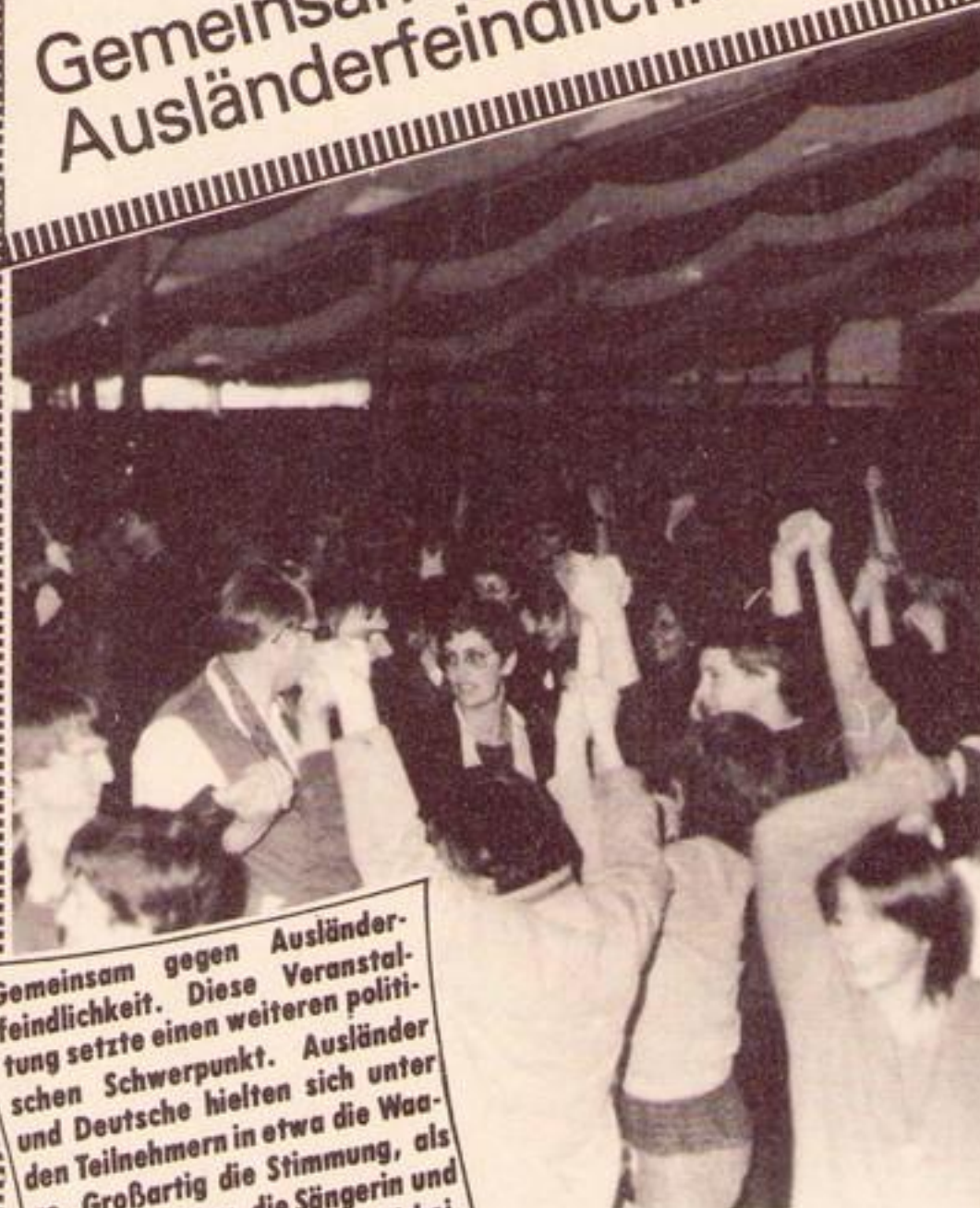


Für die Kinder war ständig eine Menge Spiel, Spaß und Unterhaltung geboten. Nicht nur zur Freude der Kinder sondern auch zur Erleichterung für die Eltern.



Gemeinsam gegen Ausländerfeindlichkeit

Gemeinsam gegen Ausländerfeindlichkeit. Diese Veranstaltung setzte einen weiteren politischen Schwerpunkt. Ausländer und Deutsche hielten sich unter den Teilnehmern in etwa die Waage. Großartig die Stimmung, als Melike Demirag, die Sängerin und Schauspielerin aus der Türkei, das Publikum animierte, sich an den Händen zu fassen und gemeinsam zu singen.

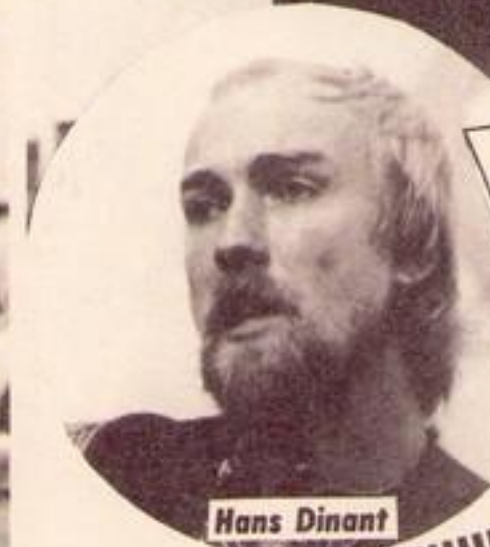


Melike Demirag

Lieder zur Lage



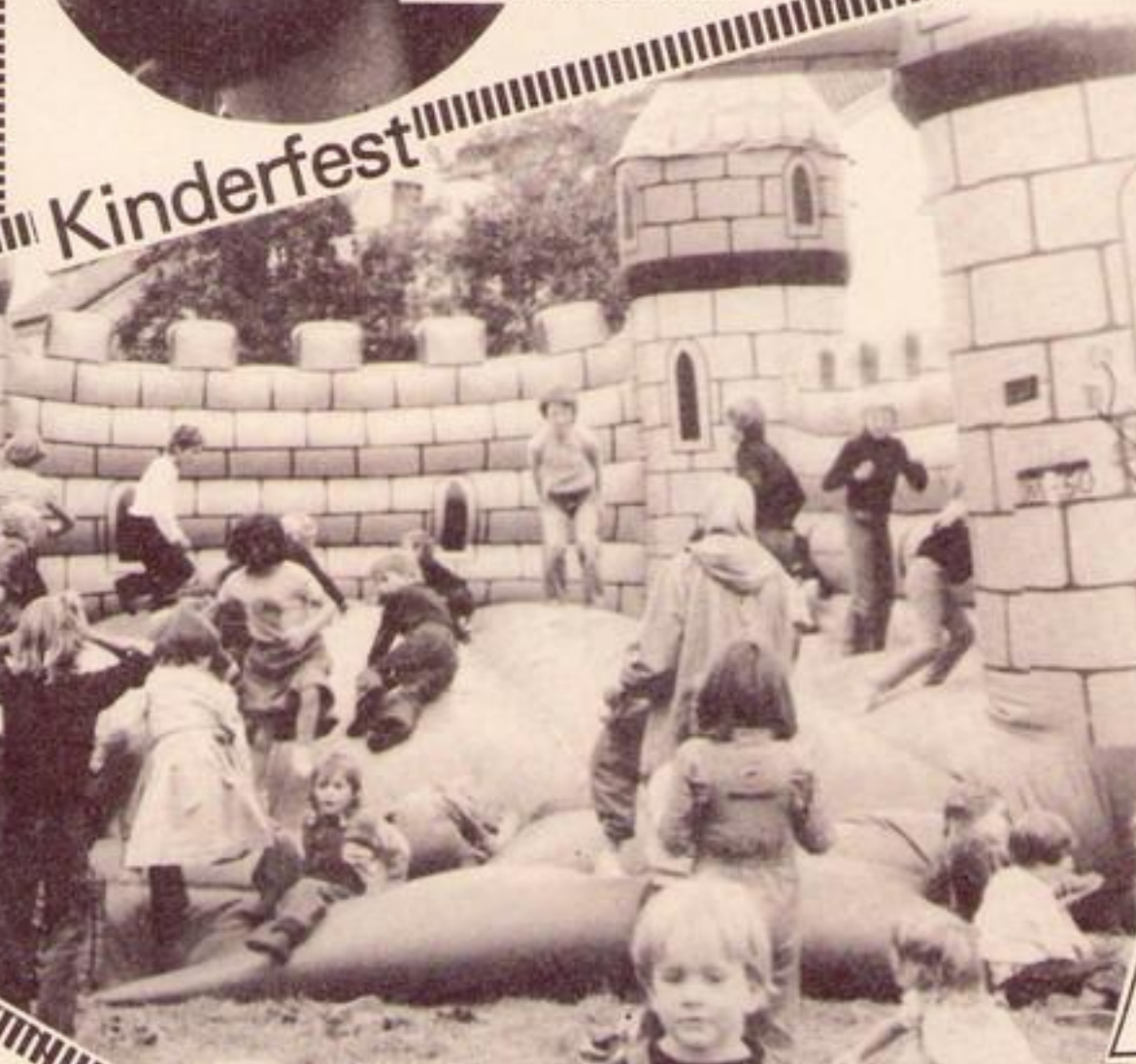
Werner Worschech



Hans Dinant

Werner Worschech, Hans Dinant und die Schmetterlinge begeisterten mit ihren „Liedern zur Lage“ auf dem Abschlußkonzert am Sonntag. Den Höhepunkt erreichte die Stimmung beim Auftritt der „Schmetterlinge“, der dem Publikum Beifallsstürme entlockte.

Kinderfest



Liebe Freunde und Genossen, es gab wirklich sehr viele gute Beiträge auf dem „Roter-Morgen“-Fest. Da steckt natürlich viel, viel Arbeit, Mühe und Einfallsreichtum von Euch allen dahinter. Wir bedanken uns bei Euch allen herzlich dafür. Leider ist es aus Platzgründen nicht zu machen, daß wir mehr Fotos und Informationen bringen. Seid also nicht traurig, wenn Euer Rückblick in diesem Bericht nicht befragt wird. Wir haben eine Menge Wunsch einen entsprechenden Abzug, Euch auf Beitrag oder Auftritt zeigt, zuzuschicken. Anfragen bitte an die Redaktion richten.

1. Preis

Wir stimmten alle gegen die Entlassungen. Ich hatte eine flammende Rede gehalten. War gar nicht nötig. Auch der Personalchef war keine Überraschung, als ihm das Ergebnis gesagt wurde. Er kennt sich im Betriebsrat bestens aus. Auch diejenigen, die ihn informierten, hatten gegen die Entlassungen gestimmt. Diese Leute waren die ei-

gentliche Trumpfkarte der Direktoren. Ich wußte es schon, als ich in der Betriebsratssitzung sprach. Sie hingen an meinen Lippen. Sie nickten, und einer klopfte auf die Tischplatte, als ich fertig war.

Danach ging ich erst mal durch die Hallen. In der Neuwerkantenne fragten mich meine früheren Kollegen, was Scheiße am Stiel sei.

Ich wußte es nicht. Sie meinten, ein Türke mit Holzbein und fanden das sehr lustig. Da dachte ich, man hätte für die Entlassungen stimmen sollen. Bruno kam hinter mir her, mein bester Freund aus früheren Jahren. Was ich denn hätte. Ich sagte: „Ihr seid scheutert mit euren Türkenwitzen.“

jemand Aussicht auf eine neue, bessere Stelle hat, und weil niemand mit der Abfindung bis zur Rente auskommt. Dafür waren die Abfindungen auch nicht gedacht. Aber mehr Türken als vorher wurden wegen Verfehlungen

So war das, und ich tra... ziemlich viel Weinbrand in meinem Büro und ging früh nach Hause.

150 Türken

Wißt ihr nicht, worum es geht?

Er: „Schon. Aber das hat doch mit den Witzen nichts zu tun. Früher gab's die Ostfriesenwitze, hat sich kein Mensch drüber aufgeregt.“ Wir stritten uns eine Weile, dann sagte er: „Ich komme nicht dagegen an. Wir sind mit sechs Kranführern, darunter ein Türke. Die Deutschen außer mir haben sich abgesprochen. Sie legen ihren Urlaub so, daß der Türke nicht mit Familie nach Hause fahren kann. Was habe ich dagegen angesetzt! Die redeten nicht mehr mit mir. Ein Türkenfreund war ich für die.“

Ich dachte, ich hätte dafür stimmen sollen. Aufstehen und sagen: „Im Sinne unserer Wähler spreche ich mich für die Entlassung der 150 Türken aus.“

Die Direktion bot Abfindungen an. Wer kündigt, kriegt ein paar tausend Mark. Aber kaum jemand kündigte, weil kaum

zum Personalchef geschickt. Niemand braucht mit dem Personalchef allein zu reden. Man kann einen Betriebsrat hinzuziehen. Die türkischen Kollegen nehmen meistens einen türkischen Betriebsrat. Aber oft auch noch einen deutschen. Genauer: der türkische Betriebsrat holt einen bestimmten deutschen Betriebsrat hinzu.

Der Personalchef ist ein eleganter, freundlicher Mann in den besten Jahren. Er spricht sehr vorsichtig und leise, nur manchmal wird er zornig und seine Stimme schneidend. Am nettesten ist er, wenn eine Unterschrift unter einen Auflösungsvertrag gesetzt wird. Das ist meist, nachdem die Betriebsräte dem Kollegen bestätigt haben, daß er nur die Wahl hat zwischen einer Kündigung ohne Abfindung und dem Auflösungsvertrag mit der Abfindung. Sämtliche Papiere hat der Personalchef immer schon auf dem Schreibtisch liegen, die Lohnsteuerkarte des Kollegen ganz oben auf.

Dann rief Bruno mich an und sagte, ihrem Türken wollten sie an den Kragen. „Dann werden seine Kollegen sich ja freuen.“

„Nein.“ Bruno hatte es hingebogen, daß Enis doch noch den Urlaub kriegte, den er brauchte. Als er vier Tage war, hieß es plötzlich, er habe unberechtigt Urlaub genommen. Der sei gar nicht angemeldet.

„Kann sein, daß der Meister das wirklich vergessen hat, aber es hat ihm jedenfalls nicht gepasst, daß wir uns mit Enis geeinigt haben“, sagte Bruno.

Also bekam Enis einen Brief nach Hause, Vorladung ins Personalbüro, morgen. Ein Glück, daß er noch nicht abgefahren war.

„Ich will mitgehen“, sagte Bruno, „geht das?“

„Ja.“ „Ich habe eine Erklärung, daß Wolfgang und Enis ihren Urlaub getauscht haben, daß das dem Meister mitgeteilt wurde und er zugestimmt hat. Das ist von uns deutschen Kranführern unterschrieben. Wir waren nämlich alle dabei. Reicht das?“

„Ja“, sagte ich.

Auf diesen beiden Seiten stellen wir die Beiträge der Sieger(innen) in unserem Erzählwettbewerb vor. Den ersten Preis, eine Spiegelreflexkamera, gewann ein „Roter-Morgen“-Leser aus Bremen. Weil sich die Jury auch nach einer längeren Diskussion nicht über die „Rangfolge“ der beiden anderen hier abgedruckten Beiträge einigen konnte, wurde der zweite Preis, ein Kassettenrekorder, zweimal vergeben. Er ging an zwei Leserinnen aus Dortmund. Unsere Glückwünsche verbinden wir mit dem Dank an alle, die sich am Wettbewerb beteiligt und so dazu beigetragen haben, daß dieser Wettbewerb – wie ja aus den im „Roten Morgen“ veröffentlichten Erzählungen und Berichten ersichtlich war – ein Erfolg geworden ist.

türkischen Kollegen zusammen Kaffee getrunken. Viel türkisches bla bla. Ich hab' natürlich nichts verstanden. Dafür massig Zeit zum Hinschauen: Semra war so glücklich, so aufgedreht, war so lebendiger als ihre braunen Augen!

Aber jetzt muß ich zur Betriebsratssitzung. Ob die Blumen wohl schon da sind? Ob die Kolleginnen ihrer Abteilung sich wohl gegen den Meister durchsetzen, der keine Blumen will?! Das geht doch den einen Dreck an, die Maschine bleibt doch egal sein, ob Blumen draufstehen...

Also Betriebsratssitzung. Da schwingt sich so ein sogenannter IGM-Betriebsrat auf und redet von Überstundennotwendigkeit trotz Kurzarbeit und stellt den Antrag, die Geschäftsleitung in den Betriebsrat einzuladen, damit diese nochmals die Gelegenheit bekommt, die Folgen der Ablehnung von Überstunden so drastisch auszumalen, damit die Mehrheit des Betriebsrats mit vollgeschissenen Hosen zustimmt. Ich sehe die türkische Betriebsratkollegin mir gegenüber Löcher in die Luft starren. Dann höre ich wieder den besagten Betriebsrat: „Ich habe nichts gegen zwei Tage Kurzarbeit beim Kabelverbinder, vorausgesetzt... die Geschäftsleitung muß doch... wenn doch wirklich keine Arbeit da ist... Sonst kommt alles noch schlimmer.“ Er hat nichts gegen mehr

Kurzarbeit. Und das gleichzeitig. Ich denke, ja, ja, ja, mithelfen, den Betrieb sanieren. Da muß man blitzschnell reagieren. Nein, nein, nein!

Semra steckt im Hinterkopf. Die hat das meiste ziemlich richtig gesehen. Die hat malocht wie eine Irre und ist dafür mit 1300 Mark nach Hause gegangen. Während besagter Betriebsrat sich vom einsamen Arbeiter als Betriebsrat auf 4000 Mark hat hochbestechen lassen. Semra hat das Wort Ausbeutung im Betriebsratsbericht nicht streichen lassen!!!

Sie hat in der Fremde gearbeitet, mit dem Wunsch, irgendwann mal soweit zu sein, in der Heimat leben zu können. Und jetzt? – Jetzt ist noch nicht einmal das Geld da, daß sie tot dahin zurückkommt. Aber die Kolleginnen sammeln schon.

Nach der Betriebsratssitzung geh' ich in die Halle zurück. Auf Semras Maschine stehen Blumen. Schwarzer Trauerflor. Viele Kolleginnen weinen, eine ist schon nach Hause gegangen. Keiner weiß, wo sie liegt. Unfall auf der Strecke von München nach Witten. Hat jemand dahingebacht, mußte rechtzeitig zur Schicht da sein. Unfall, tot. Verdammtes Siemens... Blumen auf dieser verfluchten Maschine, statt Semra, die eine Schwester für mich war, obwohl ich sie kaum kannte; die ich geliebt hab' und nicht nur ich; die eine Genossin nicht nur ich; die eine Kampf für eine bessere Welt, wenn, ja wenn... Wir hätten sie hier gebraucht. Dringend!



Ausländischer und deutscher Kollege bei HDW.



Türkische Frauen bei einer Mai-Demonstration.

2. Preis

Semra, heute denk' ich nur an dich. – Ich steh' vor meinem Telefonschrank, suche Krampfplättchen auf dem Plan, schiebe schließlich die Plättchen ein und denke an deine braunen Augen. Die waren manchmal verdammt traurig, aber trotzdem unheimlich lebhaft.

Als du vorgestern im Betriebsratsbüro warst, als wir zusammen besprochen haben, wie man die Lohngruppe 2 von deinem Arbeitsplatz wegkriegen könnte; wie du sagtest, daß das 'ne Unverschämtheit ist mit Lohngruppe 2, den ganzen Tag in verkrampfter Haltung sitzen,

Rücken kaputt, Beine schief, obere Körperpartie ständig in halber Drehung, hin und her, Arme nach oben, mit der Pistole die Drähte schießend, dahin, wo die Lampen aufleuchten, 100, 1000, zigtausendmal am Tag... Und dann, was du gesagt hast, was gar nicht zum Thema gehörte. „Also, da habe ich gehört. „Einrichters wartete. Da hat Viertelstunde wartete. Da hat der gesagt, das geht doch nicht. Da hab' ich gesagt, unterschreibe Sie jetzt oder soll ich vorbereiten? Da hat der sofort untergeschrieben. Mit mir trauen die sich nichts mehr!“ Sie hat dabei gestrahlt und gelacht, weil sie sich nichts mehr trauen mit ihr. So ein schleimiger Einrichter und solch eine Frau... Kann nicht gutgehen für ihn! Verdammt, jetzt hab' ich falsch bedammt, die Zeit vergeht, der Schrank mußte längst fertig sein, und ich bau' im Moment nur Kurzschlüsse. Akkord, Akkord, Akkord hab' ich Semra vorgestern hab' ich Semra gefragt, ob sie mit uns RGO-Leuten zusammen besprechen will, was wir gegen die Kurzarbeit und die drohenden Entlas-

sungen machen sollen. Ja, sie wollte übermorgen zum Termin kommen.

Ich hab' sie kennengelernt, als wir am 8. März mit Vertauschungen zusammen – Semra war eben gewählt worden – den Freitag bei Kaffee und türkischer Pizza feierten. Am selben Morgen waren mein Auspuff flöten gegangen. Statt zur Werkstatt fuhr ich mit meinem Panzer trotzdem zum Polizeikontrolle. Semra hat sofort gesagt: „So kannst du nicht mehr fahren. Ich nehm' dich heut' abend mit in die Werkstatt meiner Bekannten“. Und da hat sie dann stundenlang geholfen, Ersatzteile zu beschaffen und anzubringen. Sie konnte alles. Sie konnte arbeiten wie wild, reparieren, sie konnte Wut haben, sie konnte helfen, sie konnte rauchen, sie konnte erzählen... Sie konnte bestimmt noch mehr. Ich hab' sie ja gar nicht richtig kennengelernt, ich weiß nichts von ihr als ein paar dürre Daten, zwei Kinder, geschieden, alleine hier, jahrelange Akkordarbeit, beschissenes Leben – sie konnte sicher auch weinen. Weshalb ich immer an ihre Augen denke? Damals in der Werkstatt haben wir mit den

Sie funktioniert

Sie packte ihre Sachen zusammen, verabschiedete sich schnell von den Kolleginnen, suchte in Gedanken noch einmal den verhassten Einkaufszettel zusammen, wartete auf den Bus, der sie zum Supermarkt, nach Hause bringen würde. Wieder fluchte sie still vor sich

hin, das gemeinsame Auto stand ihr natürlich wieder mal nicht zur Verfügung, angeblich besaß sie ja nicht die Fahrpraxis, den neuen Wagen unbeschadet fahren zu können. Der Bus war den Fabriken saßen und standen und schimpften auf den Vorarbeiter, den Meister, den Chef. Vereinzelt saßen und standen auch Männer herum, sich langsam auf den Feierabend, den wohlverdienten vorzubereiten.

Es ist 4.00 Uhr, für einige war der Tag gelaufen, andere hatten noch Tolles vor, für die meisten im Bus jedoch fing die Hauptlast des Tages erst an, für den Großteil war der Feierabend ein Fremdwort. Gespräche riskierten nicht ab, wenn einige ausstiegen, neue Fahrgäste zustiegen. Mechanisch bereitete sie sich auf den zweiten Teil des Tages vor. Heute noch Gardinen abnehmen, die Fenster in den vorderen Räumen putzen, hoffentlich hat er bereits angefangen, aber natürlich, durch die morgendliche Hetze hatte sie wieder einmal vergessen, ihn per Zettel auf einiges hinzuweisen, also wieder einmal nichts mit der so berühmten Mithilfe. Ihre Gedanken liefen im Kreis, kochen, vorkochen, Gardinen abdammen, Fenster putzen. Verdammt, wenigstens die Kinder könnte er einmal abholen, er hat doch das Auto, er hat doch eine

halbe Stunde eher Feierabend, immer mußte sie sich abhetzen und bei jeder Diskussion kam die unweigerliche Antwort „Ja, hättest du es mir nicht eher gesagt...“ Egal, alles hing von ihr ab. Einmal einfach aufhören mit dem sich zuständig fühlen, einmal einfach so aufhören, für ein oder auch für zwei Tage, was dann? Doch sofort dachte sie an die Kinder, wer würde sie dann versorgen, würden sie etwas richtiges zu essen bekommen, nach dem Mistessen im Hortscheites. Nein, geht nicht, zuständig ist sie.

Sie setzte sich auf einen freiwertenden Platz, ließ das Geplätscher der Stimmen an sich vorbeigleiten, lehnte ihren Kopf gegen die kühle, beschlagene Scheibe des Busses. Einmal wenigstens frei sein von dem immer an andere denken, einmal wenigstens etwas Verrücktes tun und nicht immer das Gefühl, ohne dich läuft nichts. Einmal alles hinter sich lassen und frei sein, frei, ein Fremdwort, das nur noch in fernen Träumen herumgeisterte. Freibedeutete inzwischen fast so etwas wie der Fernseh-irische Kaffeezeit bei einer männerverwöhnenden Tasse Kaffee, für ihn gekauft, für ihn gekocht, frei bedeuteten inzwischen schon die zwei kostbarsten Wochen des Jahres, die in einem Ferienhaus auch nicht grad' für sie den Geschmack für Freiheit und Abenteuer hinterließen.

Für ihn da sein, für den Ablauf zu Hause da sein, am meisten für die Kinder da sein, die doch immer zu kurz kommen, ohne Organisation schaffte sie nichts. An den Wochenenden schaffte sie schon gar nichts, grad' die Treppen putzen, saugen, an den Wochenenden war alles ausgebucht, schon umsäumt von riesigen Kirschbäumen, die immer reichlich

Früchte trugen und von ihr zu Marmelade an den Sonntagabenden verarbeitet werden wollten oder den Gurken, auf die er stolz war, die sie aber einlegen durfte, auf die endlosen Reihen, frischem, unverdorbenem, gesundem Gemüse. Lieber würde sie dann nur im Liegestuhl liegen, oder nur gießen und Unkraut zupfen, den, einzufrieren, einzukochen.

Der Bus hielt, sie stieg aus. Voll ist es wieder im Supermarkt, nur langsam kam sie an die von ihr gewünschten Artikel heran, alles wurde hinten gelagert, vorne war nur der Ramsch, der oft genug unnötigerweise mitgekauft wurde, weil es leicht doch gebraucht wird, zu Hause aber nur herumliegt und zu nichts nützt, nicht einmal schön ist. Die Kassen waren umlagert, von sechs nur zwei besetzt, ein Gedränge, Geschublahmen, sie lehnte sich über den Einkaufswagen, froh einmal zwischendurch ausspannen zu können. Werbesprüche zwischen sanften Weisen kamen aus den Lautsprechern, Hinweise auf Sonderangebote ließen sie

schen und machte sich eiligst auf den Weg nach Hause. Haustür aufschließen, die Sachen wegpacken, wieder hinauseilen, die Kinder abholen.

Jetzt straffte sich ihre Schulter, nicht mehr schleppend war ihr Gang, sie freute sich auf das ablenkende Gerede der beiden. Fast jeden Tag daselbe, Arbeit, im Betrieb, Arbeit zu Hause. Einmal mit ihnen durch den Park tollern, oder zum Schwimmen gehen, oder verschwendungsmiteinander Eisessen gehen. Einmal nur Zeit für die Kinder, ohne daran zu denken, daß danach noch mehr kommen wird, was sie von ihnen ablenken kann, einmal mit ihnen gemeinsam bis in den Abend hinein spazierengehen, ihnen noch wahrnehmen. Aber ihr Pflichtbewußtsein zwang sie, die Kinder anzutreiben, ihnen nur kurz zuzuhören, den Streit mit Klaus, die schlechte Note im Lesen, die Sorgen mit der Hortleiterin, der Lehrerin. Sie hörte nur die Worte wie aus der Ferne aufkommen und dann untergeben, ohne Zusammenhänge zu begreifen, mahnte das Mädchen zur Eile und begann schon wie-

2. Preis

ging unter in Ungeduld und in Hetze, die Freude auf das Wiedersehen ging unter in Unlust über alles und jedes. Die Aggressivität in ihr sprang hoch und die Kinder spürten es sofort.

Eine Frau muß, ich muß, hämmerte es in ihrem Kopf. Sie schloß die Tür auf, begann sofort zu schimpfen, über ihn, der seine Jacke achtlos hingeworfen hatte, über ihn, der seine Schuhe nicht in den Schuhschrank gestellt hatte. Über die Kinder, die ihre Jacken achtlos hinwarfen und den Schuhschrank scheint's auch nicht als solchen betrachteten.

Er begrüßte alle drei freudig mit einem Kuß, erzählte stolz etwas von neuen Tulpenzwiebeln, Anbauarten, sie vernahm nur „Garten, Garten“, sah die Küche, die Gardinen, die Fenster. Wenigstens war der Abfall heruntergebracht, fast hätte sie ihm gedankt dafür, sah aber noch das Frühstücksgeschirr in der Küche, den überfüllten Aschenbecher von gesternabend, die beiden ungespülten Biergläser. Resigniert zog sie die Schultern wieder ein, schob ihn und die Kinder ins hintere Zimmer, murmelte noch ein „spielt schön“, ein „meine Arbeit“, brach immer noch nicht in Tränen aus, sondern trieb sich an. Das Essen, die Gardinen, die Fenster, unaufhörlich hämmerte es ihr mechanisch ein und ebenso mechanisch begann sie den zweiten Teil ihrer Arbeit. Du kochst gut, hatte er es wirklich gesagt? Um sie herum das gleiche Brausen, untermischt von Gelächter, befreiendem Gelächter, sie war ausgeschlossen.

Jetzt noch eine Tasse Kaffee, gemütlich machen, zu zweit, nur eine kurze Pause. Nein, ich muß noch die Gardinen, die Fenster, hat doch Zeit, sie kämpft mit sich, nein, was du heute kannst besorgen... Morgen ist doch Samstag, nein, heute, hämmerte es weiter, denn morgen, der Tag ist auch schon verplant. Später setzte sie sich mit dem Korb voller Bügelwäsche kurz zu ihm, begann mechanisch zu sortieren, die Kinder liegen schon lange im Bett. Jetzt zusammen etwas machen, aber sie war randvoll mit ihrer Arbeit und erzählte, hast du gehört, die PLO zieht ab, welche PLO? Du informierst dich überhaupt nicht mehr. Mit dir kann man nichts mehr bereden. Durch die AEG droht uns Kurzarbeit. Sie horchte auf, doch schon verzog sich ihr Gedankenkreis wieder in die gewohnten Bahnen. Ach ja, Zubringerindustrie, sie hatte im Betrieb davon gehört, doch nichts so recht verstanden und ließ ihn jetzt alleine reden, ohne ihm zuzuhören. Er rauchte, er las, er trank sein Bier, er sah fern. Morgen ist Samstag, doch heute muß die Bügelwäsche noch in den Schrank, heute muß noch die Jeans des Jungen gestopft werden, daß er auch immer soviel toben muß, von ihm kam ein Gemurmel zurück, ist früher alle so. Morgen ist Samstag, das Mittagessen noch vorkochen, fast hätte sie es vergessen, morgen ist Samstag, heiliger Gartentag, jäten, gießen, die Laube ausbessern helfen, alles

am Samstag. Jetzt ist Feierabend, nur für wen? Er schaltet nach den Spätnachrichten ab, gähnt, geht ins Bett, macht ihr noch Vorwürfe, weil sie nicht mehr für ihn da ist, nicht mehr lieb zu ihm ist, keine Zeit mehr hat für ihn.

Sie schaut entgeistert auf, tut sie nicht alles, was von ihr verlangt wird? Kocht sie nicht immer, jeden Tag, hält sie nicht alles in Ordnung? Sie tut doch alles, was eine Frau tun muß, andere Frauen hätten schon alles verschlampen lassen, doch sie nicht. Sie tut doch alles!

Die Zeit gehört ihr nicht, wie sie ihr nie gehört hat, die Zeit, ihre Zeit gehört anderen, und sie begehrt immer noch nicht auf?

Von einer Frau aus Dortmund



zeitweise aufhören. Wieder mal der Superknüller? Nur allmählich ging es vorwärts, sie vernahm nichts mehr um sich herum, als nur ein gleichmäßiges auf- und abschwellendes Brausen, ummalt von seichter Musik. Endlich, bezahlt, eingepackt, schwer trug sie an den Ta-

der, wie jeden Tag innerlich ihre kommende Arbeit einzuteilen. Unnachsichtig zog sie jetzt die Kinder mit sich fort, nein, kein Eis heute, nein, keiner Dampflok nachsehen, nein, den Schwan hatte sie nicht gesehen. Die Zeit drängt doch, beeilt euch. Die Freude auf die Kinder



Hausfrau bei der Arbeit.

Bezahlte der Vatikan die Putsch-Loge?

Der Chef der Freimaurerloge Propaganda due (P 2), der Italiener Licio Gelli wurde in der letzten Woche in der Schweiz festgenommen. Das brisanteste an der Festnahme Gellis: Er wurde dabei ertappt, wie er Gelder des kürzlich tot aufgefundenen Ambrosiano-Bankiers Calvi abheben wollte...

Damit scheinen sich zwei der größten Skandale der in dieser Hinsicht wahrlich nicht armen jüngeren italienischen Geschichte zu verknüpfen. Was bisher

stets dementiert wurde, daß die Loge P 2 mit Calvi-Geld arbeitete ist nun erwiesen.

P 2 — das war das Ereignis, das der jahrzehntelangen Regie-

rungsführung der christdemokratischen Partei Italiens ein Ende bereitete. Denn in dieser Loge, die fertig ausgearbeitete Putschpläne vorliegen hatte, saß neben Generalen und höchsten Polizeioffizieren, neben der gesamten Führung des Geheimdienstes und Großindustriellen auch die Prominenz der christdemokratischen Parteibürokratie. Das politische Ziel: die Wiedererrichtung eines Führersta-

tes paßte allzu wenig zu den öffentlichen Bekundungen der DCI. Die Entlarvung der Loge erschütterte das politische Gefüge Italiens so sehr, daß seitdem diese Partei keinen Anwärter mehr auf das Amt des Ministerpräsidenten stellte.

Der ungeklärte Tod des Banco-Ambrosiano-Chefs Calvi, der vor einiger Zeit erhängt in London aufgefunden wurde, hatte vor allem deshalb skandal-

trächtige Wirkung, weil dabei klar wurde, daß das vatikanische Institut für religiöse Werke (IOR) und sein Chef Marcinkus auf das Engste mit verbrecherischen Machenschaften von Mafia-Bankiers und anderen Dunkelmännern verbunden war.

Und nun also kam der geflüchtete Chef der P 2 in die Schweiz, um Geld abzuholen, das der tote Calvi aus der vom Vatikan finanzierten Ambrosiano-Bank illegal dorthin transferiert hatte.

Um es mit anderen Worten zu sagen: der Vatikan finanzierte, direkt oder indirekt, die Pläne von Gellis Putschistenloge.

Bei der traditionellen Verbundenheit des Vatikans mit der Christdemokratischen Partei Italiens, die den Hauptteil der verwickelten Politiker gestellt hatte, braucht dies nicht zu überraschen.

Bisher versuchte man in der Umgebung des Papstes dies alles

durch absolutes Schweigen herunterzuspielen. Zur gesamten Calvi-Affäre wurde ein eigener „Untersuchungsausschuß“ eingesetzt, alle Maßnahmen von Seiten der Behörden Italiens wurden ignoriert. Ob dies auch nun weiterhin so geschehen kann, erscheint zweifelhaft, denn die Verbindung der Calvi-Affäre hin zur Putschistenlog erscheint als eine Einmischung des Vatikans in innenpolitische Angelegenheiten Italiens. Da wird man sich wohl dazu durchringen, den US-Bischof Marcinkus, Leiter der vatikanischen Geldgeschäfte, in die Wüste zu schicken.

Ob das aber reicht, um wieder ein besseres Bild in der Öffentlichkeit abzugeben, erscheint fraglich, denn niemand mag glauben, daß Marcinkus seine Geschäfte mit Schwindlern und deren Beziehungen zu Faschisten ohne jegliche Rückendeckung getätigt haben sollte...

SS-Spitzel mit Gottes Segen?

In der Wochenzeitung „Die Zeit“ veröffentlichte Anfang September der Kirchenhistoriker Georg Denzler die Ergebnisse eines Gesprächs mit Albert Hartl über die Rolle vor allem der katholischen Kirche im Dritten Reich. Der Inhalt dieser Unterhaltung bestätigt und übertrifft alles, was bisher an Gerüchten, Vermutungen und einzelnen Geschichten bekannt wurde.

Dieser Hartl ist nicht irgendwer, der jetzt daherkommt, und sich wichtig machen will, er ist im Gegenteil ein Mann, der sich bisher strikt geweigert hat, seine Erfahrungen zu veröffentlichen. Denn es sind seine eigenen Erfahrungen. Hartl, einst Religionslehrer an höheren Schulen in München, verließ die Kirche 1934, als er bereits Mitglied von Hitlers NSDAP war. Er wurde Leiter der Abteilung „Politische Kirchen“ im Reichssicherheitshauptamt. Das bedeutete, er war SS-Standartenführer, vom Rang her vergleichbar mit einem Oberst der Reichswehr, und enger Mitarbeiter Heinrich Himmlers. Er war eine zentrale Schaltstation im Verhältnis der SS zu den Kirchen.

Dabei wird nicht nur die

Rolle solcher leicht durchschaubarer Leute wie des Kardinal Faulhaber deutlich, der in seiner Münchner Frauenkirche Lobgesänge anstimmen ließ, als Hitler dem Bürgerbräu-Attentat entgingen war und der noch am 20. Juli 1944 die konservativen Verschwörer gegen Hitler verurteilte. Dieser war in seiner Zeit und danach bekannt als fanatischer Anhänger des Führerprinzips, sowohl im braunen Rock als auch im Purpur.

Bekannt war auch die lange Reihe der katholischen Theologen, die in sogenannten wissenschaftlichen Werken eine „philosophische Vereinigung“ von Katholizismus und Nationalsozialismus versuchten, und unter denen sich höchste kirchliche Würdenträger befanden.

Neu sind Hartls genaue Aussagen über das System nationalsozialistischer Spitzel in der Kirchenhierarchie. Neben 73 festangestellten ehemaligen Kirchenbediensteten in seinem Amt verfügte er noch über 200 „Vertrauensmänner“ (die er nicht Spitzel nennen möchte) in der Kirche.

Neu dabei sind auch konkrete Details über die Art und Weise, wie solche Kirchenspitzel, die Amtsbrüder und Gemeinden aushorchten, angeworben wurden. Ausnutzung enttäuschter Karrierehoffnung und Erpressung wegen Frauengeschichten oder aus solchen entstandener Geldschwierigkeiten bei den hohen schwarzen Herren waren oft genug billiger Grund für Denunziantentum gegen Bezahlung.

So beispielsweise der Münchner Weihbischof Scharnagel, der Wohltätigkeit mit Sex vergolten wissen wollte und von Hartls Leuten dazu gezwungen wurde, den Nazi-Freund Kardinal Faulhaber zu bespitzeln. Er

wurde einer der bekanntesten Denunzianten, weil er alle ihm persönlich unangenehmen Geistlichen am liebsten im Konzentrationslager sehen wollte, und auch einige dahin beförderte.

Geschichte um Geschichte reihte sich bei Hartls Gesprächen mit Denzler aneinander, das wird selbst aus den beiden kurzen Seiten in der „Zeit“ deutlich. Und alle bezeugen sie die Nazifreundlichkeit der Bischöfe und Kardinäle.

Dabei wird vor allen Dingen klar, daß es im autoritären Klerus von Beginn höchstens auf der niedersten Ebene einen gewissen Widerstand gegen die Nazis gab, und auch das ohne jegliche Unterstützung von oben. Denn selbst die Proteste gegen das nazistische Mordprogramm der „Euthanasie“ kamen erst danach, als die Opfer schon tot waren. Und ein Mann wie der Graf von Galen, häufig als bedeutendster Vertreter des katholischen Widerstands bezeichnet, dankte seinem Gott öffentlich für den Beginn von Hitlers Rußlandfeldzug...

Tatort: Köln

Der eine nistet mit seinem Handwerkszeug eben mal den Liebhaber seiner Freundin um, der andere verprügelt mit Kollegen zusammen nach der Schicht Hausbesetzer und auch ein paar Unbeteiligte, wieder andere drücken einmal zu oft beim Rauschgifthandel ein bis zwei Augen zu, und der jüngste Aufgeflogene beseitigt Untersuchungsakten der eigenen Kommission, um dem Sponsor eines Sportvereins nicht weh zu tun. Der seltsame Verein, in dem alle diese Einzeltäter Mitglied sind heißt Polizei.

Der jüngste Tatort ist Köln. Da gab es eine Sonderkommission, die eine NRW-weit organisierte Bande von Autodieben verfolgen sollte. Ihr Chef war ein Kölner Oberkommissar R. Aber

dieser Kommissar R. hatte einen Unterschied zum aus vielen Krimiheftchen bekannten Kommissar X. Er war sportbegeistert, oder ist es noch. Polizeisportverein und so. Und der brauch-

te, wie jeder Sportverein mehr Geld. Und also einen Sponsor, gut neudeutsche Formulierung für Geldgeber.

Den hatte man denn auch, einen Autoschlosser. Und wenn jetzt jemand die Frage kommen sollte, wie denn ausgerechnet ein Autoschlosser einen Sportverein bezuschussen kann, dann ist die Frage nicht unberechtigt.

Er konnte, denn er hatte Geld. Woher? Nun, die besagte Autoklaubande macht ungefähr 2 Millionen Reibach. Und da war der sehr ehrenwerte Sportsfreund des Kommissar R., so wurde allmählich bekannt, der Chef. Nun kann man viel spekulieren, zu welchem Zeitpunkt er was wurde: zuerst Bandenchef oder zuerst Sportförderer...

Kommissar R. war's egal. Er leitete seine Kommission, aber nicht die Akten weiter und jetzt sind sie verschwunden, weg, und waren nicht mehr gesehen. So nach dem Motto „eine Hand wäscht die andere“.

Der sportfreundliche Autoschlosser und Autodieb jedenfalls kann erst einmal aufatmen und ein bißchen Luft holen, dafür sorgte sein Sportsfreund. Dem allerdings scheint es jetzt an den Kragen zu gehen. Denn es ist nicht überall wie in Dortmund, wo wildwest mimende Polizisten vom Polizeipräsident auch noch gelobt werden. Hier und da beginnt man sich um das Ansehen des Vereins offenbar zu sorgen. Schlecht für R.

Landtagspräsident Gaa zurückgetreten Vom Bau gefallen...

Montag letzter Woche trat Lothar Gaa (CDU), Landtagspräsident in Baden-Württemberg von seinem Amt zurück, um in Zukunft nur noch als „einfacher Abgeordneter“ zu wirken. Zu sehr waren seine Verbindungen mit der Baufirma Süba in der Öffentlichkeit breitgewalzt worden.

Gaas Anwaltskanzlei vertrat diese Hockheimer Baufirma. Und offensichtlich war Gaa ein guter Anwalt — zumindest setzte er sich sehr entschlossen für seine Kundschaft ein. So als er beispielsweise den Mannheimer Oberbürgermeister dahingehend bearbeitete, daß die Süba einen Teil der öffentlichen Aufträge zugeschanzt bekomme.

Natürlich hat Gaa, wie er sagt, das alles als Privatmann gemacht und sein jetzt endlich erfolgter Rücktritt soll ihm sozusagen positiv anerkannt werden, denn er trat nur zurück „um das hohe Amt“ nicht zu belasten. Nicht etwa weil er meinte, da habe er sich einen Fauxpas geleistet.

Geschäfte wie jenes in

Mannheim — und die Liste der an die Öffentlichkeit gedruckten Aktivitäten ist sehr viel länger — habe er ja schließlich nie als Landtagspräsident sondern stets eben als Privatmann getätigt. Daß vielleicht dabei sein Amt eine Rolle gespielt haben mag, kann er kaum glauben. Deshalb bleibt er ja auch auf alle Fälle CDU-Abgeordneter im Stuttgarter Landesparlament.

Aber ganz so unschuldig ist er denn wohl auch nicht. Damit ist nicht die kleine Tatsache gemeint, daß er zu geschäftlichen Verhandlungen schon öfters mal im Dienstwagen des Landtags vorfuhr.

Denn immerhin hatte die Familie Gaa Beteiligungen von runden 10 Prozent an verschie-



Süba in Hockenheim

denen Süba-Tochtergesellschaften. Mit anderen Worten: Er arbeitete nicht nur für alte Geschäftsfreunde (wofür es ja, je nach der Höhe der Beträge keine Bezahlung sondern entsprechende Geschenke, auch mal an Verwandte, gibt) sondern schon ziemlich direkt in die eigene Ta-

sche. Das aber widerspricht eigentlich nicht nur dem „hohen Amt“ des Landtagspräsidenten, sondern auch dem „schlichten“ eines Abgeordneten.

Ob ihn das Gewohnheitsrecht vor einem weiteren Rücktritt schützt?

„CSU-Otto“

Von dem Land der Magyaren holte er sich ganz persönlich sein „politisches Engagement“. Denn: In Deutschland waren die Habsburger schon lange nicht mehr im Geschäft, und Österreichs Franz Joseph ist schon so lange tot. Aber in Ungarn, da war man noch bis 1945 wer: nämlich der zweitgrößte Grundbesitzer des Landes, nach der katholischen Kirche, aber noch vor den Esterhazys. Bis dann der Fall des dritten Reichs kam und mit ihm auch der Sturz seiner magyarischen Kumpane. Und da war das ganze schöne Land weg. Auf einmal ganz und gar weg! Und Otto beschloß, politisch tätig zu werden.

Über 30 Jahre hat er dazu gebraucht, in die Reihen der CSU zu finden, das ist das erstaunlichste, nachdem man ihn schon nicht als unerwünschten Ausländer abgeschoben hatte. Jetzt ist er parteipolitisch vereint mit den Fürsten von Thurn und Taxis, den Grafen Huyn, den Baronen von Finck, den dazugekommenen von Siemens und wie sie alle heißen.

Adel in Deutschland — das sind nicht nur die Herren von Gestern, die der Vergangenheit nachträumen, das ist auch ein — nicht unwichtiger — Teil der Herren von Heute mit ihren Privatbanken, Aufsichtsratssitzen und Familienholdings. Aber es ist auch nicht zuletzt der Teil, der am meisten seinem verlorenen „Eigentum“ nachtrauert, wo es auch immer liegen mag.

Die Paneuropa-Union Ottos, als Versuch, die älteste Reaktion über europäische Grenzen hinweg zusammenzubringen, die reichte dem Fanatiker in dieser Zeit nicht mehr aus. Wenn das Vaterland ruft, auch wenn es nicht ruft, und wenn es auch gar nicht das Vaterland ist, dann kommt so ein Mann, ob man will oder nicht. Deshalb marschiert er also jetzt in den Reihen von Franz Josef Strauß. Und keine Frage, da ist er willkommen. Da hat man großes vor und kann jeden reaktionären Namen gut gebrauchen.

Er möchte seinen Freunden ähnlich leidvolle Erfahrungen, wie sie seine ach so edle Familie gemacht hat, ersparen helfen. Traditionen bewahren, Werte verteidigen. Um welche Werte es CSU-Otto dabei speziell geht, sagte er nicht. Es ist aber bekannt, daß er hier und da ein paar Aktien hat. Aber, versteht sich, weit gefehlt, in unserem erzkommunistischen Materialismus!

Es geht gar nicht um Vermögenswerte, sondern um ethische. Und: ewige. Versteht sich. Autorität, Respekt, Leistung, persönliche Freiheit. Darum CSU.

Autorität — das sind Franz Josef (nicht: von) Strauß und Otto (wohl: von) Habsburg. Respekt heißt, man darf sie nicht prüfen, geleistet haben sich beide schon Einiges. Und persönliche Freiheiten nehmen sie sich ganz schön viele heraus. Was also sollte besser zusammenpassen als diese Partei, ihr Chef und ihr neuester Otto?

Und es paßt ins Bild, wie sie zusammenrücken und sich auf härtere Zeiten einrichten. Wenn es nach ihnen geht — härtere Zeiten für uns. Arbeiten und Maulhalten wie bei den alten Habsburg-Kaisern: wessen Zukunftsideal das wohl ist?

hrw

Roter-Morgen-Interview mit dem Chefredakteur von Zëri i popullit

Das Zentralorgan der Partei im Sozialismus

Am 17. August dieses Jahres hatte unser Mitarbeiter in Tirana Gelegenheit, mit Genossen Mehmet Elezi, Chefredakteur von „Zëri i popullit“, ein ausführliches Gespräch zu führen. Wir veröffentlichen das Interview in zwei Teilen. Im ersten Teil geht es unter anderem

RM: Am 25. August 1982 wird das Organ des ZK der PAA 40 Jahre alt. Gleichzeitig ist der 25. August traditionsgemäß der Tag der albanischen Volkspresse. Welche Aktivitäten sind geplant?

Mehmet Elezi: Es sind eine ganze Reihe kleinerer Aktivitäten in Tirana und in den übrigen Bezirken vorgesehen, organisiert von den Bezirksparteikomitees oder von den Presseorganen, beispielsweise Zusammenkünfte mit Lesern, Kadern, Fachleuten, Arbeitern, Bauern, freiwilligen Korrespondenten usw. Dort wird über die albanische Presse im allgemeinen, über den Weg von „Zëri i popullit“ im besonderen gesprochen, über die Rolle im Antifaschistischen Nationalen Befreiungskampf, in den verschiedenen Etappen des sozialistischen Aufbaus. Besondere Aufmerksamkeit wird dort der Meinung und dem Urteil des einfachen Lesers geschenkt; die Meinung des Lesers heranzuziehen, ist ohnehin eine unserer wichtigen Aufgaben.

Desweiteren wird am Vorabend des 25. August ein landesweites Treffen der freiwilligen Korrespondenten stattfinden, und zwar in Lushnja. Warum gerade in Lushnja? Weil Genosse Enver 1967 einem Volkskorrespondenten eines Dorfes im Bezirk Lushnja einen Brief geschickt hat, in dem es um die Bedeutung und Rolle der Korrespondentenbewegung geht. An diesem Treffen werden auch zahlreiche mit Pressefragen befaßte Parteikader teilnehmen. Man wird über die Erfolge und Schwächen der freiwilligen Korrespondenten diskutieren und Aufgaben für die Zukunft stellen, um vor allem das fachliche Niveau zu erhöhen. Es wird also ein richtiges Arbeitstreffen sein.

tung heißen sie übrigens Volkskorrespondenten. Bereits vor 30 Jahren hat das Zentralkomitee in seiner Grußbotschaft zum 10. Jahrestag von „Zëri i popullit“ auf die große Bedeutung der freiwilligen Korrespondenten hingewiesen und die Redaktion zu verstärkten Anstrengungen in dieser Richtung aufgefordert. Welche Rolle spielen die freiwilligen Korrespondenten in „Zëri i popullit“?

Mehmet Elezi: Bevor ich auf diese Frage eingehe, möchte ich vorausschicken, daß 70 bis 80 Prozent der Materialien jeder Ausgabe von freiwilligen Korrespondenten geschrieben sind, bzw. von auswärtigen Mitarbeitern, die keine Journalisten sind, einfache Arbeiter, Bauern, Spezialisten, Kader. Vom hauptberuflichen Korrespondenten im letzten Dorf, bis zum Chefredakteur sind wir nur 40 Leute in der Redaktion; wir könnten die Zeitung alleine auf dem erforderlichen Niveau gar nicht schaffen.

Bei uns hat jeder Redakteur zwei Aufgaben: 1. selber schreiben, 2. freiwillige Korrespondenten und andere Mitarbeiter heranziehen.

Nun einiges zur Frage der Qualifikation der freiwilligen Korrespondenten: Sie haben gute Seiten, die lebenswichtig für einen guten Journalismus sind; sie sitzen an der Quelle und können das Typische widerspiegeln, sie dreschen keine Phrasen. Es gibt noch eine andere Seite: Nicht immer sind sie auf der Höhe der erforderlichen Fähigkeit; so mag einer zwar die Probleme in seiner landwirtschaftlichen Genossenschaft bis ins einzelne kennen, weiß aber nicht über die Fragen Bescheid, die den Bezirk oder das ganze Land im Augenblick bewegen; so kann es passieren, daß er Er-

um die Aktivitäten zum 40. Jahrestag von „Zëri i popullit“, um das Netz aus freiwilligen Korrespondenten, um Leserbriefe und um Leitartikel.

gen Bezirkszeitung „Shkëndia“ einen dreimonatigen Lehrgang mit sämtlichen freiwilligen Korrespondenten des Bezirks durchgeführt, den Parteikader, Berufsjournalisten usw. geleitet haben. Im Anschluß daran hat „Shkëndia“ zwei Nummern herausgebracht, in denen nicht nur sämtliches Material aus der Feder der freiwilligen Korrespondenten stammte, sondern die auch von den freiwilligen Korrespondenten selbst redigiert worden waren.

Zur Zeit erreichen uns täglich niemals weniger als zwei Briefe, die Obergrenze liegt im Augenblick bei zehn. Allerdings hängt die Zahl der Briefe von der jeweiligen Situation ab, von den Themen, die die Zeitung gerade behandelt, von der Intensität des Klassenkampfes.

Dazu ein konkretes Beispiel: 1975 haben wir folgenden wichtigen Leitartikel veröffentlicht: „Wenn die Klasse spricht, schweigt der Bürokratismus“. Daraufhin setzte eine große Dis-



Albanische Arbeiter diskutieren einen Artikel in „Zëri i popullit“

Öfters werden die freiwilligen Korrespondenten auch in die Redaktion gerufen, um Fragen durchzusprechen.

Nun zur Hebung des Niveaus. Man kann sich vorstellen, daß es vor 30 Jahren relativ niedrig war. Es hat sich mittlerweile parallel zum Bildungsniveau aller Werktätigen sehr stark gehoben. Heute haben die meisten freiwilligen Korrespondenten einen höheren Schulabschluß. Bei uns beschäftigt sich ein Redakteur ausschließlich mit den freiwilligen Korrespondenten.

Haben die freiwilligen Korrespondenten anfangs nur Informationen und Nachrichten, wenn es hoch kam auch mal eine Reportage geschrieben, so sind sie schon seit Jahren dazu übergegangen, auch Probleme aufzugreifen und zu behandeln.

Und wenn er ein Problem aufgreift, zu dessen selbstständigen Behandlung er noch nicht in der Lage ist, dann schicken wir einen Redakteur, und die beiden behandeln die aufgeworfene Frage gemeinsam.

RM: Ein weiteres Material der Zeitung, das von der Basis kommt, von denen, die an der Quelle sitzen, ähnlich wie die freiwilligen Korrespondenten, sind die Leserbriefe. Welche Rolle spielen diese Briefe in der Arbeit der Redaktion?

Mehmet Elezi: Die Briefe aus dem Volk sind in der Tat eine überaus wichtige Quelle für uns, aus der wir tagtäglich schöpfen.

kussion ein, vor allem in der Arbeiterklasse, eine große politische Aktion gegen den Bürokratismus. In den Verwaltungen, Behörden und Ministerien wurden überflüssige Stellen weggekürzt usw. In dieser Zeit erhielten wir 20 Briefe und mehr pro Tag, scharfe Briefe gegen bürokratische Erscheinungen, die wir in ihrer überwiegenden Mehrzahl abgedruckt haben. Auch wir haben von uns aus weitere Artikel geschrieben gegen bürokratische Haltungen, wobei wir die bürokratischen Kader offen beim Namen nannten.

Zusätzlich zu dieser Art von Briefen gibt es noch eine andere Sorte. Sie sind nicht an die Redaktion gerichtet, sondern an einen bestimmten Redakteur, den der Absender persönlich kennt und dem er auf diesem Weg irgendein Problem anvertraut.

Wie gehen wir nun mit den Briefen aus dem Volk um?

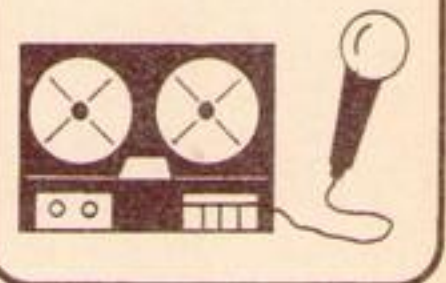
— 1.: Die überwältigende Mehrheit veröffentlichen wir. — 2.: Auf der Grundlage mehrerer Briefe, die ein gleiches Problem behandeln, bringen wir Verallgemeinerungen. Wenn wir zum Beispiel sowohl aus Shkodra als auch aus Vlora Briefe bekommen, in denen sich die Leute über Begünstigung bei der Wohnungsvergabe beschwerten, so schreiben wir auf dieser Grundlage einen Artikel dazu. Manchmal schicken wir auch noch einen Journalisten runter,

der noch weitere diesbezügliche Mängel aufdeckt bzw. Informationen zusammenträgt.

— 3.: Aus den Briefen, die wir nicht veröffentlichen, ziehen wir Lehren für unsere Arbeit. Geht es um irgendeine Beschwerde, setzen wir auf jeden Fall das zuständige Bezirksparteikomitee oder eine andere zuständige Stelle in Kenntnis und verfolgen dann auch, wie das Problem gelöst wird.

RM: Vorhin war schon einmal von einem Leitartikel von 1975 („Wenn die Klasse spricht, schweigt der Bürokratismus“) die Rede. Wenn ich mich nicht irre, sind die Leitartikel diejenigen, die auf Seite 1 im Fettdruck stehen und nicht namentlich gezeichnet sind. Man findet sie je nachdem zwei, drei oder viermal in der Woche. Schon daran, daß sie durchgehend fett gedruckt sind, kann man sehen, daß sie eine besondere Rolle spielen. Was sind das für Artikel, wie kommen sie zustande, wer bestimmt die Themen, wer

Interview



Nehmen wir beispielsweise einen Redakteur, der für die Rubrik „Parteileben“ verantwortlich ist. Der findet im Bericht des ZK an den 8. Parteitag ein eigenes Kapitel zu diesem Problem. Er nimmt sich nun innerhalb einer bestimmten Frist, sagen wir drei bis sechs Monaten fünf bis sechs Artikel vor, um dort die Schlüsselprobleme zu behandeln. Indessen finden die Plenen des Zentralkomitees statt, finden Sitzungen des Politbüros statt, berät das Sekretariat; alle diese Parteigremien bereichern und vertiefen ihrerseits die Materialien des Parteitages und versorgen die Redakteure so mit weiteren Materialien. Dann haben wir des öfteren Treffen mit den Sekretären des Zentralkomitees, aus denen wir ebenso Lehren für unsere Leitartikel ziehen.

Sagen wir, das Sekretariat des Zentralkomitees beschließt Neuwahlen für die unteren Parteiorgane und Grundorganisationen, gibt Richtlinien dafür und legt die Hauptprobleme fest, die bei den anzufertigenden Rechenschaftsberichten zu analysieren sind. Auf dieser Grundlage eröffnen wir mit einem Leitartikel die Wahlkampagne; es folgen dann noch weitere, die zu bestimmten Fragen von Wichtigkeit Stellung nehmen.

Auch die Genossen an der Basis fragen uns oft, wer denn diese Leitartikel schreibt.

In den meisten Fällen werden sie von Journalisten geschrieben, oft von den Verantwortlichen verschiedener Redaktionssektoren, von Mitgliedern des Kollegiums; das hängt von dem Problem ab. Auch freiwillige Korrespondenten haben schon Leitartikel geschrieben oder andere Mitarbeiter, die Kader in verschiedenen Sektoren sind. Geht es um Planungsprobleme, beauftragen wir einen Werktätigen der Staatsplan-Kommission; geht es um die rationellere Nutzung der elektrischen Energie, jemanden vom Energieministeriums; oft sind die Leitartikel auch das Produkt einer Zusammenarbeit zwischen dem zuständigen Redakteur und dem entsprechenden Fachkader. Letzterer kennt sich zwar gut auf seinem Spezialgebiet aus, schreibt aber oft so, als würde er einen Bericht für seine Parteigrundorganisation verfassen, ein Stil, den wir in der Zeitung nicht gebrauchen können.

In besonderen Fällen werden die Leitartikel auch von führenden Parteikadern geschrieben.

(Wird fortgesetzt)

40 Jahre „Zëri i Popullit“

PROLETARE TE TE GJITHA VENDEVE. BASHKOHUNI!

Zëri i POPULLIT
ORGAN I KOMITETIT QENDROR TE PPSH

Voli 140-16 i botimit Nr. 138 (10.565) E enjte 10 qershor 1982 Çmimi 30 qindarka

„Zëri i Popullit“ (Stimme des Volkes), das Zentralorgan des ZK der PAA, feiert in diesen Tagen sein 40jähriges Bestehen — die erste Ausgabe der Zeitung erschien am 25. August 1942, während des Befreiungskrieges.

In der Hauptstadt werden wir eine wissenschaftliche Tagung veranstalten; es wird drei, vier Hauptthemen geben. Zum Beispiel wird ein Mitglied der Redaktion von „Zëri i popullit“ über die Aufgaben zur weiteren Hebung des Niveaus im Lichte des 8. Parteitages referieren; das Institut für Marxistisch-Leninistische Studien beim ZK der PAA wird einen Beitrag über die Publizistik des Genossen Enver Hoxha halten; man wird sich mit Fragen von Rundfunk und Fernsehen befassen usw.

Und zum Jahrestag selber wird schließlich noch eine Festveranstaltung stattfinden.

RM: Kehren wir noch einmal zurück zu den freiwilligen Korrespondenten, bei unserer Zeit-

scheinungen in der Genossenschaft überschätzt, die zwar für die Genossenschaft durchaus wichtig sein können, aber nicht in breiterem Maßstab; hier geht es um das Problem des Subjektivismus. Hier muß man ihm helfen.

Es gibt im wesentlichen zwei Formen dieser Hilfe: Die furchtbarste ist die ständige Zusammenarbeit mit der Zeitung, sie schreiben Artikel für die Zeitung, bekommen Anweisungen von der Zeitung, auf diesem Weg findet Meinungsaustausch statt. Eine andere Form sind Kurzlehrgänge und besondere Treffen. Hierzu ein Beispiel:

Vor zwei Jahren hat das Bezirksparteikomitee Lushnja in Zusammenarbeit mit der dortigen

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9375 kHz 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
14.30-15.00	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
16.00-16.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
18.00-18.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
19.00-19.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW
2. Programm		
21.30-22.00	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
23.00-23.30	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
6.00-6.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW



Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL SAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı: 39, 1 Ekim 1982

Yıl: 16

1 DM

Gericiilik için ağır bir yenilgi

"Biz dönüşümü sağlıyoruz" — Bu sözü daha Bonn'daki koalisyon çökmeden önce FDP Hessen'deki seçmenlerine vermişti. Görüldüğü gibi bu tür bir dönüşüm seçmenleri ilgilendirmiyordu. Bunun için de pazar günü yapılan seçimde FDP Hessen Eyaleti'nde dört yıl önce topladığı oyların yarısını bile bu kez alamadı.

Seçimlerden önce Hür Demokrat Partisi FDP'nin yüzde 5 barajını bile aşamayacağı ileri sürülüyordu. Yüzde 5 barajını aşamaması bir yana, 4 yıl önce aldığı oyların yarısından bile az, yani yüzde 3,1 oy aldı. Parti Başkanı Genscher'in doğrudan girişimi üzerine FDP Hessen'de CDU ile bir koalisyon kurmada anlaşmıştı. Gericiiliğin uzun süreli olarak hazırladığı planına göre Hessen Eyalet seçimleri başlangıçta Bonn'daki koalisyonun patlayıcı maddesini oluşturacaktı. Ne varki Federal Başbakan Schmidt'in Bonn'daki hükümet koalisyonunu Hessen seçimlerinden önce kesin olarak dağıtınca bu seçim, mali sermayenin Bonn'da tam da "arzu ettiği hükümeti" kurmak planları üzerine bir oylamaya dönüştü. Ve Hessen seçimlerinin sonucu sadece Genscher'in partisi FDP'nin itibarının sıfıra düştüğünün bir göstergesi değildir. Hiç kuşkusuz FDP'nin korkunç oy kaybından çok daha beklenmedik bir anda aşırı sağcı

kışkırtmacılardan CDU'lu Dreger'in de çok tesirli bir yenilgiye uğramasına yol açtı. Hristiyan Demokrat Birliği CDU'nun Başbakan adayı Dreger'in partisinin yapılan kamuoyu yoklamalarında çoğunluğun oyunu alacağı kesin olarak belirtilmişti. SPD'nin bu kamuoyu yoklamasında yüzde 30'un üzerinde oy toplayacağı ileri sürüldüğünden — ötürü artık gelecek Hessen Eyalet Başbakanı Dreger olacağı hakkında kimsenin tereddütü kalmamıştı.

Ne varki pazar günü seçim sonuçları CDU'nun 1978 seçim sonuçlarının gerisine düştüğünü, yani sadece yüzde 45,6 oy toplayabildiğini gösteriyordu. Buna karşılık SPD ise hafif bir oy kaybı ile yüzde 42,8'de kalırken, Yeşiller ise yüzde 8 oy topladılar. Seçimlerin ardından bu yeniliden gerekli dersleri çıkaran Dreger Hessen CDU Başkanlığından istifa etti. Buna karşılık SPD'li Holger Börner ise muhakkak ki uzun bir dönem için Hessen'de Eyalet

hükümeti görevini sürdürecektir.

Şüphesiz ki Hessen seçimlerinin sonucunu Börner'in izlediği politikanın bir tasdiklenmesi olarak değerlendiremeyiz. Hafta başında Tatbiki Sosyal Bilim Enstitüsü Infass'ın seçim sonuçları üzerine yaptığı bir tahlilde de diğer eyalet seçimlerine karşın Hessen'de Federal ve Eyalet politikasının değişken bir etki yaptığı sonucuna varıyor. Hessen'de seçmen oylarında bu denli köklü değişikliğin olmasına ve pazar günü de CDU ve FDP'ye karşı açıkça bir red oyunun verilmesine Bonn'da başvurulan manevralar ve çevrilen entrikalar yol açtı.

Strauss ve Kohl'un, Genscher ve Lambsdorff'un çeşitli entrikalar çevirerek Bonn'da bir hükümet değişikliğini sağlama girişimleri görüldüğü kadarıyla halkta çoğunluğu oluşturmuyor. Aylardan beri, hatta senelerden beri seçmenler arasında "bir dönüşümden", bir "sağa kayıstan" dem vuran sermayenin bu figürleri entrikalarında bu seçmenleri hesaba katamayacaklarını acı bir şekilde yaşamak zorunda kaldılar.

Bremen Vulkan tersanesinde grev

4200 işçinin çalıştığı Bremen Vulkan tersanesi patronları yıl sonuna doğru 500 işçiyi işten atacaklarını açıkladılar. Patronların çıkış planlarını öğrenen işçiler sessiz kalmamakta, çıkışların geri alınması için direnmekteler. Geçen hafta içinde ve bu hafta pazartesi günü çeşitli grev eylemleri düzenlendi.

Geçen hafta çarşamba günü patronun toptan çıkış planını açıklaması üzerine 300 tersane işçisi bir buçuk saatliğine işi bıraktı. İşçiler üzerinde yoğun baskılarını sürdüren tersane patronları cuma günü yeni bir girişimde bulundular. İşletme yönetimi sefferi bir çok işçi arkadaşına "cıkıştan kendilerinin de etkilendiğini" sözlü olarak bildirmeleri için gönderdi. Ayrıca çoğunluğunu muhalefetçi "Echolot-Grubunun" oluşturduğu işçi temsilciliğini tersane patronları tamamen dışladılar. İşçi temsilciliğinin çıkış listelerinden haberi bile yoktu.

Patronlar bu adımları ile işçileri tamamen yıldırma amaçlıyorlar. Ve bugün 500 işçinin çıkışının Vulkan tersanesindeki işyerlerinin yok edilmesinde ilk saldırı olduğu da hesaplanmalıdır.

Patronun çıkış planını bozguna uğratmak için işçiler hemen direnişe geçtiler. Cuma günü iş ikinci kez bırakıldı. Bu

hafta pazartesi günü yapılan işyeri toplantısında işçiler oylama yaparak derhal bir gün süren protesto grevine gitmeyi kararlaştırdılar. Daha sonra hep birlikte direnişe geçtiler. Çarşamba günü işçiler yeni bir işyeri toplantısı yaparak daha kapsamlı grev eylemlerini görecek ve kararlaştıracaklar.

Aralarından çok sayıda Türkiye işçilerin de bulunduğu toplam 800 yabancı işçi şu an Vulkan tersanesinde çalışıyor. Çıkışlardan özellikle de yabancı işçilerin etkilendiği tartışma götürmez bir gerçektir. Bunun için tersane patronlarının çıkış planının geri alınmasını sağlamak amacıyla yerli ve yabancı işçiler birlikte mücadeleyi yürütmeli ve patronun her türlü bölme girişimlerini boşa çıkarmalıdır. Çünkü yerli ve yabancı işçilerin bölünmesi mücadeleyi zayıflatır ve patronun işine yarar.

(„Streik gegen Entlassungen in der Bremer Vulkan-Werft“)

Beyrut'taki katliama karşı protesto eylemleri:

Tel Aviv'de 400 000 kişi yürüdü

Batı Beyrut'taki Filistin göçmen kamplarında girişilen kanlı katliamdaki sorumluluğu her geçen gün daha da gün ışığına çıkan Begin rejimine karşı protestolar yaygınlaşıyor. Bu protestoların odak noktasına İsrail'de ulaşıldı. Kuruluşundan bu yana İsrail en büyük protesto gösterisini yaşadı.

İsrail yurttaşlarının yüzde 10'undan fazlası, yani aşağı yukarı 400 000 insan Begin rejiminin Lübnan işgaline ve onun yardımıyla gerçekleştirilen Batı Beyrut'taki kitle katliamına karşı yürüdü. Kitleler kanlı katliamın boyutlarının kesin olarak açığa çıkarılması için bir heyetin gönderilmesini ve Begin Hükümeti'nin istifasını talep ettiler. İsrail'in tarihinde ilk olarak yaşadığı bu kitle gösterisine barış örgütlerinin yanı sıra eski hükümet partisi olan "İşçi Partisi" çağrı yaptı. Bir çok yürüyüşçü aynı şekilde Lübnan saldırısını destekleyen bu partinin tutumunu da eleştirdiler ve İsrail birliklerinin derhal Lübnan'dan çekilmesini talep ettiler.

Daha bu yürüyüşten bir hafta önce İsrail'in çeşitli şehir-



BASIN ŞENLİĞİ

"Kızıl Şafak"ın 15. yayın yaşamını doldurmasından ötürü 25-26 Eylül tarihlerinde Dortmund-Lütgendortmund'da başarılı bir basın şenliği düzenledik. Bu aynı şekilde şenliğe katılanlarında edindiği bir izlenimdi. Hava şartları kısmen kötü olmasına rağmen 3000'i aşkın ziyaretçi şenliğe katılarak ilgi çekici bir şekilde hazırlanmış Yazı Kurulu'nun, yayınevinin ve Eyalet Örgütleri'nin masalarında, "Sosyalizmin geleceği var" büyük toplantısında KPD'nin politikası, çeşitli yörelerdeki çalışması hakkında bilgi edildi, yoldaşların Federal Almanya'nın çeşitli yörelerinden getirdikleri yemekleri tattı ve içecekleri içtiler. Düzenlenen kültür geceleri, özellikle de Viyanalı "Schmetterlinge" müzik grubunun çıktığı kapanış konseri ve Melike Demirağ'ın çeşitli parçaları söylediği yabancı düşmanlığına karşı kültür gecesi kitlenin büyük beğenisini topladılar. (Şenlik üzerine ayrıntılı yazı 3. sayfada. Ayrıca fotoğraflar ise Almanca bölüm sayfa 8 ve 9'da!)

Savaşa hazır olmanın bedeli

"NATO senin yaşamını tehdit ediyor!" Partimiz KPD'nin bu şiarı NATO'da kalındığı sürece sadece çıkacak bir savaşta Alman emekçilerinin milyonlarca kayıp vereceklerine işaret etmemektedir. Aynı şekilde NATO'nun savaş hazırlıklarının barış dönemlerinde de onlarca insanın hayatına mal olduğunu ifade ediyor. Özellikle de askeri tatbikatların yapıldığı dönemde savaş kışkırtıcılarının çılgınca planları için katledilen insanların sayıları az değildir.

Savaş paktı NATO'nun yaptığı tatbikatlar milyonlarca Mark maddi hasara yol açmalarının yanı sıra bunlara katılan askerlerin, özellikle de sivil halktan bir çok kişi yaşamına mal olmaktadır. Örneğin geçen hafta perşembe günü Hessen'de sona eren NATO "Carbine Fortress" tatbikatı ABD ordusunun açıklamasına göre 11 kişinin ölümüne ve yüzden fazla insanın da yaralanmasına yol açtı. Her

yapılan askeri tatbikatta olduğu gibi bunda da maddi hasar oldukça büyük, yani en az 13,5 milyon Mark tutmaktadır.

7 NATO üyesi ülkeden toplam olarak 70 bin asker bu savaş hazırlığı tatbikatına katıldı. Kanlı "tatbikat bilançosunun" ardından tam bir fikir birliği içinde Amerikan Ordusu ve Federal Ordu, kazalara ve ölümlere "acıyacak olsak" bile,

bunlar "birliklerin müdahale etmelerinin daha düzeltilmesinin bedelidir!" dediler. Batı Alman emekçileri bu bedeli daha barış dönemlerinde savaş kışkırtıcılarına ödemektedir.

Bunun için bu tatbikat terörüne karşı direniş yükseltmeli ve emperyalistlerin savaş hazırlıkları somut olarak teşhir edilmelidir. Gerçi bugün bir çok bölgede direniş giderek biçimlenmekte. Ancak buna karşı Batı Alman politikacıları polisi saldırtmakla ya da Hiltoltstein köyündeki savaş heveslisi belediye başkan yardımcısının "manevralar üzerine niçin hiddetlenelim ki, nasıl olsa hepimiz bir gün öleceğiz" şeklinde söylediği açıklamalarla cevap vermekteler.

(„Der Preis der Kriegsbereitschaft“)



Beyrut katliamına karşı Bonn'da yapılan yürüyüş.

Beyrut'ta barbarca katliam

Katliamın sorumlusu Begin'dir!

İki hafta önce bir buçuk gün boyunca Begin siyonistlerinin beslemesi Falanjist ve Haddad'ın milisleri kana susamışlarcasına Filistinlilerin göçmen kampları Sabra ve Şatila'da faşist bir katliama giriştiler. Siyonistlerin doğrudan desteği ile Falanjist ve Haddad milislerinin giriştikleri bu katliamda yüzlerce kadın, erkek, çocuk, yaşlı ve genç acımasızca kurşunlandı, işkenceden geçirildi.

Filistin Halk Kurtuluş Örgütü'nden savaşçıların Batı Beyrut'tan ayrılmasının ardından, beslenen çirkin emeller nitekim açığa çıktı. Birkaç hafta önce "Kızıl Şafak" a bir demeç veren—röportaj KŞ'nin Almanca bölümünde yayınlandı—Filistinli bir yoldaş FKÖ'nün Beyrut'u boşaltmasının geride kalan Filistin halkının barbarca katledilmesi anlamına geleceğini belirtmişti. İşte şimdi tamda bu gerçekleştirdi.

İsrail birlikleri tarafından kordon altına alınan Filistin kampları Falanjist milislerin vahşice saldırılarına sahne oldular. İsrail siyonistlerinin bu barbarca kitle katliamındaki sorumlulukları açıkca ortada olmasına karşın, bugün Begin dünya kamuoyunun tepkisi karşısında kalkıp katliamdan hiç bir haberinin olmadığını ileri sürüyorsa, bu insan kanına susamış katil ne kadar büyük bir yalancı olduğunu ortaya koyuyor.

İsrail Hükümeti olaydaki her türlü sorumluluğundan sıyrılmaya çalışırken, İsrail basını, İsrail siyonistlerinin parmaklarını bile oynatmayarak "36 saat boyunca katliama izin verdiklerini" yazmaktadır.

Falanjist milislerini, Kaetep çetesini İsrail siyonistleri bugüne değin beslediler. Sayısızca katliamlara girişerek Maronit'lerin siyasi yönetimini eline geçire Beşir Gemayel'i İsrail siyonistleri yıllar boyunca para ve silahla donattılar.

İşte bu noktada çeşitli faktörler birleşmektedir. İsrail'in Batı Beyrut'u işgal etmesinin gerçek anlamını, Arap halkını, Filistin Göçmenlerini kordon altına almak ve onları fiili olarak Batı'dan, özellikle de ABD emperyalizminden aldığı silahların üstünlüğü ile savunmasız hale getirmek oluşturuyor. Bunun ardından ise Falanjist milisleri yillardan beri hayali ile yaşadıkları şeyi, yani Arapları katletmeye olanak tanımak! İşte Falanjist milisleri yıllardan beri besledikleri bu emellerini nihayet "meydanı boş" bulmaları ile hayata geçirdiler. Üçüncü faktörü ise ABD özel danışmanı Habib'in sözümleri İsrail siyonistleri ile yaptığı "barış anlaşması"nın, ABD emperyalizminin Lübnan'da Filistinli göçmenlerin can güvenliği sağlanması konusunda verdikleri sözümlere garantilerin kağıt üzerinde bile değeri olmayan bir şeyler olarak kalması oluşturuyor. Böylece hem İsrail işgal kuvvetleri hem de onların beslemeleri Falanjist milisleri serbestçe hareket etme ortamına kavuştular.

Filistin göçmen kamplarında girişilen bir faşist soy kırım katliamı başlangıçta, Falanjist milislerin şefleri Gemayel'in katledilmesinin intikamını alma eylemi olarak gösterildi. Ancak ne farki Arapların saflarında bile Falanjistlerin Gemayel'e suikast düzenlemiş olabileceği manevrasına kimse inanmamakta ve daha ziyade gerçeğe göre, yani Gemayel'in yoğun saldırılarına maruz kalan Maronit gruplarındaki rakiplerinin, özellikle de Fransı grubunun olacağını hesaba katmaktalar.

Ama tüm bunların hepsi ikincil sorunları oluşturuyor. Ana sorunu Filistin kamplarında en çıplak ve ırkçı soy

kırım katliamı tezgahlandığı ve bunun doğrudan İsrail siyonistlerinin seyirci kaldıkları bir ortamda Falanjist milisleri tarafından gerçekleştirilmiş olması oluşturuyor.

Öte yandan katliamdan kurtulan Filistinliler, Falanjist birliklerinin İsrail'in Batı Beyrut'u işgal etmesinin ardından kamyonlarla getirildiğini açıkladılar. Hatta Beyrut'ta bulunan çeşitli gazetelerin muhabirleri Filistinlileri kadın ve çocuk ayırımı gözetmeden vahşice katleden Falanjist milislerinin güney Beyrut'tan hava yoluyla getirildiklerini bile ileri sürüyorlar.



Yüzlerce Filistinli acımasızca Falanjistler tarafından katledildi.

Bugün Orta Doğu'da yaşanan gerçekler bir kez daha Filistin Savaşçıların Lübnan'dan çekilmesi ile bu bölgede "barışçıl bir çözümün" bulunduğu zerre kadar söz konusu olmadığını, aksine FKÖ'nün çekilmesi ile Yakın Doğu'da savaşın ve terörün temelini oluşturan İsrail ilhak politikasını şimdi daha da sınırsızca hareket etme olanına kavuştuğunu gösteriyor.

Begin siyonistlerinin Orta Doğu'da bu vahşice soy kırım politikasını izlemelerine en büyük desteğini sağlayan ABD ve Batı Alman hakim sınıfları şimdi masun pozuna bürünmekte ve katliam üzerine "tepkilerini" dile getirmektedir. Gazetemizin Almanca bölümünde yayınladığımız röportajında Filistinli bir yoldaş "Amerikan silahları ve Alman Mark'ı Begin katillerini güçlü kılıyor" demişti. Evet gerçekten dün olduğu gibi bu bugün gerçekleştirilen kitle katliamı içinde geçerlidir.

Begin izlediği katliam çizgisi ile zor duruma düşmektedir. Nitekim daha FKÖ savaşçıların Batı Beyrut'tan çekilmesi kendileri için olarak bir zafer anlarını aşırken, siyasi olarak büyük bir yenilgiyi ifade ediyordu. Etkisini dünya çapında gösteren bu siyasi yenilgi şimdi Batı Beyrut'taki kitle katliamı ile daha büyük bir boyut kazanmaktadır.

İsrail siyonizminin Batı Beyrut'taki kanlı katliamına karşı protesto gösterileri ülke ve dünya çapında yaygınlaşıyor. Örneğin ülke içinde yapılan yürüyüşlerin yanında Atina'da, İtalya'da vb. ülkelerde çeşitli

gösteriler yapıldı, İsrail'in soy kırım politikası lanetlendi.

Beyrut'ta tezgahlanan bu kitle katliamından dolayı Bonn Hükümeti'nden "İsrail'e yaptığı her türlü yardımına son vermesini" bir kez daha yinelemeliyiz. Çünkü Bonn Hükümeti'nin yardımları olmaksızın İsrail askeri cihazi bugün olduğu kadar çalışmaz ve Begin zor durumda kalır. Bu soy kırım aynı zamanda bizim için İsrail'in derhal Lübnan'dan çekilmesi yönündeki taleplerimizi yinelememiz de somut bir neden olmalıdır. Çünkü İsrail Lübnan'da kaldığı sürece bu

bölgede barış sağlanamaz, aksine gerginlik daha artar, hiç bir şekilde Lübnan sorunu barışçıl çözülemez.

NATO birlikleri barışı sağlayabilirler mi?

Katliamın ardından tekrardan Lübnan'a çağrılan ABD, Fransız ve İtalyan askerleri hafta sonunda Beyrut'a vardılar. Yerlerini alan Birleşmiş Milletler Barış Gücü'nün (!) Lübnan'da barışı sağlayacağından söz edebilir miyiz? Asla! Çünkü her şeyden önce üç ülkede Lübnan anlaşmazlığında yer alan devletlerdir. Ve bunların burada Arapların can güvenliğini sağlayacakları, ya da tarafsız bir tutum takınacakları hiç bir şekilde düşünülemez.

Bugün İsrail'i silah ve maddi olarak destekleyen ABD Hükümeti'nin Lübnan'da tarafsız bir tutum takınacağı söylenebilir mi? Asla! Çünkü ABD Hükümeti sadece İsrail'e yardım vermekle kalmayıp, aynı zamanda Falanjist milislerini de silah ve maddi yardımlarla beslemektedir. Onun için İsrail ve Mısır'la askeri alanda sürdürdüğü ortaklaşa çalışmanın, Türkiye'de olan sayısızca askeri üslerin yanı sıra Lübnan'da da bir askeri üsselde edebilmek stratejik öneme sahiptir.

Aynı şekilde Fransa ve İtalya'nın da Lübnan'da önemli

siyasi ve ekonomik çıkarları vardır. Fransa'ya gelince, onun bir zamanlar eski sömürgeci olan Lübnan'da özgül çıkarları vardır. Lübnan'da bir zamanlar övülen özel banka sistemi dün olduğu gibi bugün de—sınırlı bile olsa—Fransız sermayesi ile kaynaşmış durumdadır. Özellikle de Fransız devletinin ülkenin azınlığını oluşturan zenginlerle yani "Hiristiyanlar"la yakın siyasi ilişkileri vardır.

Tüm bu gerçekler ışığında üçlü emperyalist gücün askerlerinden oluşan "barış gücünün" Lübnan'da tarafsız bir tutum takınacağı söylenebilir mi? Elbette değil. Bu emperyalist güçler her şeyden önce askeri varlıklarını Lübnan'da kendi etkinliklerini artırmak ve uşaklarını daha da güçlendirmek için kullanmaya çalışacaklardır.

İşte ABD özel danışmanı Habib'in hazırladığı planda tam da bunları ön görüyordu. Onun bu planı ilk etapta FKÖ savaşçıların çekilmesini, Lübnan demokratik hareketinin silahlı birliklerinin tamamen zayıflatılmasını, İsrail'in direktif altında olan Falanjist milislerin hareket alanının genişletilmesini ve ABD'nin Lübnan'a asker gönderme amacını güdüyordu. Habib bu emelini gerçekleştirdi.

(„Massaker in Beirut—Der Täter heisst Begin!“)

İşyerlerimizi tavizsizce savunalım!

Toptan çıkışlar yaygınlaşıyor

Hessen Eyaleti'nde bulunan Gronau'daki tekstil fabrikası Eilermark AG tasfiyesini istedi. Tasfiyenin kabulü durumunda aralarında yabancı, özellikle de Türkiyelilerin bulunduğu toplam 800 işçinin işine son verilecek.

Batı Berlin'de bu yıl içinde 28 firma toplam olarak 4134 işçiye çıkış vermek istediği, SPD Parlamento Grubu'nun bir soru önergesi ile senatoya sunduğu raporunda anlaşılmamaktadır. 1982 yılı içinde toplam 28 şirketin binlerce işçiye çıkış verdiğine yer veren bu rapor CDU azınlık hükümeti de doğruladı. Rapora göre işçi çıkarak, firmaların isimleri ve çıkarılacak işçi sayısı şöyledir:

Standart Elektronik Lorenz 700 işçi, Siemens (600), Eternit AG (530), Möbel und Spanplatten aus Berlin (376), Isophon (200), Wittler Brotfabrik GmbH (200), Geralex (155), Solex (150), Herbert Lindner GmbH (140), Auer-SOG (125), Osram (120), Veritas (105), Couturiers Detlef Albers und Uli Richter (100), Engelhardt-Brauerei (83), Adors (76), Gebr. Schaeffler, Enzinger Union (70), De Te We (60), Flohr-Otis (60), Krone (60), VW-Winter (40), Adolff AG (35), Elektrolux GmbH (35), Kabel Metall (35), Deutsche Angelgeräte Manufaktur (30), Prometheus (20), Ransmeyer Rodrian (20), Reese-Technik (15)... Bu rakamlara kapatılmak istenen AEG'deki işyerleri dahil değil.

AEG sadece Batı Berlin Brunnenstr. işletmesinde 3000 işçiye isten atacağı açıklandı. Bankaların AEG'ye 400 milyon Mark krediyi ve ayrıca 1,1 milyon Mark'la da Federal Hükümetin kefaletliğinde temin etmesi kesinleşmesine karşın, bugün AEG işyerlerinin korunması hala garanti altına alınmış değildir. İlk toptan çıkışların verilmesine başlanıldı bile. Nürnberg Ev Aletleri işletmesi

Sağlık personeli ile dayanışmaya gidildi

İngiltere'de yaygın mücadele eylemleri

Britanya Sendikalar Birliği TUC'un 22 Eylül'de yaptığı genel grev çağrısı İngiliz sendikacıları için bir başarıya döndü. 16 haftadan beri grevde bulunan devlet sağlık personeli ücretlerinin yükseltilmesi için mücadele ediyor. Sağlık personeli yüzde 12'lik bir ücret artışı talep ederken, hükümet sadece yüzde 7,5 ücret zammı verme talebinde diretiyor. Hükümetin bu talebi tamamen adi ücret artışı olup, gerçek ücretlerin yaygın bir şekilde düşürülmesi anlamına gelmektedir. Çünkü bu teklif bugün İngiltere'deki hayat pahalılığının oldukça altındadır. Bunun içindir ki, devlet sağlık personeli 4 aydır mücadelelerini kararlı bir biçimde sürdürüyorlar.

Ancak 22 Eylül'de düzenlenen eylemin özel bir önemi vardı. Bu eylem sağlık işçilerinin direnişini desteklemek amacıyla yapıldı. Ki bu da Britanya'da 1980 yılında yürürlüğe konulan katı grev kanunlarına göre yasağıdır. Buncadelegününeayrıca İngiliz egemen sınıflarının sendikal haklara yönelik yoğun saldırıları karşısında damgasını vuruyor hazırlanmış haftalarda gerici basın sendika yönetimleri ile tabanı birbirine düşürmek için yoğun kışkırtma propagandalarına giriştiler. Ta-

ban yönetimin arkasından gitmediğini, çünkü bunların radikal olduklarını belirttiler.

İşte 22 Eylül'de düzenlenen eylem bu gerici kışkırtmaların tam da aksini ispatladı ve İngiliz emperyalist burjuvazisinin yüzüne bir samar gibi indi. Yürüyüşten önce milyonlarca işçi ve memur düzenlenen uyarı grevlerine ve toplantılara katıldı. Ayrıca yüz binlerce işçi TUC sendikasının çağrısına uyarak düzenlenen sendikal yürüyüşlere katıldı ve gerici güçlere hak-kettikleri cevabı verdiler.

İngiltere'de işçilerin işbaşı yapmaması günlük yaşamı felce uğrattı ve gerici güçlerin yüreğine korku saldı. 22 Eylül'de düzenlenen sendikal eyleme basım işçileri de katılınca hiç bir gazete yayınlanmadı.

İngiltere'deki gerici güçler eylemin ardından gene kışkırtmalarına girişerek işçi ve memurların sadece yürüyüşe katıldıkları ve düzenlenen uyarı grevlerinde yer almadıkları sahte propagandasını yaptılar. Tüm bunlara rağmen yapılan eylemler sendika hareketinin güçsüz bir hareket olmadığını gösterdi.

(„Kampaktionen in Grossbritannien“)

ile Gelsenkirchen Küppersbusch fabrikası 1000 işçinin çıkışının verileceğini bildirdiler. AEG Şefi Dürr'ün yeni güncel planı 14 bin işçinin derhal çıkışının verilmesini ve 21 binin ise satıştan ve AEG'nin parçalara bölünmesinden sonra işten atılmasını öngörüyor. Bunun yanı sıra AEG'ye bağlı Bauknecht firması da yıl sonuna kadar 1100 işçiyi işten atacağını bildirdi.

Artan kitlesel işsizlik karşısında işyerlerimizi kararlı bir tarzda ve tavizsizce korumanın



Öte yandan Duisburg'taki bakır maden ocağının da kapatılacağı açıklandı. Duisburg bakır maden ocağının kapatılacağı planı uzun zamandan beri biliniyordu. Ancak bu plan kesin olarak yeni açıklandı. Bakır maden ocağının kapatılmasıyla 1600 işçi bir defada sokaka atılacaktır. İngiliz Rio Tinto Zinc çok uluslu şirketine ait olan Duisburg bakır maden

önemi her geçen gün daha da artıyor. Çünkü bizim elimizde şu anki koşullarda iki seçenek var: Ya tek geçim kaynağımız olan işyerlerimizi korumak ya da işyerlerimizin yok edilmesine ve sokağa atılarak açlık ve sefaletle kol kola yaşamamıza göz yummak!

(„Massenentlassungen nehmen zu“)

Sosyal hakların kısıtlanmasına ve işsizliğe karşı DGB yürüyüşlerine katılalım!

- ★ 23 Ekim'de Nürnberg'te, düzenleyen DGB Bavyera Eyalet Birliği
- ★ 23 Ekim'de Dortmund'da, düzenleyen DGB Kuzey Ren Westfalye Eyalet Birliği
- ★ 23 Ekim'de Frankfurt'ta, düzenleyen DGB Hessen ve Rheinland-Pfalz Eyalet Birlikleri
- ★ 30 Ekim'de Stuttgart'ta, düzenleyen DGB Baden-Württemberg Eyalet Birliği
- ★ 6 Kasım'da Hannover'de, düzenleyen DGB Hannover Kaza Birliği

"Kızıl Şafak"ın 15. yayın yaşamını kutladık

Başarılı bir Basın Şenliği

25-26 Eylül 1982'de Dortmund-Lütgendortmund'da partimiz KPD büyük bir şenlik düzenledi. Merkez Yayın Organı "Kızıl Şafak"ın çıkışından bu yana mücadele dolu tam 15 yıl geçmişti. İşte önemli olan bu günü kutlamak için partimiz KPD iki gün süren bir Basın Şenliği yaptı.

Cumartesi günü başlayan şenlik gazetemiz "Kızıl Şafak"ın 15 yıllık yayın yaşamının KPD'nin, özellikle de içinde bulunduğumuz koşulların bir aynasıydı. Basın Şenliği sadece biz "Kızıl Şafak" yazarları için değil, aynı şekilde tüm partili yoldaşlar ve taraftarlar içinde büyük bir öneme sahipti.

Basın Şenliği herkesin ilgisini çekti ve beğenisini kazandı. Bu noktayı şenliğe katılan tüm yoldaşların izlenimleri doğruladı. Bununla da şenliğimiz önemli bir görevini yerine getirmiş oluyor.

Kurulu'nun masasında ayrıca bir dizi olumlu tartışmalar sürdürüldü. Gazete okuyucuları Yazı Kurulu ile tartışarak gazeteyle olan eleştirilerini ve önerilerini dile getirdiler.

Derinleşen kapitalist krize paralel olarak Bonn'da süregelen hükümet bunalımı bir çözüm, bir çıkış yolunu gerektiriyor. Öyle bir çözüm ki, bunu ancak komünist partisinin önderliğinde işçi sınıfı gerçekleştirebilir. Bu da ancak ve ancak kapitalist sistemi ve onun yol arkadaşları olan kriz ve işsizliği tarih sahnesinden silip süpürecek olan sosyalist devrimle mümkündür.

İşte bunun içindir ki "Sosyalizmin geleceği var" şiarı altında büyük bir toplantı düzenledik. Bu toplantıda konuşan KPD Başkanı Ernst Aust yoldaş Federal Almanya'da içinde bulunduğumuz koşulların bir değerlendirmesini yaptı

kitleyi coşkulandırdı. Yabancı düşmanlığına karşı manifesto toplantısının açılış konuşmasını Almanca ve Türkçe yapan bir yoldaş yabancı düşmanlığına karşı Alman ve yabancıların ortak mücadelesinin önemine değindi. Ancak yerli ve yabancı işçilerin birliğinin gerekliliği sadece konuşmayla vurgulanmadı aynı şekilde yerli ve yabancı arkadaşlar, yoldaşlar gerçekten kardeşçe bir atmosferde birleştiler. Tüm toplantıya kardeşçe bir hava damgasını vuruyordu.

Öte yandan sanatçılarda dinleyicilerinden memnun olduklarını açıkladılar. Tam istedikleri bir dinleyici kitlesi ile karşılaşmaları izlenimini edindiklerini belirttiler. Bizim bu gerçeğe ekleyeceğimiz hiç bir şey yok.

Bu yazıda Basın Şenliği'ni tüm ayrıntılarıyla ele alma amacını gütmüyoruz. Gelecek sayıda da bazı noktalara değine-

mund Yerel Örgütü içinse şimdi şenliğin geride bıraktığı olumlu etkiyi değerlendirerek yeni ilişkiler kurma olanağı doğmaktadır.

Gazetemiz "Kızıl Şafak"ın geride inşili, çıkışlı tam 15 yıl bırakmış olması bizler için başarılı geçen şenliğin ardında, gazetemizi daha geniş kitlelere ulaştırmak, haber ve öneriler göndererek daha da iyi bir içerik kazandırmak için somut bir görev olmalıdır.

Gelecek sosyalizmdir. Bu hedefimiz uğruna bilinçli mücadelemizi sürdürmeye devam edeceğiz. Elbette bu mücadeleyi başarılı bir Basın Şenliği'nin ardından daha da büyük bir özveri ve atılımla sürdüreceğiz.

Çocuk şenliği tüm çocukların beğenisini kazandı

Almanya Komünist Partisi KPD Basın Şenliği'nin önemli bir bölümünü de iki gün boyunca süren çocuk şenliği oluşturuyordu. İki gün boyunca tamamen zengin olan bir çocuk programı ile çocuklar eğlendiler, oynadılar. Çocuklar için çeşitli oyunlardan tut ta ki film seyretmeye kadar her türlü olanak vardı. Basın Şenliği bu açıdan da tamamen bir başarıydı. Hazırlanan programı beğendiklerini çocuklar bize ulaştırdıkları resimlerinde dile getirmekteler. Basın Şenliği çocuk programının tüm çocukların hoşuna gitmesi bizi sevindiriyor.

Bilgi ve Tartışma

Sınıf mücadelesinin ve güncel yaşamın çeşitli sorunları üzerine tartışmalar sadece KPD'nin tezgahlarının başında yapılmıyordu. Bazılarının film gösterileri ile birlikte ele alındığı tartışmalar bir çok kişinin ilgisini çekti. Ne varki daha önce çeşitli tartışma turları için konuşmacı olarak çağırığımız bazı temsilciler gelemedi. Örneğin sosyal hakların kısıtlanmasına ve işsizliğe karşı mücadele hangi yolu hangi yolu izlemeli?, Lübnan savaşı ve barış hareketi, kadınların eşit hakları için mücadelenin koşulları kötü mü?, Brokdorf davaları, Dortmund halkının çelik işyerlerinin yok edilmesine karşı direnişi, İrlanda halkının İngiliz emperyalizmine karşı mücadelesi vs. gibi toplantılar için öngörülen konuşmacıların bazılarını katılamadı. Daha önce de çağrı bildirisinde duyurduğumuz gibi bir çok tartışma turunda KPD'li yoldaşlar konuşma yaptı ve kendilerine yöneltilen soruları cevapladılar. Aralarında bir çok işçi temsilcisinin bulunduğu çeşitli işletmelerden yoldaşlar ve işçi arkadaşlar pratikten verdikleri bilgilerle KPD'nin özellikle de tüm işyerlerinin tavizsizce korunması mücadelesine ilişkin izlediği politikanın doğruluğunu ispatladılar.

Olanaklar pazarı

Basın Şenliği'nde özel bir alanda çeşitli örgütler kendi masalarını açarak çalışmaları üzerine bilgi verdi ve amaçlarını açıkladılar.

(„15 Jahre 'Roter Morgen'—Das war ein Fest!“)

Haftanın Yorumu

Bonn'da sosyal-liberal koalisyonun çökmesinden sonra yeni bir hükümetin kurulması için CDU/CSU FDP ile koalisyon görüşmelerini sürdürüyor. Koalisyon görüşmelerinde büyük sermayenin isteklerinin gerçekleştirilmesi üzerinde durulurken, sorunların önemli noktalarından birini de kurulacak bir CDU/CSU-FDP koalisyon hükümetinin izleyeceği yabancılar politikası oluşturuyor.

Yerli ve yabancıardan oluşan Batı Alman işçi sınıfının ve emekçi halkının kazanılmış sosyal haklarına en katı saldırılarda bulunmayı planlayan CDU/CSU-FDP koalisyonu, aynı şekilde Batı Almanya ve Batı Berlin'deki işçi sınıfının en zayıf halkasını, siyasi ve sosyal hakları sınırlı olan bölümünü oluşturan yabancı işçilere ve ailelerine karşı en katı çizgiyi hayata geçirmenin hazırlığı içindedir. Hiç şüphesiz kurulacak bir CDU/CSU-FDP koalisyon hükümeti dün SPD-FDP koalisyon hükümetinin yabancı işçilere karşı aldığı önlemleri daha da sertleştirecek, yabancı işçi ve ailelerinin zaten sınırlı olan sosyal ve siyasi haklarını daha da sınırlamak isteyecektir.

Bonn'da hükümet değişikliği ve yabancı işçiler

Nitekim bu gerçeği bugün CDU'nun ve CSU'nun yönettiği eyaletlerde yaşıyoruz. Örneğin buna ilişkin olarak göçmen işçilerin çocuklarını ve ailelerini yanlarına getirmelerine yeni sınırlamalar koymakla, hatta daha da ileri giderek 18 yaşına basan ve hiç bir işi olmayan yabancıları sınır dışı etmeye kalkışmakla tüm diğer eyaletler için öncülük rolünü oynayan Batı Berlin CDU azınlık hükümetini gösterebiliriz. Ve şu an Baden-Württemberg ve Bavyera Eyalet Hükümetleri'nin Gerici Yabancılar Kanunu'nun daha sertleştirilmesi taleplerini yinlemelerine işaret etmek yeterlidir.

Kuşkusuz ki kurulacak bir CDU/CSU-FDP koalisyon hükümeti çok daha katı bir şekilde biz yabancı işçi ve ailelerin birleşmesinin, çocuklarımızı yanımıza getirmenin önüne daha büyük setler çekme, yaş sınırını altıya indirme, yerli ve yabancı işçi ve emekçilerin birbirleriyle kaynaşmasının önüne Çin seddini örme, biz yabancı işçilerin, özellikle de işsiz olan kesimimizin kazandığımız sosyal hakların büyük bir kısmını ödemededen geri gönderme girişiminde bulunacağı su götürmez bir gerçektir.

Bir CDU/CSU-FDP koalisyonu altında yabancı düşmanı kampanyaların daha da yoğunlaştırılacağı da açıkça ortadadır. Gerek resmi, gerekse de sivil faşist çetelerin yabancı düşmanı kampanyalarının, fiili saldırılarının böylesi bir hükümet koalisyonu altında daha da büyük bir hız kazanma ortamı mevcuttur. Böylesi bir hükümet faşist örgüt ve çeteleri desteklemekten hiç bir şekilde çekinmeyecek, onların eli kolu sallayarak serbest dolanmalarına daha geniş imkânlar sağlamaya çalışacaktır. Denilecektir ki SPD bunu yapmıyor muydu? Elbette yapıyordu. Ancak SPD, CDU kadar serbestçe hareket edememekte, çünkü o en azından kendisini seçen işçi kesimini, yani tabanını ve sendikaları da gözönünde bulundurmak zorundadır. Çünkü tabanını kaybetmiş ve sendikalarla ilişkisi kopmuş bir SPD sermaye için önemini yitirmiş bir parti olur.

İşte bu gelişmeler ışığında büyük sermayenin programını bir eksiksiz olarak hayata geçirebilecek bir CDU/CSU-FDP koalisyon hükümetine karşı durmada bize de büyük görevler düşüyor. Büyük sermayenin istediği bu hükümete yerli ve yabancı işçilerin birleşik bir cepheye karşı durmaları bugünkü gelişmeler ışığında çok daha büyük bir önem taşıyor. İşçi sınıfının birleşik ve ortak mücadelesi sermayenin sınıfa yönelik saldırılarını boşa çıkaracak güçte olduğu gibi, aynı şekilde sınıfın zayıf halkasını oluşturan yabancı işçilere yönelik her türlü saldırıyı da bozguna uğratabilir. Ancak unutmamalıyız ki, yerli ve yabancı işçilerin birliğinin sağlanması yolu, bugün yabancı işçilere karşı yönelen saldırıları Alman ve yabancı işçilerin birlikte geri püskürtmelerinden geçer. Aksi takdirde Batı Alman işçi sınıfı mücadelesinde yenilgiler kaydederek. Aynı şekilde sınıfın birliğinin sağlanması yolu yabancı işçilerin eşit hakları elde etmeleri uğruna yerli ve yabancı işçilerin birlikte mücadelesinden geçer.

(„Regierungswechsel in Bonn und ausländische Arbeiter“)

KPD Merkez Yayın Organı'na abone ol!

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!
„KIZIL ŞAFAK“ısayısından itibaren ismarlamak istiyorum

KIZIL ŞAFAK
Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

O yıllık 60 DM O 6 aylık 30DM O Deneme sayısı

Adı ve Soyadı:

Cadde:

Şehir:

Tarih: İmza:

Başvurudan sonra elinize bir formül geçecek. Ödemeyi bu formülle yapınız. Abone ücreti ödenmeden önce gazete gönderilemez. Deneme sayısı ücretsizdir.

Bu formülü doldurduktan sonra kesip şu adrese postalayınız: Verlag "Roter Morgen", Wellinghofer Str. 103, Postfach 300526 4600 Dortmund 30.



Yabancı düşmanlığına karşı geceye kardeşçe bir atmosfer hakimdi.

Partimizin sadece her gün gördüğümüz yoldaşlardan oluşmadığını, çalışmalarının günlük çatışmalarda hepimizin şu ya da bu şekilde yerine getirmeye çalıştığımızdan çok daha kapsamlı ve çok yönlü olduğunu doğrudan görebilmek iyi bir şeydir. Bu noktayı Basın Şenliği'ni hazırlarken de gözönünde tutmuştuk. Çünkü bu özellikle de henüz sayısal olarak küçük gruplardaki yoldaşlar için bir sorun oluşturmaktadır. Nitekim yoldaşlarla konuşmalarımızda bir çoğu partinin çalışmalarının çok sınırlı olduğunu vs. düşündüklerini açıkladılar. Ama yaşadıkları şenlikten sonra bu düşüncelerinin değiştiğini belirttiler. Çünkü şenlik aynı zamanda partinin çalışmalarının kapsamının ve gücünün de bir aynasıydı.

Şenlikte partinin Flensburg'tan (Almanya'nın Kuzey sınırı) tut taki Bodensee'ye (Almanya'nın Güney sınırı) kadar uzanan tüm çalışmaları sergileniyordu. Her eyalet örgütü kendi bölgelerinde sürdürdükleri çalışmalarını sergilemelerinin yanında, aynı şekilde kendi bölgelerine özgü yiyecek ve içeceklerini de getirtilmişler. Ayrıca Batı Berlin ile Doğu Almanya Seksiyonu'nun çalışmaları da sergilendi.

Hava pek iyi olmamasına, aralıklı olarak yağmurlu geçmesine rağmen 3 bini aşkın bir kitle iki gün süren KPD Basın Şenliği'ne katıldı. Şenliğe katılanlar arasında yoldaşların, taraftarların yanı sıra çevre halkından da eğlenmek ve KPD'nin çalışmalarını yakından izlemek isteyen bir çok kişi yer alıyordu. Bu noktayı Yazı Kurulu'nun masasında ücretsiz olarak dağıttığımız "Kızıl Şafak" sayılarının ve özel baskıların kapış kapış alınması da doğruluyor. Yazı

ve şu an güncel olan Bonn'daki gelişmelere değindi. Sermayenin saldırılarına karşı işçi sınıfının ve emekçi halkın birleşik mücadelesinin önemine işaret etti, işçi sınıfının kapitalist sömürüyü yok etmek, kendi düzenini, yani sosyalizmi kurmak, tüm sömürücüler ve işbirlikçiler üzerinde proletarya diktatörlüğünü uygulamak için devrimci sınıf savaşımında kendi kaderini kendi eline almasının gerektiğini belirtti. Bugünün Sovyetler Birliği, Polonya ya da bir Doğu Almanya gibi doğunun sahte sosyalist ülkeleri ile kendi aramızda kalın bir çizgi çekti ve örnek olarak gerçek sosyalist ülke Arnavutluk'u gösterdi. (Bu konuşmanın bazı bölümlerini gelecek sayıda yayınlayacağız.)

KPD büyük toplantısında ayrıca BWK'dan (Batı Alman Komünistler Birliği) Detjen yoldaş Marksist-Leninist'lerin ortak çalışmalarının gereğine ve aralarındaki görüş ayrılıklarının giderilmesi için çaba harcanmasının önemine değinen bir mesaj okudu.

"Kızıl Şafak" Basın Şenliği'ni çeşitli sanatçılar söyledikleri parçaları ile renklendirdiler. Hiç kuşkusuz kültür gösterilerinin odak noktasını pazar günü Basın Şenliği kapanış konserinde çıkan Viyanalı "Schmetterlinge" müzik grubu ile şarkıcı Werner Worschech ve Klaus Dinant oluşturuyorlardı. Viyanalı müzik grubu sanatıyla geceye katılan kitlenin öylesine ilgisini çekti ki, artık alkışlar bir türlü son bulmuyordu. Hiç kuşkusuz yabancı düşmanlığına karşı manifesto çerçevesinde düzenlenen kültür programına da muazzam ve coşkulu bir hava hakimdi. Faşist cuntanın vatan dışlıktan çıkardığı Türkiyeli sanatçı ve oyuncu Melike Demirağ söylediği parçaları ile

ceğiz. Umarız ki o zamana kadar elimize şenliğe katılanların izlenimlerini de açıklayan okuyucu mektupları ulaşsın.

Gazetemizin geride mücadele dolu tam 15 yılı bırakarak 16. yayın yılına bastığı bir dönemde düzenlediğimiz bu şenliği bir bütün olarak ele alırsak, bazı şeyler tam olarak gerçekleşmemiş olsa bile olumlu ve başarılı bir şenlik olduğunu hiç çekinmeden söyleyebiliriz. Kuşku yok ki şenliğin başarılı olmasının yanında eksikleri ve zaafı da vardı. Bunları da açığa çıkarıp ve gelecek çalışmalarımız için öğrenmeliyiz. Örneğin bunlardan biri başta öngördüğümüz gibi geniş bir şekilde çeşitli örgütlerin temsilcilerini tartışma turlarına ve diğer toplantılara katılmasını tam olarak sağlayamamışımızdır. Tabii ki burada özellikle de yabancı düşmanlığına karşı manifesto toplantısını işaret etmek isteriz. Elbette bunun çeşitli nedenleri vardı: Birincisi Bonn'daki hükümet krizine ilişkin olarak bir çok örgütün tavır belirlemek istemesinden ve bunun için zamanın kendi açılarından uygun olmamasından ötürü şenliğe katılmaları oluşturunken, ikinci olarak ise bazılarında "komünistlerle ilişki içinde bulunmaktan" çekinmeleri diğer bir etkeni teşkil ediyordu. Ancak biz buna rağmen gerekli görüldüğü durumlarda partimiz KPD'nin çeşitli ilericilerle birlikte çalışması teklifini açık tutacağız.

Şenlikte komünist parti için yeni sempatisanlar kazanıldı. Aynı şekilde partinin taraftarı arkadaşlar içinde yaşadıkları bu şenlik muhakkaki partiye üye olmaları konusunda bir daha somut olarak düşüncelerinde bir itilim anlamını taşıyacaktı. Öte yandan Dort-